

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis: 3.00 RM. monatlich 1.10 RM.
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die festgesetzte Anzeigen-
zeit oder deren Raum 50 Pf. für
vollständige und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 10 Pf.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 16. Oktober 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Leipziger Tragödie der Irrungen.

Des Ungeheuerlichen viel hat der Hochverratsprozess unseres
Genossen Liebknecht geboten. Die Anklageerhebung, die
Verurteilung, das Strafmaß, die Begründung des Reichs-
gerichtspruchs, alles das zählt dazu. Noch toller aber als
das alles war die Anklage, die der Oberreichsanwalt Olshausen
vertrat. Der ist nun freilich in ihren schlimmsten Stücken das
Reichsgericht nicht gefolgt. Aber von dieser Toten gilt nicht, daß
man ihr nichts als Gutes nachreden solle. Denn in dieser
unglaublichen Anklage treten die Anschauungen einflussreicher
Kreise der herrschenden Klasse, bedeutungsvoller Stellen der regierenden
Bureaucratie über die Sozialdemokratie zutage... Die abgrund-
tiefe Unwissenheit der Herrschenden in allem, was die Sozial-
demokratie betrifft, gähnt in dieser Anklage klaffend auf. Die
Unreife von noch nicht fest entworfenen Plänen, von aus
blindem Haß geborenen wilden Wünschen auf gewalttätige Ver-
nichtung unserer Partei dämmern in ihr auf. Und deshalb
rechtfertigt es sich, diese Anklage auch nach ihrer Beseitig-
ung durch das Reichsgericht, auch nach gefälltem Spruch
noch einmal zu betrachten.

Das gebührt ihr um so mehr, als ihr Vertreter, der
Oberreichsanwalt Olshausen, nicht irgend ein unbeträchtlicher
Justizbeamter ist. Herr Olshausen ist nicht nur oberster
öffentlicher Ankläger am höchsten Gericht des Reiches, er ist
auch ein namhafter Gelehrter auf dem Gebiet der Juris-
prudenz, ein geachteter juristischer Schriftsteller, von
dem Generationen von Rechtsbessenen, wie Genosse
Liebknecht im Prozess erklärte, viel Gutes gelernt
haben. Wenn ein solcher Mann, der einen ehren-
vollen Ruf zu verlieren hat, eine solche Anklage voll der
tollsten Ungereimtheiten, voll der unstimigsten Unter-
stellungen vertreten konnte, so zeigt uns das mit erschütternder
Deutlichkeit, was in der deutschen Rechtspflege möglich ist, so
hald in einem Prozess die Schatten des Massentampfes fallen.
An Herrn Olshausen kann man mit furchtbarer Klarheit
erkennen, wohin selbst die besten Diener der Justiz kommen
müssen, wenn sie — infolge ihrer naturgemäßen Befangenheit
als Angehörige der herrschenden Klasse, infolge ihrer aus
dieser Klassenstellung fließenden Vorurteile und Irrtümer über
die moderne Arbeiterbewegung — sich als die Vertreter der
Staatsraison gegen den Umsturz fühlen, d. h. objektiv, nicht in
ihrem Bewusstsein, als die Vertreter des Interesses der Herr-
schenden an der Erhaltung ihrer Herrschaft wider das um die
politische Macht kämpfende Proletariat.

Nichts von dem, was er seit der Einleitung des Pro-
zesses in bezug auf ihn geschrieben habe, nehme er zurück, er-
klärte der Oberreichsanwalt in der Verhandlung. Und in
seiner Anklagerede lehrte denn auch wahrhaftig alle die ver-
schiedenen Versionen wieder, auf Grund deren man im Laufe
des Vorstadiums des Prozesses im bunten Wechsel dem An-
geschuldigten den Strick zu drehen versuchte. Es lohnt sich,
diese Versionen im einzelnen zu betrachten.

Da ist zunächst die erste, im Antrag auf Beschlagnahme
der inkriminierten Broschüre ausgesprochene, wonach Liebknecht
beschuldigt wurde, einen Angriff Frankreichs auf Deutschland
anzukündigen zu wollen, um dann die Reichsverfassung zu stürzen.
Es genügt, an diese in den Verhandlungen schon genügend
charakterisierte, geradezu groteske Phantasie des Anklägers zu
erinnern — einer nochmaligen Kennzeichnung dieses blühenden
Unsinn bedarf es hier nicht.

Anders ist es mit jener anderen Behauptung der Anklage,
der Angeklagte habe sich zum Ziel gesetzt, das Proletariat zum
Zwecke des Sturzes der Verfassung mit Waffen
zu versehen und es im Gebrauch und in der Her-
stellung der Waffen auszubilden! Der Ober-
reichsanwalt hat diese Behauptung der Anklage in seinem
Plaidoyer ausdrücklich wiederholt. Man kann nun die Lieb-
knechtsche Broschüre dreimal, zehnmal, hundertmal lesen, man
wird nichts finden, was den Oberreichsanwalt zu der An-
nahme berechtigte, daß Liebknecht eine solche hinverbramte
Dummheit zu begehen beabsichtige. Wir würden auch heute
in dieser Beziehung noch vor einem unlöslichen Rätsel stehen,
wenn sich nicht in der Verhandlung ergeben hätte, auf welche
Stelle der Schrift sich Herr Olshausen stützen zu können
glaubte. In dem Einleitungskapitel: „Entstehung und Grund-
lage der gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse“ legt Genosse
Liebknecht in objektiv-historischen Ausführungen die geschichtlichen
Bedingungen der gesellschaftlichen Kämpfe und der Entstehung
eines vom Volke abgeordneten und von den Herrschenden
gegen das Volk verwendbaren Heeres, d. h. des Militarismus
dar. Er zeigt, daß ein solcher Militarismus nicht möglich ist
in der urwüchsig-kommunistischen Gesellschaft der Bluts-
verwandtschaftsorganisation, wo jeder Mann wehrfähig und im
Besitz von Waffen ist — die Jagdwaffe ist dort gemeinlich
auch die Kriegswaffe — und wo die Waffe noch so einfach
ist, daß sie gemeinhin jedermann selbst anzufertigen vermag.
Die weitere Entwicklung aber brachte Arbeitsteilung, Privat-
eigentum, Ungleichheit des Besitzes, Massenbildung, Klassen-
gegensätze, Klassenstaat und Militarismus. Denn gleichzeitig wird
die Kriegswaffe komplizierter und ihre Herstellung erfordert
besondere Ausbildung. Dem Volke ist es nicht mehr oder

schwer möglich, sich jederzeit in den Besitz von Waffen zu
setzen, die denen der Berufskrieger gleichwertig sind. Der
Militarismus ist da. Schließlich kommt Liebknecht zu dem
Schluß:

„Es genügt aber nicht bereits, daß alle Bürger gleich be-
waffnet sind und ihre Waffen bei sich führen, um eine Herrschaft
der Demokratie auf die Dauer zu sichern; denn die bloße gleiche
Verteilung der Waffen schließt, wie die Vorgänge in der Schweiz
gezeigt haben, nicht aus, daß diese Verteilung von der Majorität,
die im Begriff ist, Minorität zu werden, oder selbst von einer
besser, schlagfertiger organisierten Minorität beseitigt wird. Die
gleichmäßige Bewaffnung der gesamten Bevölkerung kann eben nur
dann eine dauernde und unentzerrbare sein, wenn die Waffen-
erzeugung selbst Allgemeinut ist.“

Für jeden, der nur ein ganz klein wenig mit den Ge-
dankengängen des wissenschaftlichen Sozialismus vertraut ist,
besagen diese Ausführungen lediglich, daß in der sozialistischen
Gesellschaft mit dem Fall der Trennung des Arbeiters von
den Produktionsmitteln auch seine Trennung von den
Waffen fallen würde, daß sich in der sozialistischen
Gesellschaft — sofern sie noch Waffen nötig hat — auf
höherer Stufe der Zustand in der urwüchsig-kommunistischen
Gesellschaft der Urzeit wiederholen würde, daß die Waffen-
erzeugung wieder Allgemeinut würde, nicht, wie dort, in der
Form, daß jeder einzelne Waffen zu fertigen imstande ist,
sondern daß die mit der Waffenerzeugung beauftragten Hand-
und Kopfarbeiter lediglich die Beauftragten der Allgemeinheit,
der Gesellschaft sind. Was aber machte der Oberreichsanwalt
aus diesen rein theoretischen Ausführungen? Die dunkle Ab-
sicht, das Proletariat heute schon mit Waffen zu versorgen
und es in ihrem Gebrauch und ihrer Erzeugung zu unter-
richten. Er unterstellte also damit dem Genossen Liebknecht
die geradezu hinverbrannte Absicht, die komplizierte
Kriegswaffe der Jetztzeit, bei deren Herstellung ein Heer von
Arbeitern Hand in Hand arbeitet, entweder im Kleinbetrieb
herstellen zu wollen — oder er beabsichtigte, Liebknecht wolle
im geheimen Maschinenbetriebe a la Krupp errichten, in denen
das Proletariat in der Herstellung von Waffen geschult werden
solle!

Es genügt, diese Konsequenzen der oberreichsanwaltlichen
Beschuldigung auszusprechen, um sie in ihrer ganzen Un-
möglichkeit darzustellen. Nur eine staunenerregende Unkenntnis
auf gesellschaftswissenschaftlichem Gebiet und nur eine totale
Ignoranz in allem, was die moderne großkapitalistische Pro-
duktion und die moderne Technik angeht, sowie eine tolle An-
häufung der wunderbarsten Vorstellungen über das Wesen
der Sozialdemokratie vermag diese Phantasie des Ober-
reichsanwalts zu erklären!

Würdig reiht sich ihr an die Entdeckung des bewußten
„Druckfehlers“ in der inkriminierten Schrift, aus dem
dem Genossen Liebknecht ein weiterer Strich gedreht werden
sollte. Der ganze Zusammenhang, so rief der Oberreichs-
anwalt aus, beweise, daß hier ein Druckfehler vorliegen
müsse, daß der Angeklagte genau das Gegenteil habe sagen
wollen, als was er an der betreffenden Stelle der Broschüre
zu sagen scheine. „Der ganze Zusammenhang“ besagt tat-
sächlich für jeden, der das Buch vorurteilslos liest, genau das
Gegenteil der oberreichsanwaltlichen Deduktion vom Druck-
fehler. Er ergibt, daß Liebknecht genau das sagen wollte
und gar nichts anderes sagen konnte, als das, was in der
Broschüre wirklich steht. Liebknecht sagt an der betreffenden
Stelle: „ungünstigere Verhältnisse“ (für eine revolutionäre
Aktion) gibt es nicht als einen Krieg. Das sieht mit aller
geschichtlichen Erfahrung im Einklang, das ist auch die logische
Schlußfolgerung aus dem, was Liebknecht vorher ausgeführt
hat. Der Oberreichsanwalt aber behauptete steif und fest bis
zum Ende, es müsse statt „ungünstigere“ „günstigere“ heißen,
so habe Liebknecht zweifellos geschrieben und publizieren
wollen! Dabei hat Liebknecht vorher dem Sinne nach folgendes
entwickelt: Wir müssen das Gefühl der Solidarität zwischen
den Völkern so lebendig und stark machen, daß es unmöglich ist,
einen Krieg anzuzetteln. Wenn es uns aber nicht gelingt,
einen Krieg zu verhindern, so wird uns eine Aktion
gegen einen bereits ausgebrochenen Krieg noch viel weniger
gelingen. Denn wenn der Krieg erst einmal den „Patriotismus“
entzündet hat, dann sind ungünstige Verhältnisse zur
Entfaltung der proletarischen Macht. Allerdings gibt es Fälle,
wo die Sache anders liegt, aber das sind Ausnahmefälle, anormale
Fälle, unsere Taktik aber hat sich auf
den normalen Fall einzurichten.

Jedermann wird zugeben, daß in diesen Gedankengang
das Wort „günstigere Verhältnisse“ gar nicht hineinpaßt. Aber
der Oberreichsanwalt beharrte auf seiner Behauptung und
wollte den Genossen Liebknecht unbedingt zu einem Verbrechen
wider die Logik und gegen alle geschichtliche Erfahrung
verpflichtet wissen. Und was schlimmer ist, daraufhin zu
Zuchthaus verurteilt wissen!

Wer kann sich nach solchen Leistungen noch darüber
wundern, daß der Oberreichsanwalt Zuchthausstrafe be-
antragte, daß er, obgleich das Strafgesetzbuch ausdrücklich an-
erkennt, daß der Hochverräter nicht aus ehrloser Gesinnung
heraus zu handeln braucht, die ehrlose Gesinnung aus der
Tat selber, aus dem angeblichen vorbereiteten Hochverrat
schloß. Wer die bestehende Staatsordnung anzugreifen wagt,
der — angebliche — Verbrecher aus politischer Gesinnung ist
ehrwild in den Augen des Oberreichsanwalts!

Das Reichsgericht hat nun zwar alle diese Deduktionen
des Oberreichsanwalts abgewiesen. Das Urteil ist nicht so

schlimm ausgefallen, wie der Oberreichsanwalt wollte, wenn-
gleich es immer eine Ungeheuerlichkeit bleibt.

Ganz ist die Justiz den Absichten — sagen wir der
verwaltenden und regierenden Bureaucratie, denn deren Wille
spiegelt sich in den Worten und Handlungen des Oberreichs-
anwalts — noch nicht gefolgt, wenn sie ihr auch das Haupt-
stück ihrer Forderungen bewilligt hat. Des Lichts wegen, das
die Anklage und das Verhalten des Anklagevertreters auf die
Absichten und Anschauungen der regierenden Verwaltungs-
bureaucratie wirft, die ja auch im Auftrage der herrschenden
Klassen die Gesetzentwürfe ausarbeitet und einbringt, war es
angebracht, die Ungeheuerlichkeiten der Anklage gesondert zu
betrachten.

Viel weniger veranlaßt und dazu der Umstand, daß an
dieser Anklage ein wissenschaftlicher Ruf zugrunde ging. Für
den Träger der Justiz gilt bis in die höchste Spitze hinauf
der Satz: „Der vom Papste ist, stirbt daran.“ Wer der
„Staatsraison“ Einspruch auf die Rechtspflege gestattet, der muß
bereit sein, Ruf und Ansehen als Jurist zu verlieren!

Fort mit der Gefinnungserpressung!

Der Vorschlag Barths wird auch heute von dem größten
Teil der Presse einfach totgeschwiegen. Das ist umso merkwürdiger,
als sich die Freisinnigen sagen müßten, daß er für sie immer noch
ein Mittel ist, den vollständigen Bankrott des Liberalismus in der
Blodpolitik im allgemeinen und in der Frage des preussischen
Wahlrechts wenigstens einigermaßen zu verschleiern, freilich
nicht vor den Massen der Entrechteten, aber vielleicht gerade noch vor
ihren eigenen Wählern. Aber der Freisinn scheint absolut nichts tun
und wirklich ein Bild von politischem Etwillenslos zu wollen,
das selbst die Junker sich kaum träumen ließen. Diese Taktik
des Freisinn ist für ihn selbst um so gefährlicher, als er dem
Zentrum so die Möglichkeit gibt, sich auf billigste Weise in der
preussischen Wahlreform als verlässlicher zu erweisen als die
Liberalen. Daß das Zentrum sich diese Gelegenheit, bei der es
gar nichts riskiert, wird entgegen lassen, halten wir für un-
wahrscheinlich. Der Freisinn wird also seinen Herren, den Junkern,
nicht einmal eine Verlegenheit ersparen. Aber das sind nicht unsere
Sorgen. Für uns ist die geheime Stimmabgabe eine ziemlich
besorgniserregende Sache verglichen mit dem, was unser Recht ist und
was uns werden muß: das gleiche, geheime und direkte
Wahlrecht.

Nur um zu zeigen, wie entsetzlich rückständig Preußen und seine
Parteien sind, wollen wir das Selbstverständliche einmal sagen
und zeigen, was die öffentliche Stimmabgabe eigentlich bedeutet.
Wenn das öffentliche Stimmrecht sich solange innerhalb des
Dreiklassenwahlrechts behaupten konnte, so nur deshalb, weil die
großen Massen des Volkes allzulange mit allzugroßer Gleichgültigkeit
den Wahlen in Preußen gegenüberstanden in der Erkenntnis,
daß eine wahre Volksvertretung ja doch aus solchem Wahl-
recht nie geboren werden könne. Aber in dem Moment, als die
Volksmassen wirklich zur Wahl gingen, stellte sich sofort heraus, daß
die öffentliche Stimmabgabe unerträglich, überflüssig
und in jeder Hinsicht nutzlos ist. Unerträglich, denn
heute ist in Deutschland auch der letzte Proletarier so weit,
daß er es sich einfach nicht mehr gefallen läßt, daß
seine Gesinnung ausspioniert wird. Er weiß, daß das
Stimmrecht sein wichtigstes politisches Recht ist, das er sich
unter keinen Umständen nehmen lassen darf. Er möchte sich
selbst bedenken, wenn er es nicht frei und selbstbewußt ausüben
könnte. Deshalb empfindet er nichts aufreizender, nichts empörender als
eine Kontrolle seiner Abstimmung. Der Proletarier ist ökonomisch
unfrei, Diener eines anderen, des Kapitalisten, denn er den größten
Teil des Wertes seiner Arbeit abtreten muß. Aber der moderne
Proletarier erträgt es nicht mehr, Sklave zu sein. Der Kapitalist
kauft seine Hände, aber er kann nicht seine Gesinnung kaufen.
Aber ebensovienig kann er sie vergeblich erpressen, ohne den schlimmsten
Haß und die unsagbarste Verachtung in jedem Proletarier wachzu-
rufen, ohne wirksamste Propaganda zu machen für die Unerträglich-
keit der öffentlichen Stimmabgabe.

Aber diese ist auch heute für die herrschenden Klassen gänzlich
überflüssig und nutzlos geworden. Denn dort, wo für die Sozial-
demokratie Aussicht auf Erfolg, auf Erringung eines Mandats vor-
handen ist, dort spielt die Kontrolle der Stimmabgabe überhaupt
keine Rolle. Diese kann höchstens bewirken, daß dort, wo wir noch
eine schwache Minorität sind, uns Stimmen abhanden kommen, daß
im ganzen Lande schließlich um ein paar tausend Stimmen ge-
stohlen werden, die sonst unsere Gesamtsimmenzahl vermehrt hätten.
Aber politisch fällt das nicht in die Waagschale. Haben wir doch in
unseren politischen Vereinen, deren Mitglieder der Polizei namhaft
gemacht werden müssen, Hunderttausende von Mitgliedern. Die sind
eben in den Industriezentren viel zu stark geworden, als daß der
Arbeiter das geringste zu befürchten hätte, stolz und frei seine
sozialdemokratische Gesinnung zu bekennen. Vielleicht daß auch hier
sich ein Feigling von dem Eintreten für seine Ueberzeugung einmal
abhalten läßt; politisch fällt das kaum je in Betracht. Im
Gegenteil, auf die Dauer würde schließlich die öffentliche Stimmen-
abgabe auch jene Schichten, die heute noch eine gewisse Scheu vor
öffentlicher Bekundung ihrer Ueberzeugung haben, dazu erziehen,
diese Scheu abzulegen. Die Deffektivität des Stimmrechts ist das
geringste Hindernis für die Erringung von sozialdemokratischen
Siegen. Aber es ist eine Entwürdigung des Arbeiters, daß das
Kapital das Recht verlangt, auch seine Ueberzeugung ihm vorzuschreiben.
Als Verletzung seiner Menschenwürde empfindet der
moderne Proletarier die Deffektivität der Wahl und deshalb muß

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

sie besetzt werden. Aber das öffentliche Stimmrecht ist auch unmoralisch. Es ist die Verteilung zur Gewinnungspionage, zur Gewinnungsprüfung in Permanenz. Unsere Gegner klagen soviel über „sozialdemokratischen Terrorismus“. Wir wissen, es sind Verleumdungen. Aber gibt es eine stärkere Verleumdung der Arbeiter, diejenigen, die sich bei Wahlen als ihre schlimmsten Gegner gebürden, dies auch wirtschaftlich fähig zu lassen, als das öffentliche Stimmrecht? Gehört nicht der hohe Respekt, den der Sozialdemokrat vor jeder ethischen Überzeugung hat, dazu, daß die Arbeiter diesen Verleumdungen widerstehen? Und zeigt irgend etwas anderes deutlicher als gerade das Festhalten am öffentlichen Stimmrecht, daß unsere Gegner ihre eigenen Behauptungen über sozialdemokratischen Terrorismus nicht glauben, sie dafür halten, was sie sind, für Lügen und Verleumdungen? Aber unseren Gegnern fehlt der Respekt vor fremder Überzeugung, der uns alle befeht, sie erliegen den Verleumdungen und werden zu Expressern an den von ihnen wirtschaftlich abhängigen Existenzen, freilich ohne andere Wirkung, als daß sie um so größere Erbitterung, Mut und Empörung bei ihnen wecken. Sie bewirken dadurch nur, daß ihre wertlosen und momentanen Erfolge bei der öffentlichen Wahl sich in ebensoviele, aber dauernde Mißerfolge bei der geheimen Wahl zum Reichstag umwandeln.

Das geheime Wahlrecht ist so wenig eine politische Forderung, als eine Erfüllung des politischen Anstandes und der politischen Klugheit. Es wäre übertrieben, die Abschaffung des öffentlichen Wahlrechts eine „Reform“ zu nennen. Sie ist eine wenig bedeutende, längst fällige Maßregel. Ihre Erfüllung in der nächsten Session des preussischen Landtages ist eine Selbstverständlichkeit, die geschehen muß, ohne daß damit viel Aufsehens gemacht wird.

Steuerichraube gegen Arbeiter.

Der Steuerbeutel geht um. Schon jetzt werden in Preußen von den Magistraten und Gutsvorständen Vorbereitungen getroffen, damit das Einkommen der Angestellten und Arbeiter, der weniger als 3000 Mark jährliches Einkommen hat, im Jahre 1908 nur so bis auf den letzten Pfennig besteuert werde. Es werden die Arbeitgeber um Auskunft über Namen, Wohnort, Wohnung der bei ihnen in ihrem Beruf oder Gewerbe gegen Gehalt oder Lohn dauernd beschäftigten Personen sowie über die Höhe des Einkommens befragt, das diese Angestellten und Arbeiter seit dem 1. Januar bis zum 30. September dieses Jahres hatten. Diese Befragung greift die Steuerbefreiung nach Art. 13 des Reichsgesetzes über die Besteuerung der Einkommen an. Der Mittelstand und die Arbeiter sind durch dies Gesetz viel schlechter als vordem gestellt. Vor allem ist gegen die Angestellten und Arbeiter mit Einkommen bis 3000 Mark eine Art Denunziationspflicht der Hausbesitzer und der Arbeitgeber eingeführt. Es seien die Grundzüge dieser Einkommensteuergesetz-Novelle nochmals dargestellt, um vielfachen Wünschen aus unserm Leserkreise nachzukommen.

Das Deutsche Reich hat bereits im Jahre 1877 ein Jahreseinkommen bis 1500 Mark als unentbehrlich und in der Regel unpfändbar bezeichnet. Trotzdem steht es aber den einzelnen Bundesstaaten frei, den jährlichen Einkommen noch mit Steuern zu zwängen. Und Preußen macht ausgiebigen Gebrauch von diesem Recht. Bekanntlich verlangen die Sozialdemokraten, alle Einkommen bis mindestens 3000 Mark sollen steuerfrei bleiben und bei den höheren Einkommen soll proportional der Höhe der Einkommen die Steuerichraube stärker angezogen werden. Würde Preußen dementsprechend alle Jahreseinkommen bis 3000 Mark steuerfrei lassen und die Steuerichraube bei den höheren Einkommen nur um 1 Proz. anziehen, so würde der Staat 40 Mill. mehr herausgeschlagen als er heute einnimmt. Das preussische Dreiklassenparlament ist aber den umgekehrten Weg gegangen. Konserervative und Freisinnige im Arm haben ein Einkommensteuergesetz geschaffen, auf das man als Rottis das Wort aus Gb. Marxus §. 25 setzen könnte:

„Denn wer da hat, dem wird gegeben; und wer nichts hat, von dem wird man nehmen auch das, was er hat.“

Erwähnt seien einige Vorschriften nach dieser Richtung. Die Veranlagung zur Steuer richtete sich bis zum 1. Januar dieses Jahres nach dem dreijährigen Durchschnitt. Dadurch wurde hier und da die Härte vermieden, daß ein zur Steuer Veranlagter das zufällige höhere Einkommen eines Jahres in dem kommenden, mit einer schlechteren Gesamteinnahme abschließenden veräußern mußte. Diese Vorschrift ist seit dem 1. Januar dieses Jahres den Angestellten und Arbeitern gegenüber aufgehoben. Für sie erfolgt die Veranlagung fortan nach den Ergebnissen des dem Steuerjahr unmittelbar vorangegangenen Kalenderjahres oder nach dem mittleren Jahresertrag; also im Jahre 1908 wird das Einkommen besteuert, das der Angestellte oder Arbeiter 1907 hatte. Dagegen ist das Einkommen aus Handel, Gewerbe, Bergbau und aus Land- und Forstwirtschaft auch künftig nach dreijährigem Durchschnitt zu veranlagern, falls der Steuerpflichtige in geordneter Weise Bücher führt. So kann es kommen, daß z. B. beim Großgrundbesitzer 2000 bis 3000 Mark, die für persönliche Ausgaben oder für Bewertung der eigenen Arbeitskraft als Ausgaben gebucht sind, von der Steuerpflicht befreit sind.

Ebenso liegen Bevorzugungen der Wohlhabenden in den Abgaben, die das Einkommensteuergesetz ihnen gestattet. So dürfen vom Einkommen die Beiträge zu öffentlichen Be- und Entwässerungsverbänden, die von dem Grundeigentum, dem Gewerbebetrieb und dem Bergbau zu entrichtenden direkten Kommunalsteuern bis zur Höhe der staatlich veranlagten Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer in Abzug gebracht werden. Bis zur gleichen Höhe werden in den Gutsbezirken die realen Kommunalsteuern und die neben ihnen bestehenden Gutslasten als abzugsfähige Werbungskosten angesehen. Die Gutslasten kommen dabei mit 30 Proz. der staatlich veranlagten Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer auch dann in Ansatz, wenn die Gutslasten erheblich niedriger sind. Infolge dieser Vorschriften sind eine Reihe Hausbesitzer und Großgrundbesitzer, deren Einkommen sich um mehrere Tausend Mark erhöht hat, in der Steuer herabgesetzt. Von dem, was früher abzugsfähig ist, seien hervorgehoben: die Beiträge zu den Berufskammern, z. B. die an eine Landwirtschafts-, Handels-, Handwerks-, Ärzte-, Anwalts-, Apotheker-Kammer zu zahlenden Beiträge (nicht aber die an Gewerkschaften oder Arbeitervereine zu entrichtenden Beiträge); die auf Kirchenpatronats-Versicherungen beruhenden dauernden Lasten; die auf Grund rechtlicher Verpflichtung vom Steuerpflichtigen zur allmählichen Tilgung eines auf seinem Grundbesitz bestehenden Schuldkapitals zu entrichtenden Beiträge, soweit sie 1 Proz. des Kapitals und den Betrag von 600 Mark jährlich nicht übersteigt (nicht aber Schulden, die der Mittelstand oder Arbeiter ohne Grundbesitz gemacht hat). Ferner trifft § 12 des Einkommensteuergesetzes für die Besitzer von Waldstücken, welche nicht nach einem forstmäßigen Plane bewirtschaftet werden, das neue Privilegium, daß die Ergebnisse von Abtrieben aus diesen Waldstücken als steuerpflichtiges Einkommen nicht anzurechnen sind, wenn und soweit dieselben sich in einem Jahre auf mehr als den zehnten Teil des Wertes des vorhandenen Holzbestandes erstrecken.

Neben diesen insbesondere dem Großgrundbesitzer zugute kommenden Geschenken ist die Zulässigkeit der bereits früher für zulässig erklärten Abzüge aufrecht erhalten. Dahin gehören zum Beispiel die Deichlasten, die indirekten zu den Geschäftskosten zu rechnenden Abgaben, die regelmäßigen jährlichen Abschreibungen für Abnutzung der Gebäude, Maschinen und des sonstigen toten Inventars. Nach wie vor sind dem Arbeiter Abzüge für die zur Erhaltung seiner Arbeitskraft gemachten Aufwendungen nicht ge-

stattet: er kann weder für Lebensunterhalt, noch für Bekleidung, noch für Mietsabzüge machen. Für die Abzüge, die er vom Einkommen machen darf, gelten nur folgende allgemeine Bestimmungen: Es sind abzugsfähig:

1. die von dem Steuerpflichtigen zu zahlenden Schuldzinsen; 2. Renten und dauernde Lasten, die auf Privatverpflichtungen (z. B. Vertrag, Verschreibung, letztwilliger Verfügung) beruhen; 3. die von dem Steuerpflichtigen für seine Person, seine Familie oder vertragsmäßig zu entrichtenden Beiträge zu Kranken-, Unfall-, Alters- und Invalidenversicherungs-, Witwen-, Waisen- und Pensionskassen, soweit diese Beiträge zusammen die Höhe von 600 Mark nicht übersteigen; 4. Versicherungsprämien, welche für Versicherung des Steuerpflichtigen oder eines nicht selbständig zu veranlagenden Haushaltsangehörigen auf den Todes- oder Lebensfall gezahlt werden, soweit die Prämien den Betrag von 600 Mark jährlich nicht übersteigen.

In Betracht kommt für den Mittelstand und Arbeiter noch folgende Vorschrift des § 19 zugunsten solcher Steuerzahler, welche Kinder oder Angehörige zu unterhalten haben:

„Gewährt ein Steuerpflichtiger, dessen Einkommen den Betrag von 3000 Mark nicht übersteigt, Kindern oder anderen Familienangehörigen auf Grund gesetzlicher Verpflichtung Unterhalt, so wird ihm von dem steuerpflichtigen Einkommen für jedes derartige Familienmitglied der Betrag von 50 Mark in Abzug gebracht mit der Maßgabe, daß in jedem Falle eine Ermäßigung stattfindet um eine der im § 17 vorgeschriebenen Steuerstufen bei dem Vorhandensein von drei oder vier, um zwei Stufen bei dem Vorhandensein von fünf oder mehr derartigen Familienmitgliedern.“

Aber mit diesen Ungleichheiten noch nicht genug! Damit auch nicht ein Pfennig des Einkommens unberührt bleibt, das der Mann oder die Frau erwirbt, ist eine Denunziationspflicht für Hausbesitzer und Arbeitgeber solcher Angestellten und Arbeiter gegenüber eingeführt, die weniger als 3000 Mark Jahreseinkommen haben. Auf Verreiben nationalliberaler und konserverativer Abgeordneter und des freisinnigen Abgeordneten Gerschel ist nämlich durch eine besondere Novelle zum Reichsgesetz vom 23. des Einkommensteuergesetzes folgender Wortlaut gegeben:

„Jeder Besitzer eines bewohnten Grundstückes oder dessen Vertreter ist verpflichtet, der mit der Aufnahme des Personenstandes betrauten Behörde die auf dem Grundstück vorhandenen Personen mit Namen, Berufs- oder Erwerbssort, Geburtsort, Geburtsdatum und Religionsbekenntnis für Arbeiter, Diensthöten und Gewerbegehülften auch den Arbeitgeber und die Arbeitsstätte anzugeben.“

Die Haushaltungsvorstände haben den Hausbesitzern oder deren Vertretern die erforderliche Auskunft über die zu ihrem Hausstande gehörigen Personen einschließlich der Unter- und Schlafstellenmieter zu erteilen.

Arbeiter, Diensthöten und Gewerbegehülften haben den Haushaltungsvorständen oder deren Vertretern die erforderliche Auskunft über ihren Arbeitgeber und ihre Arbeitsstätte zu erteilen.

Wer für die Zwecke seiner Haushaltung oder bei Ausübung eines Berufes oder Gewerbes andere Personen dauernd gegen Gehalt oder Lohn beschäftigt, ist verpflichtet, über dieses Einkommen, sofern es den Betrag von jährlich 3000 Mark nicht übersteigt, dem Gemeinde- (Guts-)vorstande seiner gewerblichen Niederlassung oder in Ermangelung einer solchen seines Wohnsitzes auf deren Verlangen binnen einer Frist von mindestens zwei Wochen Auskunft zu erteilen.

Die Auskunftspflicht erstreckt sich auf folgende Angaben:

a) Bezeichnung der zur Zeit der Anfrage beschäftigten Personen nach Namen, Wohnort und Wohnung; eine Verpflichtung zur Angabe von Wohnort und Wohnung besteht jedoch nur, soweit diese dem Arbeitgeber bekannt sind;

b) das Einkommen, welches die zu a) bezeichneten Personen seit dem 1. Januar des Auslaufjahres oder seit dem späteren Beginn ihrer Beschäftigung bis zum 30. September desselben Jahres tatsächlich an barem Lohne (Gehalt) und Naturalien aus dem Arbeits- oder Dienstverhältnisse bezogen haben. Dem Arbeitgeber ist jedoch gestattet, statt dessen für diejenigen Personen, welche bei ihm schon in dem ganzen der Auskunftserteilung unmittelbar vorangegangenen Kalenderjahre beschäftigt waren, das in diesem Jahre tatsächlich bezogene Einkommen anzugeben. Naturalbezüge, insbesondere freie Wohnung oder freie Station, sind ohne Wertangabe namhaft zu machen.

Diese Pflicht liegt auch den gesetzlichen Vertretern nicht-physischer Personen ob.“

So haben die Herren im Dreiklassenparlament es durchgesetzt, daß dem Reichstags Steuerbevorzugungen, dem Mittelstand und der gesamten Arbeiterklasse neue Lasten auferlegt werden; insbesondere Verheiratete werden durch diese Keuerung besonders schwer betroffen. Der Steuerzettel des Jahres 1908 wird die Steuererhöhungen schwarz auf weiß zeigen. Und doch gibt es noch Handwerker, Geschäftsleute, Angestellte, ja selbst Arbeiter, die solchen Gesetzbüchern ihre Stimme bei der Wahl geben! Ein Gutes hat die Keuerung: sie ist geeignet, noch Vertrauensseligen das Reilmotiv der bestehenden Klasse erkennbar zu lassen:

„Wer da hat, dem wird gegeben, und wer nicht hat, von dem wird man nehmen auch das, was er hat.“

Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. Oktober 1907.

Der bedrohte Militärstaat!

Der „Konf. Korresp.“ ist die Ankündigung des Parteivorstandes, die Verhandlungen des Leipziger Hochverrats-Prozesses als Broschüre verbreiten zu lassen, in die Mitglieder gefahren. Sie zettelt über die „hochverräterische“ Absicht des Parteivorstandes, Stellen der Liebknechtschen Broschüre, deren Vernichtung das Reichsgericht beschlossen hat, im Rahmen des Prozeßberichtes zu verbreiten zu wollen, eine Absicht, die übrigens der Parteivorstand noch mit keiner Silbe zu erkennen gegeben hat! Man sehe daraus, daß es „ganz besonderer Mittel“ bedürfe, „um der hochverräterischen Agitation der Sozialdemokratie den Weg zu verlegen.“

Die offiziöse „Nordd. Allg. Ztg.“ erbarmt sich der geängstigten Konserverativen, indem sie ihnen folgenden Trost spendet:

„Dazu reichen unseres Erachtens schon die gegenwärtigen Gesetze aus. Verichte, auch wenn sie wahrheitsgetreu sind, sind verfassungsmäßig nur über Parlamentsverhandlungen völlig straflos. Verichte über Gerichtsverhandlungen dagegen können, wenn sie strafbar oder gerichtlich mit Strafen belegten Inhalt wiedergeben, bei öffentlicher Verbreitung sehr wohl unter Strafe gestellt werden und sind es auch wiederholt. In diesem Falle wäre die Möglichkeit um so mehr gegeben, als das Reichsgericht die Vernichtung des Liebknechtschen Buches ausdrücklich beschlossen hat.“

Das offiziöse Organ will also die Wiedergabe von Stellen der Liebknechtschen Broschüre bestraft sehen, die in Leipzig selbst vor der breitesten Öffentlichkeit verlesen worden sind!

Wie lässig muß es um unseren Militärstaat bestellt sein, wenn er nicht einmal die wahrheitsgetreue Wiedergabe einer Prozeßverhandlung vertragen kann.

Der „Störer des Bloßfriedens“.

Die „Deutsche Tagesztg.“ überschüttet Herrn Theodor Barth mit einem Bunterguth, weil er es gewagt hat, vom Freisinn zu fordern, der Regierung die Bedingung zu stellen, noch im gegen-

wärtigen Landtag ein Notgesetz für Einführung des geheimen Wahlrechts einzubringen. Es liege auf der Hand, daß der Reichsanwalt auf diesen Plan nicht eingehen könne. Herr Barth verfolge aber offenbar keinen anderen Zweck, als die Zerstörung des Bloßfriedens, er lenne kein schöneres Ziel, als „Mißtrauen zwischen den einzelnen Teilen (des Bloßes) zu wecken, die ohnehin nicht gerade mit eisernen Nägeln zusammengefügt“ seien.

Dieser Bunterguth, der den Freisinn einschüchtern soll, ist überaus dumm. Denn Barths Forderung ist doch so ungeheuer bescheiden, daß gerade das Agrarierorgan das begründetste Mißtrauen sät, wenn es behauptet, daß Wilow auf Barths Vorschlag nicht eingehen könne. Wer soll ihn denn daran hindern? Die Junker?! Wenn deren Macht über den Reichsanwalt so groß ist, dann ist allerdings jede freisinnige Forderung selbst auf die bescheidenste Forderung eine lindliche Illusion! Der Freisinn wird deshalb gar nicht umhin können, um erst recht die Probe auf das Exempel zu machen, will er nicht den Vorwurf auf sich laden, sich dem laudinischen Joch der Junker gebeugt zu haben! —

Gegen die Reichseinkommensteuer

wendet sich mit aller Schärfe die halbamtliche „Leipziger Ztg.“. In Deutschland sei die Quelle der direkten Besteuerung schon jetzt in ziemlich erschöpfender Weise in Anspruch genommen. Wenn zu den direkten Steuern für Zwecke des Staates, der Gemeinde, der Kirche usw. noch direkte Reichssteuern treten würden, so würde das „in weiten Kreisen starken Unmut erregen“. Ein Festhalten an dem Grundsatz, daß den Einzelstaaten die direkten Steuerquellen vorbehalten bleiben müßten, sei „unerlässlich“.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ gibt diese Polemik gegen die demagogischen Ausführungen der Bassermann und Damm ohne Kommentar, also offenbar zustimmend, wieder.

Der Freisinn weiß also, daß alle Mehrausgaben, die er für Heer, Flotte und Kolonien bewilligt, schließlich aus indirekten Steuern aufgebracht werden! Das wird ihn aber nicht abhalten, jeder Regierungsvorlage für die „nationalen“ Zwecke der Panzerplattenpatrioten und der Kolonialinteressenten zuzustimmen! —

Siebert als Beamteninstruktor!

Wie die „Hess. Landesztg.“ berichtet, ist der Gerichtsssekretär Werner in Kirchhain (Bezirk Kassel), nachdem ihm vom Ministerium hierzu ein Urlaub bewilligt worden, zu einem Agitationsausbildungskursus des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie nach Kassel einberufen worden und bereits dorthin abgereist.

Falls diese unglaubliche Nachricht auf Wahrheit beruht, so beweist sie aufs neue, daß jedes Rechtsgefühl in Preußen aufhört, sobald es sich um den Kampf gegen die Sozialdemokratie handelt.

Es ist offenbar ein unerhörtes und ungeschickliches Mißbrauch der Steuerelder, die überwiegend von der großen Masse des arbeitenden Volkes aufgebracht werden müssen, wenn sie dazu verwendet werden, die Posten des Reichs-Lügendverbandes auszubilden! Es ist bezeichnend, daß just ein beim Gericht angestellter Beamter dazu ausgesucht wird, gegen die Sozialdemokratie dressiert zu werden. Sollte man nicht noch weiter gehen und Justizbeamte, die später als Richter urteilen sollen, in solche Heerpapstelschulen demnächst schicken? Mit welchem Recht veranlagt die Regierung die Gelder für die Vertretungskosten solcher Beamten? Die Regierung wird freilich darauf gar nicht antworten! Ist sie doch in der Tat unverantwortlich, so lange 85 Proz. des preussischen Volkes entrechtet sind. Das Geldsparparlament bedeutet eben die Willkürherrschaft der Regierung!

Uebrigens wieder eine Schwalbe, die den „liberalen“ Frühling ankündigt! —

Romen.

Herr Romen hegt in einem Artikel im „Tag“ weiter gegen die Sozialdemokratie. Er betrachtet das Urteil gegen Liebknecht als eine Handhabe gegen die sozialdemokratische Agitation und speziell die Jugendorganisationen:

„Der Staat darf, will er sich nicht selbst aufgeben, den Verleumdungen und Wählerleiden der antimilitaristischen Agitatoren, die auf die Zerlegung seiner festesten Stütze losarbeiten, nicht unthätig zusehen. Und darum muß er auch ein besonders wachsame Auge haben auf die sozialdemokratischen Jugendorganisationen, deren Hauptziel nach gewiesenermaßen (1) darin besteht, Kopf und Herz der unreifen Jugend anzufüllen mit Haß und Verachtung gegen das Heer und alle seine Einrichtungen, die jungen Leute, wenn sie zum Heeresdienst einberufen werden, systematisch zum Ungehorsam und zur Disziplinlosigkeit aufzufacheln. (2) Den antimilitaristischen Jugendorganisationen à la Liebknecht kann nunmehr auf Grund der Entscheidung des zweiten und dritten Strafsenats des Reichsgerichts das Handwerk endgültig gelegt werden. Inwiefern dieses Urteil zu einer sonstigen allgemeinen Bekämpfung der sozialdemokratischen antimilitaristischen Propaganda eine Handhabe bieten wird, muß abgewartet werden, bis seine Gründe in authentischer Form vorliegen.“

Schade, daß der wackere Romen nicht an Döhlens Stelle stand: er hätte eine noch viel tollere Anlage zustande gebracht. So mußte er sich mit der Rolle des Souffleurs begnügen.

Den vornehmen Charakter des Herrn Romen offenbaren auch die unanständigen Ausfälle gegen die Person Liebknechts.

Liebknecht sei „von glühendem Ehrgeiz geplagt“, habe vor Gericht ein „großes Maul“ gezeigt usw. Es lohnt nicht, Herrn Romen im gleichen Maße zu antworten, da er ja Sozialdemokraten nicht beleidigen kann! —

Ein Freisinniger für die Wahlrechtsaktion!

Reichstagsabgeordneter Hermann Bremen sprach am Sonnabend in einer von 1000 Personen besuchten Wahlerversammlung in Geestmünde über „Das preussische Wahlrecht und der Liberalismus“. Im Gegensatz zu den verschiedenen Mißbeurteilungen er wirklich liberal. Seinen Ausführungen entsprechend wurde folgende Resolution angenommen:

„Die heute in Geestmünde tagende öffentliche Wollerversammlung fordert für Preußen die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts und erwartet von den Parteien der Linken, daß sie auf der Einführung desselben bestehen und zu diesem Zwecke eine große freisinnige Volksbewegung erwecken.“

Wenig lautende Rundgebungen wurden in Versammlungen liberaler Vereine in Köslin und Landsberg a. B. beschlossen. Es wird immer klarer, daß die jämmerliche Haltung der meisten freisinnigen Führer zu den Wünschen ihrer eigenen Wähler in Widerspruch gerät. —

Ein sachverständiges Urteil!

Die preussische Lehrerschaft zieht in ihrem Organ, der „Pädagogischen Zeitung“, aus den kürzlichen Verhandlungen einer

Abordnung des Vorstandes mit dem Kultusminister und dem Finanzminister folgenden Schluß:

Der Bremerlaß bleibt, der serienkürzende Erlaß des Herrn v. Stubi bleibt, in Summa: es bleibt alles beim alten.

Was man so Bloßpolitik oder „liberale Aera“ nennt! —

Zuerst sozialdemokratische Röhre, dann ein Studentennuß. In dem Mainstädtchen Kitzingen wurde nächstherweise von dem Denkmal des Königs Ludwig die Wüste herabgeworfen und zertrümmert. Da in dem Städtchen seit kurzer Zeit die Arbeiterbewegung aufzublühen beginnt, wurde von den Stipendiaten des Reichsverbandes diese Freiheit den Sozialdemokraten zur Last gelegt. Das sei ein Akt sozialdemokratischer Röhre und nur ein kleiner Vorgeschemel dessen, was man zu erwarten habe, wenn das „Gift“ noch weiter um sich greife. Den wackeren und freudigen Arbeiter, wenn man sie erwische, schwere Zuchthausstrafe.

Der Täter wurde auch kurz darauf erwischt, aber es war kein roter Umfänger, sondern ein Angehöriger der goldenen Jugend — ein Student. Nun wandelte sich die Röhre zu einem Studentennuß! um, von einem zuchthauswürdigen Verbrechen ist nicht mehr die Rede! —

Abermaß eine entlarvte Lüge.

Ueber „einen äußerst krassen Fall von sozialdemokratischer Vergewaltigung“ wußte vor kurzem die Reichsverbandslagenpresse zu berichten. Es handelt sich um die Straftat zweier Schauerleute in Altona, die ihren Vater, der während der Ausperrung der Schauerleute im Hafen gearbeitet hat, schwer mißhandelt haben, ebenso die ihn begleitende Mutter. Für ihre rohe Tat sind die Söhne schwer verurteilt worden, und zwar zu je vier Monaten Gefängnis.

Die Verlogenheit des bürgerlichen Preßgesinns zeigt sich darin, daß es den zu verurteilenden Vorfällen mit der Sozialdemokratie in Verbindung bringt, die damit gar nichts zu tun hat, denn die Verurteilten sind gar keine Sozialdemokraten! Die Behauptung in der Reichsverbandslagenpresse, daß die beiden Söhne „sozialdemokratisch organisiert“ waren, ist einfach erlogen!

In das „Hamburger Echo“ konnte festgestellt, daß die beiden Mörder nicht einmal dem Verband der Hafenarbeiter angehören! Damit fällt der Schwinkel der Reichsverbandslagenpresse in allen Teilen zusammen. Nichtsdestoweniger wird es keinem der Blätter einfallen, auch diese Feststellungen seinen Lesern mitzuteilen. Denn dann wäre ja der Zweck der ersten Notiz, die Leser gegen die Sozialdemokratie aufzureizen, verfehlt. —

Italien.

Vom Generalfreik.

Die genaue Version des Mailänder Konflikts.

Mailand, 13. Oktober. (Fig. Ver.)

Daß nach einem friedlich beizulegenden Streik in einer großen Stadt mit gut disziplinierter Arbeiterbewegung ein Blutbad angerichtet wird — diese „Perle“ polizeilicher Gewalttat fehlte gerade noch in der Reihe italienischer Willkürpolitik!

Der Streik der Gasarbeiter hatte mit dem Siege der Arbeiter geendet, die sich ruhig und freudig zur Wiederaufnahme der Arbeit anschickten. In den Gaswerken war man seit dem frühen Morgen des 11. Oktober dabei, die Streikbrecher abzulohnen. Anstatt nun aber diese edle Gesellschaft unauffällig an die Luft zu setzen, vielleicht nächstlicherweile, wozu sich ihr lichtscheues Geschäft am besten eignet, ließ man ihrer 400 am hellen Lichtstage in einen Extrazug auf einem Privatgleise hinter den Gaswerken der Porta Ludovico einsteigen. Die Strecke ließ man von Arabinern bewachen, und diese nahmen ihre Aufgabe so ernst, daß sie, als der Zug mit Steinwürfen bedroht wurde, sich sofort vom Bahndamm herunter wie tolle Hunde auf die Demonstranten stürzten. Notabene: Der Streikbrecherzug ging im Schnecken tempo an einem großen Platz vorbei, auf dem die Arbeiter der Fabrik Miani u. Sebestri ihre Frühstückspause halten. Beim ersten Steinwurf wollten die Arabiner einen jungen Burschen verhaften. Als man ihnen ihr Opfer freitrag machte, verloren sie den Kopf, und ohne die vorgeschriebenen Trompetenstöße abzugeben, feuerten sie auf die ahnungslose Menge. Ein Glück noch, daß die Ordnungshüter so blindwütig waren, daß die meisten Schüsse ihr Ziel fehlten! Ununterbrochen, so lange sie Munition hatten, haben die Kerle geschossen: das Haus eines Ostroindianers ist mit einigen 50 Schüssen gespickt. Unter den 5 Verwundeten, die das Feuer der „Sölden“ niederstreckte, befindet sich einer im hoffnungslosen Zustande.

Begreiflicherweise war die Entrüstung über die unerhörte Gewalttat in Mailand, ja in ganz Italien, ungeheuer groß. Der Generalfreik war in Mailand längst zur Tatsache geworden, ehe er von der Organisation proklamiert war: Gegen 1/2 Uhr geschah die Gewalttat, um 6 Uhr war schon der letzte Tramwaywagen im Depot! Am Ritternacht begann der Streik der Eisenbahner.

Turin.

Nach einer Wolff-Debatte beschlossen die Turiner Ausständigen in einer am Montagabend abgehaltenen Versammlung, die Arbeit am Dienstag früh (gestern) wieder aufzunehmen. Zu gleicher Zeit meldet das Bureau, die Turiner Arbeitgeber hätten beschlossen: als „Wiedervergeltung“ (!) für den Ausstand die Arbeiter 48 Stunden auszusperrn! — Den weiteren Verlauf der Dinge skizzieren folgende Telegramme:

Rom, 15. Oktober. Der Ausstand in Turin ist beendet. Die Bahnhofsarbeiter und Angestellten haben an Volitti ein Telegramm gerichtet, worin sie erklären, daß 10 000 Personen in den Ausstand treten würden, falls die Bestrafung auch nur eines einzigen Kollegen erfolgen sollte. Man befürchtet in Turin neue Schwierigkeiten infolge des Beschlusses der Fabrikbesitzer, sämtliche Arbeiter als Gegen demonstration gegen den Streik für eine Zeit von 48 Stunden auszusperrn.

Turin, 15. Oktober. Die Stadt hat wieder ihr gewöhnliches Aussehen angenommen; die Läden sind geöffnet, die Straßenbahnen fahren und der Betrieb der Eisenbahnen verläuft wieder regelmäßig; doch sind die industriellen Etablissements infolge der gemeldeten Ausperrung der Arbeiter seitens der Arbeitgeber noch geschlossen.

Schließlich ist noch folgende Meldung bemerkenswert: Mailand, 15. Oktober. (W. S.) In Ferrara und Borgo ist ebenfalls der Generalfreik erklärt worden, dagegen wurde die Proklamierung des Generalfreiks in Verona und Ancona abgelehnt. In Regierungskreisen ist man über das Verhalten der Eisenbahner sehr enttäuscht, und es heißt, daß schwere Strafen gegen die Ausständigen verhängt werden sollen. Man bezweifelt noch immer, daß es zu einem allgemeinen Ausstand der Staatsbahnanstellungen kommen wird.

Die große Gelei, den Brand durch Verhängung schwerer Strafen gegen die Ausständigen zur hellen Flamme aufzuschüren, konnte man der Regierung Italiens nach den bisher von ihr abgelegten „Talentproben“ schon zutrauen. Ob sie indessen mit „energischem“ Vorgehen wider ihre Eisenbahn-Sklaven gut — fahren würde, das wäre schließlich doch wohl erst noch abzuwarten.

Frankreich.

Radikaler Kassenjammern.

Paris, 14. Oktober. (Fig. Ver.)

Nach der „patriotischen“ Orgie von Nancy sind die Radikalen recht verdrückt. Die christlicheren unter ihnen fangen an, darüber nachzudenken, was der einstimmige Beschluß über die Verdamnung der antimilitaristischen Sozialisten, der auf dem Kongress den Gesang der Marschlied auslöste, politisch bedeutet. Und die Diskussion über diese Frage wird ziemlich heftig. Der Kleinbürgerliche Flügel, dessen Organ der „Radical“ ist, interpretiert die Resolution im Sinne eines fortgesetzten Reststreikens gegen die gemäßigten Sozialisten. Dagegen wollen die fortgeschrittenen Elemente der Partei, die um Guiffon und Pelletan, die sich noch immer Illusionen über eine Reparatur des Blocks machen, das Hauptgewicht auf den Absatz legen, der von einer gemeinsamen Reformaktion der Linksparteien spricht. Dabei bekommt man sehr wertvolle Belehrungen zu hören, die den Erbsen in der Hitze herauskruschen. So schrieb gestern die „Lanterne“, daß in der radikalen Partei neben einer großen Mehrheit ehrlicher Demokraten ein Flügel verstockter Reaktionäre sei, der den Radikalismus auf die Bahn des alten Opportunismus zu führen strebe. Ja, wenn dem so ist, warum bleiben die „Ehrlichen“ in diesem korumpierenden Verband, warum verfallen sie in Begeisterungstänzel, wenn sie mit den Parteiverberbern zu Einstimmigkeit gelangen?

In der „Aurore“ hinterher schreibt heute der alte Ranc: „Selen wir offen! Der Hervöismus war nie etwas anderes als ein Vorwand zu unredlichen Angriffen. Unser Unrecht war, ihn tragisch oder auch nur ernst zu nehmen. Sprechen wir weniger von Herrn Hervö, und seine Isoliertheit wird in allen Fragen offenbar werden.“ — Ganz das Gegenteil sagt der „Radical“: „Kein Manöver wird die Frage verschieben können. . . Der radikale Beschluß ist angenommen worden, um alle diejenigen, die den sozial-anarchistischen Beschluß von Nancy gefaßt haben, aus der Republik hinaus zu jagen. Sie alle haben sich außerhalb des Gesetzes der republikanischen Wählbarkeit gestellt.“ Für die Radikalen bedeutet also die Resolution die Verpflichtung zu einem Wahlblock der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialisten. Die deutliche persönliche Spitze ihrer Polemiken gegen Jaurès zeigt diese Gesellschaft schon in voller Kooperation mit dem „gemäßigten“ Großkapitalisten-Blatte „Temps“.

Vorläufig mag nun freilich diese Verschiebung des politischen Schwerepunkts nach dem Zentrum hin nicht offen und offiziell vor sich gehen. Nicht etwa, daß die in Elle angenommenen Beschlüsse für die alten auf dem Programm stehenden Reformen die Partei binden würden. Der Radikalismus hat ja schon im letzten Jahre die Möglichkeit erlangt, praktisch reaktionäre Politik zu betreiben, ohne das dekorative Programm zu ändern. Die reaktionären Elemente der Parteien können sich mit der unaufhaltsam korumpierenden Wirkung eines solchen zweideutigen Verhältnisses vorläufig begnügen. Die Radikalen, die weiterhin die Leibgarde einer Regierung bleiben, deren Minister unermüdlich mit der Fabel vom Hervöismus, diesem Vorwand zu unredlichen Angriffen, umherreisen, haben keine Hoffnung auf eine politische Auferstehung. Und das historische Urteil über sie wird um so strenger sein, als ihre Erkenntnis härter war als ihre politische Moral.

Die russische Revolution.

Die sozialdemokratische Dumafraktion auf der Anklagebank.

In Anbetracht des bald stattfindenden Prozesses der Fraktion hat das Zentralkomitee der sozialdemokratischen Partei auf seiner letzten Sitzung den Beschluß gefaßt, einen Aufruf an die Bevölkerung zu erlassen und die Parteiorganisationen davon in Kenntnis zu setzen, daß die Einberufung von Protestversammlungen aus Anlaß des Prozesses wünschenswert sei. Auf diesen Versammlungen sollen Protestresolutionen wider das bevorstehende „gerichtliche“ Einschreiten der Regierung gegen die Vertreter des Proletariats gefaßt und soll für die Organisation einer eintägigen Arbeitseinstellung am Tage der Gerichtsverhandlung agitiert werden.

Zur Verwirklichung dieser Beschlüsse hat das Zentralkomitee eine besondere Kommission ernannt, die sich unter anderem an das internationale Sozialistische Bureau zu wenden hat, um dieses an den bevorstehenden Prozeß der Dumaangeordneten sowie an die Notwendigkeit zu erinnern, auf denselben zu reagieren, wie das die Interparlamentarische Konferenz in Stuttgart beschlossen hat.

Die herrschende Clique beabsichtigt, durch den bevorstehenden Prozeß nicht nur ihre unverfälschten Feinde zu Zuchthaus und Zwangsarbeit zu verurteilen, sondern sie sucht auch gleichzeitig diese Gelegenheit zur „Propaganda“ ihrer „Ideen“ in den breiten Volksmassen zu benutzen. Die Mitglieder der ersten geschlossenen parlamentarischen Vertretung der russischen Arbeiterschaft, der konsequentesten und tapfersten Vertreter der Interessen des Volkes, die Mitglieder der sozialdemokratischen Dumafraktion sind als — „Verfälscher“ auf die Anklagebank gesetzt. Das höchste Gerichtstribunal, das Senatsgericht, soll nun die sozialdemokratischen Abgeordneten als „Hochverräter“ erklären, um die Sozialdemokratie in den Augen der Volksmassen zu diskreditieren. Doch die zu Kreaturen der Regierung degradierten staatlichen „Gerichte“-Institutionen sind dem Volke nur allzu gut bekannt, und der Sozialdemokratie wird es nicht schwer werden, diese Demonstration der Herrschenden gegen die Herrschenden selbst zu richten und die „Propaganda“ der Regierung im Interesse des Proletariats, im Interesse des allgemeinen Befreiungslampfes des Volkes auszunutzen.

Die Dumawahlen im Pferdestall.

Es scheint, als ob die örtlichen Satrapen miteinander konkurrieren, um ihrer Mißachtung für die Wahlen und die Wähler immer schroffer Ausdruck zu verleihen.

In einer Kreisstadt des Nordwestgebietes sollten die Bevollmächtigtenwahlen der Kleingrundbesitzer und Geistlichen stattfinden. Der Gouverneur sah nun kein anderes Mittel, um die Wahlen zu „fördern“, als den Wählern einen — Pferdestall als Wahllokal anzuweisen! Waren denn keine anderen Räumlichkeiten für diesen Zweck vorhanden? Allerdings! Doch der örtliche Satrap erklärte lakonisch: „Die Wahlen finden im Pferdestall der örtlichen Feuerwehre statt und sonst nirgendwo!“ Es wurde auch wirklich in diesem von Ausdünstungen verpesteten Raume die Wahlhandlung durch einen feierlichen Gottesdienst eröffnet, und in Gegenwart der vereinigten Bewohner des Raumes übten die Wähler ihre „erste Bürgerpflicht“ aus. . .

Dieser Vorfall ist keine Erfindung. Er ereignete sich am 24. September in der Stadt Dobrujsk, Gouvernement Kiew!

Aus der Partei.

Ein Veteran gestorben. Aus Baden wird uns geschrieben: In Pforzheim starb der Genosse Jakob Dittus. Sein Tod nimmt aus der Mitte der badischen Parteigenossenschaft einen alten Soldaten hinweg. Dittus' Name steht hinter jenem des Vorkämpfers Daniel Lehmann in der Chronik der Pforzheimer Partei-

geschichte und nur wenige Parteigenossen erfreuen sich heute noch des Daseins, die in der politischen Leidensperiode der Pforzheimer sozialdemokratischen Genossenschaft einen biemarischen Auenverweil erhielten. Die bescheidene Gestalt des fleißigen Schuhmachers und Schuhwarenhändlers Jakob Dittus verdient heute in den Vordergrund gerückt zu werden. Heute, wo im badischen Lande der sozialdemokratische Männerstolz vor Königschronen eine bescheidenwertige Entartung zeigt, geht eines Genossen sterbliche Hülle in der Flammenglut auf, der bis zum letzten Pulsschlag seinen Weggerade aus ohne Wanken fortschritt und der gesellschaftlichen Bedeutung die Unbeugsamkeit seiner proletarischen Konstitution entgegensetzte. Als der Genosse Dittus im bismarckischen Guerillakrieg des achten Jahrzehntes die Vertrauensperson des geheymten „Bildes“ bildete, setzte ihm der heilige Liberalismus des Jahrganges Gottesgnadentums mit der feigen Hinterlist des Sozialistengesetzes festig zu. Die Inquisitionskunst der christlichen Neuzeit verachtete sich an dem Bürger Dittus und seiner Familie; so Hausführung wie Freiheitsentziehung kam über den Pforzheimer Vertrauensmann. Das arbeitende Volk quittierte dankend, indem es den Geachteten Anno 1889 mit der Würde des Stadtverordneten beehrte und später den Genossen Dittus unter die Stadträte der hochindustriellen „Goldstadt“ Pforzheim beriefte. Die dankbare Vaterstadt wird an seiner Waise des Dittus uneigennütige Verdienste anerkennen, die badische Regierung und der großherzogliche Hof werden sich zu einer Kondolation an die Hinterbliebenen nicht „herablassen“. Und das ist gut, weil fern von Heuchelei! Und die Familie Dittus verdient es, ungestraft um ihren edlen Vater trauern zu dürfen: er suchte eine Ehre darin, seinen prächtigen Nachwuchs zu vortrefflichen Menschen zu erziehen. Nochmals bedurfte neulich die Pforzheimer Partei seiner patriarchalischen Autorität, als es galt, das dortige Parteiorgan „Freie Presse“ zu fundieren. Jakob Dittus gab sein Wort zur Genossenschaftsgründung und damit war das Werk geschaffen. Sein Werk und Lebensziel! Bald nach dem Erscheinen der Probenummer sprach Freund Heim bei ihm vor und Dittus legte den Schusterhammer zur Seite und schied mit dem Troste, daß er mit dem Leben der „Freien Presse“ seine Arbeit erfüllt. Ein ehrwürdiger, ein bescheidener Mann und ein tapferer Soldat der revolutionären Arme.

Im Krematorium zu Karlsruhe ist am Montagmorgen 1 Uhr die Leiche des Genossen Jakob Dittus eingeholt worden. An die Familienmitglieder und wenigen Vertreter der Partei hielt Genosse Ad. Ged. Offenbach eine Ansprache, in welcher derselbe dem vortrefflichen Charakter dieses Kämpfers gerecht wurde. Gestern fand zu Pforzheim im Trauerhause eine Ehrung statt namens der Pforzheimer Stadtbehörde, wobei alle drei Bürgermeister erschienen und Vorbeerkränze mit Schleifen in den Stadtfarben niederlegten.

Das Bureau der internationalen Verbindung der sozialistischen Jugendorganisationen bilden nunmehr Henriette Roland-Goltz (Paris, Holland), Gustav Müller (Malmö, Schweden), Leopold Winarski (Wien), Emanuel Statula (Prag) als Erghammand für Dr. Karl Dieblich und Hendrik de Man (Wien) als Sekretär. Die Adresse des Sekretariats lautet: Gumpendorferstr. 89, Wien VII. Am 1. Januar 1908 wird der Genosse Robert Danneberg vom Verband der jugendlichen Arbeiter Oesterreichs als Sekretär an die Stelle des Genossen de Man treten.

Vom Fortschritt der Presse. Eine Parteiblattgründung wurde am letzten Sonntag auf dem Kreistage für Feiburg-Raumberg beschlossen. Das halleische „Volkblatt“ wird dort gegenwärtig in 8500 Exemplaren abnominiert.

Der „Hamburger Landbote“, der laut Beschluß der Hamburger Landesorganisation ins Leben gerufen worden ist, gelangte am Sonntag in 32 hamburgischen Landgemeinden in etwa 20 000 Exemplaren unentgeltlich zur Verbreitung und wird weiter jeden zweiten Sonntag im Monat in allen Wohnungen des Hamburger Landgebietes verbreitet werden. Das neue Organ ist der Aufführung unter der ländlichen Redaktion gewidmet und wird, dafür garantiert der ländliche Stad von Mitarbeitern, seiner Aufgabe gerecht werden. In einem stoff geschriebenen Artikel „Was will der Landbote?“ wird sein „Programm“ niedergelegt.

Willings-Rotationsmaschinen sind in den Druckereien des „Karlsruher Volksfreund“ und des „Offenbacher Abendblatt“ zur Aufstellung gelangt. In Offenbach ist zugleich die am 1. Juli in den Besitz der Partei übergegangene Buchdruckerei bedeutend vergrößert worden. Der Raum der Secherei ist auf das Doppelte erweitert, eine zweite Schraffurmaschine (System Linotype) aufgestellt worden u. a. m. Redaktion und Expedition haben neue Arbeitsräume bezogen.

Warnung! Die Organisation des „Jüdischen Arbeiterbundes“, Ortsgruppe Wlozlaw (Galizien), teilt mit, daß von unbekanntem Vergehen der Stempel der örtlichen Organisation, Sammellisten und andere Dokumente gestohlen worden sind. Jedenfalls zu dem Zwecke und mit der Absicht in Deutschland die Genossen auf irgend eine unredliche Weise zu brandschlagen. Die Form des Stempels ist länglich und viereckig. Die deutschen Genossen werden ersucht, ihnen vorgelegte mit deraartigem Stempel versehene Schriftstücke oder Sammellisten als falsch anzusehen und betreffende Personen dementsprechend zu behandeln.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Straffonds der Presse. Aus Halle a. S. berichtet man uns unterm 15. Oktober: Wegen einer Wohlthatnotiz gegen eine Wirtshaus wurde der Genosse Leopold vom „Volkblatt für Halle“ zu 50 M. Geldstrafe verurteilt. Er soll „groben Unfug“ verübt haben. Mehrere Gewerbetreibende wie Tischlermeister und Barbier traten als Zeugen auf. Mit erhobener Rechten dokumentierten sie ihr Gefühl des Unbehagens über die Notiz. Sie glaubten, sie könnten auch mal „brannkommen“. Der Amtsanwalt hatte nicht weniger als vier Wochen Haft beantragt.

Wegen Verleumdung des ehemaligen nationalliberalen Reichstagsabgeordneten für Offenbach, Dr. Weder, wurde Genosse Ring vom „Offenbacher Abendblatt“ im Privatklagenverfahren von dem Schöffengericht zu 400 Mark Geldstrafe verurteilt. Die Verleumdung soll in einer Notiz begangen sein, worin die feinerzeitige Ausfalschung einer Inquisition Dr. Weders bei der Wahl von 1903 als „sozialdemokratisches Attentat“ mit der Attentatschwindel eines französischen Deputierten verglichen wurde.

Gewerkschaftliches.

Eine „gelbe“ Fehlgeburt.

Der Direktor der Kieler Schiffswerft Howaldtswerke, Hauptmann a. D. Laves, ist bekannt als Scharfmacher in der Eisen-Großindustrie, besonders durch seine auf den Verbänden der Eisenindustriellen propagierten Vorschläge, durch Zentralisierung der sogenannten gelben Hilfskassen eine Organisation des Streikbrechertums für ganz Deutschland zu schaffen. Auf den Howaldtswerken existiert schon seit einiger Zeit eine solche Hilfskasse, sie scheint aber schlechte Geschäfte zu machen, denn die Direktion hat jetzt eine zweite Kasse gegründet, die der Hilfskasse neue Mitglieder zuführen soll.

Die neue Kasse führt die Bezeichnung „Arbeiter Invalidentät-Pensions-, Witwen- und Waisenkasse der Howaldtswerke“ und begreift, ihren Statuten nach, den Howaldtschen Arbeitern, die ihr angehören, für den Fall hohen Alters oder vorzeitiger Erwerbsunfähigkeit, ebenso ihren Angehörigen für den Fall des Todes, eine fortlaufende Unterstützung zu gewähren. Aufnahmefähig sind gesunde Arbeiter, die einen achtbaren Lebenswandel führen, bei ihrem Eintritt in die Werkstätte das 45. Lebensjahr nicht überschritten haben und außerdem noch eine Reihe von Bedingungen erfüllen, von denen wir die wichtigsten unten anführen werden. Die

„Pension“ beträgt — 100 Mark pro Jahr (1) für alle über 65 Jahre alten Mitglieder, und ebenso hoch ist die Rente, die bei Invalidität bezahlt wird. Beide Renten können unter bestimmten Voraussetzungen steigen bis zu 250 Mark pro Jahr. Die Mitglieder verpflichten sich, eine „Spareinlage“ von 40 Pf. pro Woche bis zu ihrem 65. Lebensjahre, resp. ihrem Austritt oder dem Termin, an dem sie in den Genuss der Rente kommen, in die Kasse zu zahlen. Die Firma Howaldt steuert pro Mitglied 60 Pf. in der Woche bei, jedoch bloß bis zum Betrage von 31 000 M. pro Jahr, also im Höchstfalle für 1000 Kassenmitglieder, d. h. ungefähr den dritten Teil der insgesamt bei ihr beschäftigten Arbeiter.

Wer in den Besitz der 100 Mark-Rente, im Alters- wie im Invaliditätsfalle, gelangen will, muß 10 Jahre ununterbrochen bei der Firma tätig gewesen sein. Für jedes weitere Jahr steigt die Rente um 5 M., so daß der Höchstbetrag von 250 M. also für jene Glücklichen erreicht wird, die 40 Jahre ununterbrochen der Firma ihre Arbeitskraft zur Verfügung gestellt haben. Mit dem Weg der Invaliditätspension ist das Weiterarbeiten auf der Werft ausgeschlossen. Desgleichen erlischt jeder Anspruch auf die „Wohltaten“ der Kasse, wenn es der Firma aus irgend einem, in ihrem Ermessen stehenden Grunde beliebt, das Mitglied aus dem Arbeitsverhältnis zu entlassen. Ein gerichtlich einzuwendender Anspruch auf die Leistungen der Kasse steht den Mitgliedern der Kasse nicht zu. Die Verwaltung und Leitung der Kasse liegt in den Händen eines Ausschusses von Beamten der Werft, die die Direktion ernannt. Die „Pensionen“ der Witwen und Waisen sind so geringfügig, daß es sich nicht lohnt, die darauf bezüglichen verkaulierten Bestimmungen des Statuts anzuführen.

Man sieht, mit Sozialpolitik hat das Ding nichts zu schaffen. Die Firma Howaldt wirtschaftet aus jedem einzelnen ihrer Arbeiter mindestens 500 M. Mehrwert pro Jahr heraus, und sie zahlt für einen Bruchteil der Arbeiterschaft 31 M. pro Jahr Amortisation, vorausgesetzt, daß diese menschliche Maschine mindestens zehn Jahre lang tadellos im Dienste der Firma funktioniert hat. Damit aber auch noch der letzte Zweifel über die Absicht, die die Firma mit der Gründung verfolgt, zerstreut wird, ist in dem Statut der Pensionskasse bestimmt, daß die Eintretenden auch der Hilfskasse angehören und sich besonders verpflichten müssen.

„Weder einer freien Gewerkschaft oder sonstigen (1. Red.) sozialdemokratischen Vereinigung anzugehören, noch sich durchhalten der sozialdemokratischen Presse und Eintreten für sozialistische Ideen als Angehörige dieser Partei zu dokumentieren.“

Die Kasse ist also nichts weiter als eine Streikbrecherorganisation. 31 000 M. pro Jahr will die Firma schlimmsten Falls von den 1 125 000 bis 1 500 000 M. Mehrwert, die sie aus der Gesamtheit ihrer 2500 bis 3000 Arbeiter herauswirtschaftet, dranzuwenden, um jederzeit ein Sortiment Arbeiter zur Verfügung zu haben, die gezwungen sind, bei etwaigen Differenzen zwischen der Firma und der Arbeiterschaft allemal für die Unternehmer und gegen ihre Arbeitsbrüder Stellung zu nehmen.

Der Gedanke wäre ein pflücker zu nennen, hätte er nicht ein großes Loch. Die Vorteile, die den „nützlichen Elementen“ für ihren Klassenverrat in Aussicht gestellt werden, sind derart belanglos und problematisch, daß selbst ein geborener Streikbrecher außer seinem moralischen Defekt noch einen unheilbaren Knack im Gehirn haben müßte, wollte er für diesen Wettel den Rest von Menschenwürde und Ueberzeugung, über den am Ende auch noch solche unglückliche Menschen verfügen, der Firma verkaufen. Für 100 M. zeitlichen auf die Aussicht zu verzichten, je bessere Arbeits- und Existenzbedingungen erringen zu können, das ist entschieden eine Dofferte für Krems, und man muß füglich bezweifeln, ob diejenigen, die darauf hereinfallen, für die Firma auch nur als Kostnechte und Kausreißer von irgend welchem Nutzen sind.

Jedenfalls verzichtet die Sozialdemokratie und verzichtet die Gewerkschaften gern auf solche Howaldtschen Pensionäre; sie wären für den Klassenkampf des organisierten Proletariats, abgesehen von ihrer moralischen Beschaffenheit, schon wegen ihrer geistigen Minderwertigkeit unbrauchbar. Unter den aufgeregten Arbeitern der Werft herrscht denn auch über die neue Gründung unbehohlene Heiterkeit und man wartet mit Spannung, wieviel Dumme auf den Leim kriechen werden.

Berlin und Umgegend.

Friede in der Eisindustrie.

Der Verband der Eisfabrikanten Berlins und Umgegend hat in den gestrigen Verhandlungen mit der Lohnkommission sich durch seine Kommissionsmitglieder bereit erklärt, den Schiedspruch des Einigungsamtes des Berliner Gewerbebezirks anzuerkennen, nachdem vorher eine Verständigung über die noch strittigen Fragen, wie Kündigungsfreist, Montagezahlung usw., über welche im Schiedspruch keine Entscheidung gefällt wurde, herbeigeführt worden war. Der neue Tarif wurde darauf von beiden Parteien unterschrieben anerkannt. Der Friede in diesem Gewerbe, der schon ernstlich bedroht war, ist hiermit auf die Dauer von 3 Jahren gesichert.

Die Brauereiarbeiter befinden sich gegenwärtig in einer starken Erregung. Infolge der durch verschiedene Umstände hervorgerufenen ungünstigen Geschäftslage in den Lagerbrauereien Berlins und der Umgegend hat die Zahl der arbeitslosen Brauereiarbeiter eine Höhe erreicht, wie dieselbe seit dem Jahre 1901—02 nicht mehr zu verzeichnen war. Der Mangel der arbeitslosen Brauereiarbeiter, welcher infolge der langen Arbeits- und Verdienstlosigkeit kein geringer ist, wird noch bedeutend gesteigert dadurch, daß eine Anzahl Brauereien wegen schlechten Geschäftsganges Arbeiter entließen, aber schon in den nächsten Tagen in ausgedehnter Weise von den Betrieben vertriebenen Arbeitern die Leistung von Ueberstunden verlangten, und daß ferner eine Anzahl von Brauereien bei Neueinstellungen von Arbeitskräften immer noch zu dem nicht mehr zeitgemäßen „Prozentfabrikations“ greifen, d. h. Brauereiarbeiter ohne Verwendung des Arbeitsnachweises einstellen. Dieses Bestreben der Brauereien macht sich auch jetzt bei den Neueinstellungen zur beginnenden Mälzperiode wieder unangenehm bemerkbar und es muß gesagt werden, daß es immer die selben Betriebe sind, die trotz der Beschlüsse des Einigungsamtes, und trotz der Zusage des Vereins der Brauereien, bei seinen Mitgliedern auf eine möglichst geringe Verwendung des „Prozentfabrikations“ hinzuwirken, von ihnen die im Arbeitsnachweise eingetragenen Brauereiarbeiter schwer schädigenden Prinzipien nicht glauben ablassen zu können. Aber das Verhalten dieser Brauereien wird eben diktiert von der festen Absicht, die organisierten Brauereiarbeiter aus den Betrieben fernzuhalten; denn die auf Prozentfabrikation eingestellten Arbeiter sind fast ausschließlich Nichtorganisierte oder Mitglieder des „gelben“ Brauereigewerksbundes.

Die nächsten Versammlungen der Brauereiarbeiter werden sich deshalb in ganz eingehender Weise mit dem Thema der Pro-

zentfabrikation beschäftigen, um den Betr. Brauereien zu Gemüte zu führen, daß es angebracht ist, erst die hiesigen arbeitslosen Brauereiarbeiter zu berücksichtigen, ehe man Arbeiter von auswärts und noch dazu aus festen Stellungen heraus einstellt und so den hiesigen Arbeitslosen die Arbeitslosigkeit noch stärker fühlen läßt.

Die Brauereiarbeiter und speziell die Arbeitslosen werden darum vom Brauereiarbeiterverband aufgefordert, diese Versammlungen zahlreich zu besuchen. Es gilt, ihre eigenen Interessen zu vertreten.

Achtung, Elektromonteur!

Die Kollegen der Firma Hardegen, Luisenufer 44, haben die Arbeit niedergelegt.

Deutscher Metallarbeiterverband. Ortsverwaltung Berlin.

Achtung, Friseurgehülfen! Die feinerzeit verhängte Sperre über den Arbeitgeber Grebe, Auglerstraße 1, ist als aufgehoben zu betrachten.

Verband deutscher Barbier, Friseur- und Perückenmachergehülfen Berlins. Dirschenstr. 48.

Der Vorstand. J. A.: Baumgart.

Herr Friseur Hannig ersucht uns um Aufnahme folgender Zeilen:

Zur Erwiderung auf den Artikel „Achtung Friseurgehülfen“ vom Donnerstag, den 10. d. Mts. unter Gewerkschaftliches teile ich mit, daß ich die Forderungen des Verbandes der Barbier, Friseur- und Perückenmachergehülfen nicht durchbrochen habe. Ich zahle den Lohn von 20 M. ohne Kost und Logis bei einer Stunde Mittagspause sowie gereizter Arbeitszeit nach wie vor. Es handelt sich nur darum, daß mein Gehülfe, welcher verheiratet ist, durch Krankheitsfälle in seiner Familie in Beitragsrückstand geraten ist. Herr Baumgart ließ mir daher sagen, ich sollte einen anderen Gehülfe einstellen, da der jetzige im Beitragsrückstand stehe. Ich fühle mich dazu aber nicht verpflichtet, da mein Gehülfe seit 1 Jahr 3 Monat bei mir ist und ich mit demselben sehr zufrieden bin.

Richard Hannig, Friseur, NW., Berlebergerstr. 39.

Deutsches Reich.

Achtung, Former, Dreher, Schlosser und sonstige Metallarbeiter! Die Arbeiter der Harzer Werke in Blankenburg i. S., Rube-land i. S., Zorge i. S. und Barbarossa in Sangerhausen werden durch Abzüge an den Löhnen und Abfordern, die ohne Rücksicht auf getroffene Abmachungen vorgenommen werden, in den Streit getrieben. Die Direktion sucht überall Ersatzkräfte. Wer dort jetzt in Arbeit tritt, wird als Streikbrecher betrachtet.

Die Tabakarbeiterausperrung in Siegen, die mehrere Monate dauerte und an der 1200 Arbeiter beteiligt waren, ist durch Verhandlungen vor dem Gewerbegericht beendet worden. Die Arbeiter nehmen die Arbeit im wesentlichen gegen geringe Zugeständnisse wieder auf; Maßregelungen finden nicht statt.

Gewerkschaftlicher „Modernismus“.

Jüngst hat im katholischen Vereinshaus zu Rastatt Pfarrer Koyer (Sulzbach), ein Vertreter der Berliner Richtung (Katholiker) der katholischen Arbeiterbewegung, einen Vortrag über Reformkatholizismus und Arbeiterbewegung gehalten, worin er die christlichen Gewerkschaften in Beziehung mit den modernistischen Bestrebungen im Katholizismus brachte. Hingegen brachte die ultramontane „Saarpost“ einen Artikel, der begann mit den Worten: „Eine Massenverleumdung in ungeheuerlichen Stille und dazu ein haarsträubender Unsinn“ — und folgendermaßen schloß: „Mit lauterster Empörung verurteilen wir die frivole Annahme dieses Schreieriums, das sein politisches Gegenstück hat in dem großmäuligen Hipp-Hipp-Hurra-Patriotismus gewisser saarabischer Liberaler.“ Die „Kölnische Volkszeitung“, die sich sonst so viel auf den von ihr gepflegten „vornehmen Ton“ zugute tut, druckt den Artikel der „Saarpost“ ohne Einschränkung ab — ein Zeichen, daß sie den „Vorwurf“ des Reformkatholizismus für so kränkend hält, daß er nur mit den schärfsten Worten zurückgewiesen werden kann. Dafür ersticht dem Pfarrer Koyer ein Helfer in der Person Johannes Fußangel, der in seiner „Westdeutschen Volkszeitung“ schreibt:

Wir sind weit entfernt, den Ausführungen des Pfarrers Koyer in allen Einzelheiten zuzustimmen; aber der Herr hat recht, wenn er einen gewissen Zusammenhang konstatiert zwischen dem Modernismus und Reformkatholizismus einerseits und den politischen und sozialen Strömungen, wie sie zuerst in Köln und M. Gladbach gepflegt werden. Aber selbst wenn man nicht auf diesem Standpunkt steht, muß man die Rohheit des Tones verurteilen, den die „Saarpost“ gegenüber dem katholischen Pfarrer Koyer anschlägt. Es ist aber immerhin charakteristisch, daß die Kölner und Gladbacher Richtung vor größerer und persönlicher Verunglimpfung selbst dann nicht zurückschrickt, wenn es sich um Geistliche und sogar um Bischöfe handelt.

Zum Schluß gibt Fußangel dem Pfarrer die Versicherung zum Troste, daß ein großer Teil des katholischen Klerus ebenso denke als er und ihm dankbar sei „für das offene Wort, das er gegen die von Köln und M. Gladbach betriebenen Knechtungsversuche des katholischen Klerus gesprochen hat“.

Diese Auseinandersetzungen sind nicht nur interessant wegen der darin zutage tretenden Anschauungen, sondern auch des lieblichen Tones, der auf ebenso viel seine Bildung wie christliche Bruderliebe schließen läßt.

Ausland.

Die passive Resistenz in Oesterreich.

Auf einem großen Gebiet ist der Erfolg der Eisenbahner gesichert, auf der Nordwestbahn und auf der Südnorddeutschen Verbindungsbahn hat die passive Resistenz ausdauern können, weil die Zugeständnisse der Direktion das Personal befriedigen konnten.

Der Sieg der Hafnarbeiter.

Antwerpen, 14. Oktober. (Fig. Bez.)

Der telegraphisch gemeldete Beschluß der Reederfektion der „Union pour la protection du travail“ bedarf noch einer Ergänzung, die den Erfolg des Dokerkampfes — der sich vorerst in der Lohnerhöhung der Holz- und Getreideverlader ausdrückt, während über die Lohnerhöhung der übrigen Verlade noch entschieden werden wird — noch vollständiger und wertvoller macht. Nach dem Ablauf der 14 Tage, welchen die Lohnerhöhung folgen sollte, war die Aufregung der Hafnarbeiter um so größer, als veräuterte, daß sich die „Union“ erst am 22. Oktober versammeln würde, um über die Forderungen zu beraten, was nebenbei als ein auf die am 20. Oktober stattfindenden Gemeindevahlen bezogenes Wahlmandat gedacht war. Aber siehe: die Reederfektion der Union versammelte sich nach den von uns gemeldeten Zwischenfällen und der Drohung eines neuerlichen Ausstandes seitens der Doker bereits Freitag und kam dabei zu dem Beschluß der Lohnerhöhung. So wird dieser Streik von um so größerer moralischer Einwirkung in der Arbeiterschaft sein, als sie ihn nach den bewegtesten Wendungen tüchtiger Nachsicht und beispiellosem Prozedur abzurufen hatte.

Brüssel, 15. Oktober. (Privattelegr. d. „Sord.“)

Das Zentralkomitee der Unternehmerrunion hat als letzte Instanz die 6,50 Frank Tagelohn für Holz- und Getreideverlader bestätigt. Weiter werden aus Unternehmern und Arbeitern bestehende Kommissionen spezielle Bedingungen für mit ungeladenen Materialien arbeitende Doker sowie die Lohnregelung für die übrigen Kategorien und den Tarif für Sonntagsarbeit und Ueberstunden beraten. Letztere Bestimmungen werden spätestens ab 1. Dezember wirksam. Für die Arbeiter ist der Ausgang des Kampfes also ein voller Erfolg.

Verfammlungen.

Mit dem Sechshr-Postschluß beschäftigte sich eine Versammlung des Vereins Berliner Hausdiener (Mitgliedschaft I des Deutschen Transportarbeiterverbandes). Der Referent Schmahel kennzeichnete die schreienden Mißstände auf den Postämtern. Er wies darauf hin, daß die Schuld an diesen, stellenweise geradezu haarsträubenden Zuständen die Chefs der größeren Firmen trügen, und zwar durch ihre noch aus früheren ruhigeren Zeiten stammende Infitte, mit der Erledigung der eingegangenen Postfächer erst in den Nachmittagsstunden zu beginnen. Nach eingehender Diskussion, die sich im Sinne des Referats bewegte, nahm die Versammlung einstimmig folgende Resolution an:

„Die in den Industriefällen versammelten Hausdiener und Daker beauftragen die Leitung ihres Verbandes, unverzüglich die geeigneten Schritte zur Herbeiführung des Sechshr-Postschlusses zu tun. Sie erwarten, daß alles aufgegeben wird, den Widerstand, den der Sechshr-Postschluß noch in gewissen Kreisen der Kaufmannschaft findet, zu brechen. Diesen rücksichtigen Unternehmern muß es klar gemacht werden, daß der Sechshr-Postschluß auch ihnen durchaus keinen Schaden bringt, wie das vielfach angenommen wird, und auch bei einigem guten Willen und etwas mehr Ordnung leicht durchzuführen ist. Die Versammelten wissen aus eigener Erfahrung, daß es nicht notwendig ist, erst in den letzten Nachmittagsstunden mit den Postarbeiten zu beginnen, so daß die Hausdiener dann unmenschlich arbeiten müssen, um überhaupt noch rechtzeitig mit ihren schweren Huden oder Karren an Ort und Stelle zu kommen. Sie protestieren gegen diese unsinnige und unnötige Hezerei und erwarten, daß ihre Chefs sich Vernunftgründen nicht ganz ungenügend zeigen. Sie sind weiter der Meinung, daß es nicht länger mehr geduldet werden kann, daß tausende unserer Berufskollegen täglich ihre Gesundheit aufs Spiel setzen und sich auf der Post infolge des übermäßigen Hastens den Keim zu Krankheiten holen, woran gerade die Hausdiener schwer zu leiden haben. Sie erwarten baldige Abhilfe dieser alten Mißstände und Aufgabe der gegenwärtigen Stellungnahme vieler Prinzipale, um so mehr als auch der frühere Sekretär des Reichspostamtes sich für Einführung des Sechshr-Postschlusses ausgesprochen hat.“

In seinem Schlusswort erwähnte der Referent noch, daß auf einigen Postämtern in Berlin der Sechshr-Postschluß bereits eingeführt sei. Sogar im Ausland sei man in dieser Frage schon viel moderner als bei uns. So z. B. besitze seit kurzem in Budapest eine Verfürgung, wonach Pakete in größerer Zahl (über 10 Stück) nur bis 4½ Uhr abgenommen werden, und nur weniger als 10 wie bisher bis um 6 Uhr abgeliefert werden können.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Siegreiche Stichwahl.

Gera (Neuh), 15. Oktober. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei der heutigen Stichwahl im Landtagswahlkreis Triebes-Hohenleuben, wurde der sozialdemokratische Kandidat, Genosse Drechsler, gewählt.

Durch Hauseinsturz drei Tote, fünf Schwerverletzte.

Stuttgart, 15. Oktober. (B. L. Z.) Heute nachmittag ist auf dem Plage der ehemaligen Legionskaserne der innere Teil eines vierstöckigen Neubaus eingestürzt. Bis abends 6 Uhr waren 3 Tote und 5 Schwerverletzte geborgen. Es werden noch 4 Arbeiter vermisst, die wohl noch unter den Trümmern liegen.

Eine spätere Meldung berichtet über den folgenschweren Einsturz noch folgende Einzelheiten:

Stuttgart, 15. Oktober. (B. L. Z.) Das Unglück auf dem Neubau bei der alten Legionskaserne ist dadurch entstanden, daß sich ein Pfeiler im vierten Stock losgelöst hat, wodurch die obere Eisenbetonkonstruktion heruntergebrochen ist und die Decken der übrigen Stockwerke durchgeschlagen hat. Die Ruhenauern stehen noch. Um 1/7 Uhr wurden wegen der Gefährlichkeit der Lage die Rettungsarbeiten eingestellt, als ermittelt worden war, daß nur noch ein Arbeiter unter den Trümmern liegt, der jedoch so weit freigelegt wurde, daß sein Tod festgestellt werden konnte. Die Zahl der Toten beträgt 3, die der Schwerverletzten 5. Einige Leichtere Verletzte sind in der Nähe der Unglücksstätte verbunden worden.

30 Menschenleben vernichtet.

New York, 15. Oktober. (B. L. Z.) Bei einer Explosion der Pulverfabriken in Fontanet (Indiana) kamen 20 Personen ums Leben und 100 trugen Verletzungen davon. Der Luftdruck beschädigte die Gebäude und Telegraphenleitungen bis auf eine Entfernung von 35 Meilen.

New York, 15. Oktober. (B. L. Z.) Nach neueren Feststellungen sind bei der Explosion der Pulverfabriken in Fontanet dreißig Personen ums Leben gekommen. Im ganzen erfolgten drei Explosionen, die in einem Umkreise von 85 Meilen vernommen wurden.

Auf einer Sandbank aufgefahren!

Oberoa, 15. Oktober. (B. L. Z.) Infolge des auf dem Meer herrschenden Nebels liefen auf einer Sandbank in der Nähe von Oberoa das Truppentransportschiff „Prut“, der von England kommende Ozeandampfer „Grigory mark“, und der mit Getreideladung nach Nikolajew gehende englische Dampfer „Protea“. Die Rettungsarbeiten dauerten im Verlaufe des ganzen Tages fort.

Eisenbahnunglück in Russland.

Twer, 15. Oktober. (B. L. Z.) Gestern Abend rannte auf der Station Nikolajowa ein Güterzug auf einen Arbeiterzug auf, vier Waggons sind zertrümmert und elf Personen verletzt worden.

Durch glühendes Metall verbrannt.

London, 15. Oktober. (B. L. Z.) In Millwall wurden infolge Umlippens eines Behälters mit glühendem Metall in einer Metallgießerei zwei Arbeiter getötet und zwei schwer verletzt.

Der entgleiste Expreszug.

London, 15. Oktober. (B. L. Z.) Die Zahl der bei der Entgleisung des Nordwestexpreszuges bei Thremsbury tödlich verunglückten Personen beläuft sich nach den letzten Feststellungen auf zwanzig. (Siehe auch unter Vermischtes.)

Sehe gegen Japaner.

San Francisco, 15. Oktober. (B. L. Z.) Infolge eines Streites zwischen einem Amerikaner und dem Besitzer einer japanischen Badkanstalt wurde diese gestern von weissem Böbel angegriffen, so daß die Polizei einschreiten mußte. Zwei Japaner wurden verletzt und ins Hospital geschafft.

Zur Kolb-Frank-Affäre.

Auf die Gefahr hin, den „unerquidlichen Streit“, wie ihn die Frankfurter „Volksstimme“ nennt, schüren zu helfen, nehme ich das Wort, nachdem mein Name in dieser Angelegenheit genannt worden ist.

Der Karlsruher „Volksfreund“ glaubt auf Grund einer Stelle in meiner bekannten Reichstagsrede, die ich im Januar 1903 gegen das Auftreten des deutschen Kaisers der Sozialdemokratie gegenüber hielt, eine Rechtfertigung für das Verhalten der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Kolb und Frank bei dem Begräbnis des verstorbenen Großherzogs von Baden zu finden.

Ganz mit Unrecht. Nicht die vom Karlsruher „Volksfreund“ angezogene Stelle kommt hier in Betracht, sondern jene Stellen, in denen ich das Auftreten des Kaisers wider uns kritisierte und die Stimmung schilderte, die daraus bei uns gegen die Person des Kaisers erzeugt worden sei.

Im Hinblick auf diese Stellen hätten die Genossen Kolb und Frank nicht so handeln können, wie sie gehandelt haben.

Dem nächst dem deutschen Kaiser war es der verstorbene Großherzog von Baden, der bis wenige Jahre vor seinem Tode bei jeder Gelegenheit öffentlich gegen uns polemisierte. So sind auch zwei meiner Reden — jene im Jahr 1896 auf dem Hohenlohe und jene in Billingen auf dem Schwarzwald im Jahre 1897 — Gegenstand solcher Kritiken des verstorbenen Großherzogs geworden, wenn er es auch vermied, meinen Namen zu nennen.

Es ist aber auch allbekannt, daß der verstorbene Großherzog der eifrigste Anhänger des Sozialistengesetzes war und dessen Fall schmerzlich bedauerte. Es ist ferner allbekannt, daß, als im Sommer 1894 der Präsident der französischen Republik, Herr Carnot, dem Dolmetscher eines Anarchisten zum Opfer fiel und kurz darauf — September 1894 — die Nationalliberalen auf ihrem Parteitag in Frankfurt a. M. den Generalmarsch für Einbringung der neuen Umfassungsvorlage schlugen, sie dafür die lebhafteste Unterstützung des verstorbenen Großherzogs fanden.

Es ist endlich allgemein bekannt, daß, als bei den letzten Landtagswahlen in Baden sich unsere Parteigenossen mit den Nationalliberalen zum Wahlbündnis gegen das Zentrum verbündeten, der verstorbene Großherzog über dieses Bündnis aufs äußerste aufgebracht war.

Ich mache dem Verstorbenen aus alledem keinen Vorwurf, ich taste auch seinen Charakter nicht an. Er tat, was er nach seiner Ueberzeugung und seiner Stellung glauben durfte zu müssen.

Aber ob diese Stellung des verstorbenen Großherzogs gegen unsere Partei zwei Vertreter unserer Partei im badischen Landtage — und als solche nahmen sie an der Leichenseier teil, nicht als Privatpersonen — veranlassen durfte, dem Verstorbenen durch ihre Beteiligung an der Leichenseier eine Huldbildung darzubringen, ist eine andere Frage.

Mit Gründen der Würde und des Taktcs hat diese Huldbildung nicht das geringste zu tun, sie stellt sich vielmehr vom Standpunkte der Partei als eine grobe Verletzung der Würde und des Taktcs dar, die beide ihrer Stellung in der Partei schuldeten, sie verrät einen Mangel an Radikalität, die das erste Gebot für einen Mann ist, der im öffentlichen Leben steht.

Gebietet die Würde und der Takt, einem toten Fürsten, der uns im Leben bekämpfte, das Trauergeleit zu geben, dann gebietet doch wohl in Konsequenz dieser Auffassung Würde und Takt den Fürsten, einem verstorbenen Führer der sozialdemokratischen Partei, der sein Leben lang aus Idealismus für seine christliche Ueberzeugung kämpfte, diesen zu Grabe zu geleiten oder einen Vertreter zu senden, der sie repräsentiert.

Das fällt selbstverständlich keinem Fürsten ein und ich finde das in der Ordnung. Aber Wurst wider Wurst!

Selbst unsere politischen Gegner aus dem bürgerlichen Lager befolgen diese Taktik — es sei denn, daß direkte persönliche Beziehungen zu dem Verstorbenen sie anders zu handeln bestimmen — und sie tun recht daran.

Die Frankfurter „Volksstimme“ bedauert, daß ein solcher Konflikt zwischen Parteigenossen ausgebrochen ist. Ich teile ihr Bedauern. Aber ihre Vorwürfe richte sie nicht gegen jene, die sich über solche Ablosigkeiten beschwerten, sondern gegen jene, die solche begangen haben. Traurig genug, daß es in unseren Reihen immer wieder Personen gibt, die nicht wissen, was sie sich, ihrer Stellung und der Partei schulden. Es macht niemand Freude, in einer solchen Angelegenheit das Wort ergreifen zu müssen, aber zu schweigen wäre ein großer Verstoß gegen die Parteiinteressen.

A. Weber.

Dem die beiden lesitragenden Genossen verteidigenden Parteiblatt zu Frankfurt a. M. hat sich jetzt die „Rheinischer Volkszeitung“ angeschlossen.

Die Magdeburger „Volksstimme“ hat über die Angelegenheit lediglich eine rein referierende Notiz gebracht, worin allerdings die Wendung vorkommt, daß die Ausführungen Kolbs „natürlich von den wenigsten Parteiblättern als genügende Begründung anerkannt“ werden.

Die Breslauer „Volksmacht“ hatte ursprünglich eine die Beteiligung rechtfertigende Notiz gebracht. Nachträglich hat sie sich auf mehr referierende Erwörterung der Aeußerungen für und wider beschränkt. Dabei sagte sie:

„Die agitatorische Wirkung der Beteiligung wird nirgends hervorgehoben, dagegen der Verstärkung Ausdruck gegeben, daß über die prinzipiell republikanische Bestimmung unserer Genossen durch solche Handlungen Zweifel bei Fernstehenden hervorgerufen werden könnten. Es wäre vielleicht erwünscht, daß die beteiligten Genossen dieser Möglichkeit mit einer recht unzweideutigen Erklärung entgegenzutreten, denn daß ein Sozialdemokrat nur Republikaner sein kann und aus dieser Ueberzeugung niemals ein Hehl machen kann, darüber sind wir uns wohl alle einig.“

Wir wählen nicht, was eine solche Erklärung helfen sollte. Das ist es ja gerade, was den beiden Genossen zum Vorwurf gemacht werden muß, daß sie aus ihrer republikanischen Ueberzeugung ein Hehl gemacht haben, daß sie eine Handlung begangen haben, die ein Republikaner nicht begehen darf!

Die Vorträge über Nationalökonomie

wurden am Montagabend vor einer dichtgedrängten Zuhörerschaft in den Germania-Sälen eröffnet. Um 8 Uhr schon war die große Halle vollbesetzt. Es war ein herzerfrischender Anblick, diese zahlreiche Menge Kopf an Kopf, Männer und Frauen, die gekommen waren, um an der Hand eines kundigen Führers in das für viele Leute so trodene und auch sehr schwierige Gebiet der Nationalökonomie einzudringen.

Genosse Ernst begrüßte die Versammelten und gedachte der angebrochenen Ausweisung der Genossen Pannetier und Hilferding, die eine Aenderung im Lehrplan bedingte. Er freute sich aber, mitteilen zu können, daß für die Genossen Luxemburg, die zuerst für die Vorträge in Aussicht genommen waren, ein vollwertiger Ersatz in der Person des Genossen Kolbenbühr gefunden wurde. Daß das Vorgehen gegen die Genannten, die als Lehrer an der Parteischule weiter tätig sein sollten, von der Parteigeleit ganz ruhig und fast als selbstverständlich hingenommen wurde, sei recht charakteristisch. Für die Partei werde solche Radikalität aber kein Hindernis sein, die Bildungsbestrebungen unter den Genossen nach besten Kräften zu pflegen.

Genosse Kolbenbühr wehrte eingangs seines Vortrages die ihm von Ernst gezollte Anerkennung ab, indem er meinte, es sei nicht jedermanns Sache, ein Lehramt zu übernehmen; ein tüchtiger Agitator entbehrt manchmal wichtige Eigenschaften, die ein Lehrer besitzen soll. Aber gerade als Agitator habe er gelernt, wie wichtig das Studium der Nationalökonomie sei, um der Agitation Anerkennungswert zu leisten. Und das Rüstzeug im Kampfe den Genossen zu geben, darauf komme es auch hier an. Die Hauptfrage bleibe aber das ernste Studium zu Hause, das Vermerken der Anregungen, die die Hörer in diesen Vorträgen erhalten.

Der Vortragende vertiefte sich dann in das Thema des ersten Abends:

Was ist Nationalökonomie?

Er hielt es für notwendig, einen Ueberblick über die Vergangenheit, die historische Entwicklung der Nationalökonomie zu geben, damit bestimmte Worte, die beim Studium häufig wiederkehren, richtig verstanden werden. Die Nationalökonomie ist als eine Darstellung des ganzen wirtschaftlichen Lebens anzusehen, eine Darstellung der Produktion, des Austausches, der Konsumtion; sie gibt eine Beschreibung des größten Teiles der menschlichen Tätigkeit und bildet daher die Grundlage der Geschichte, vor allen Dingen der Kulturgeschichte. Dabei ist es aber wichtig, den fortwährenden Wechsel der Dinge, das Entstehen neuer Gebilde im Wirtschaftsleben zu berücksichtigen. Der Redner zog einen interessanten Vergleich zwischen dem Wirtschaftsleben und dem bestirnten Himmel. Die Sterne wechseln ihre Stellung, neue Weltkörper tauchen auf, andere verschwinden wieder, täglich forschen die Astronomen nach neuen Himmeln und beweisen uns, daß da keine Zufälligkeiten mitwirken, wenn sie Tag und Stunde der Wiederkehr eines Sternes angeben. Sie erforschen die Bewegungsgesetze im Weltall und lernen daraus auch die Natur der Weltkörper kennen. So ist es ähnlich im Wirtschaftsleben. Und wie der Astronomie die Sternkunde, wie der Chemie die Alchimie, die Vorläuferin, so handelte es sich auch für die ersten Ökonomen nur um die Frage: Wie kann Reichtum für die Herrschenden gesammelt werden? — Unter den älteren Schulen, deren Lehren und Irrtümer noch heute, wenn auch in etwas veränderter Form, im politischen Leben eine Rolle spielen, tritt uns das Merkantilismus entgegen; darunter versteht man volkswirtschaftliche Anschauungen, die in der Zeit vom 16.—18. Jahrhundert sehr verbreitet waren. Manche dieser alten Lehren werden freilich heute noch in gewissen Kreisen für modern gehalten. Kolbenbühr erklärte, wie ihm dies so recht anschaulich gemacht wurde, als im Januar dieses Jahres Dernburg seine vielbesprochene Rede vor den Professoren hielt. Unter den Grundrissen der Merkantilisten stand in erster Reihe, daß viel Edelmetall, Gold und Silber, im Lande sein müsse. Man legte unter anderem hohen Wert auf die sogenannte „aktive Handelsbilanz“, die durch eine große Ausfuhr Gold heranziehen sollte, und man erschwerte die Einfuhr durch Zölle und Verbote. Der Redner legte eingehend die Grundsätze dar und verwies darauf, wie man den Handel schon damals zu unterstützen suchte durch Gründung von Handelsgesellschaften, Abschluß von Handelsverträgen, Erwerbung von Kolonien, Kanalbauten, Freihäfen und Ausbildung der Armeen, und Handelsflotte.

Der hervorragendste Vertreter des Merkantilismus war Colbert (1619—1683), der 1669 Finanzminister unter Ludwig XIV. war. Aufsehen erregten die Gründungen des schottischen Finanzmannes Lam, der mit großen Kolonisationsprojekten auftrat, die aber verkrachten und 1720 den Zusammenbruch des Merkantilismus brachten. — Eine andere Schule, bei der der Vortragende verweilte, bilden die Physiokraten. Ihr Vertreter Quesnay (1694—1774) stellte den Satz auf: Grund und Boden und die Landwirtschaft sind die Quellen des Reichtums. Die Physiokraten teilten die Gesellschaft in drei Klassen: 1. die produktive Klasse, das sind die Landwirte; 2. die Grundbesitzer; 3. die sterile Klasse, das sind die Vertreter des Handels, der Industrie, der Kunst.

Ein anderer Physiokrat von hervorragender Bedeutung war Turgot (1727—1781), dessen Wirken und Lehren der Redner kennzeichnete. Er verweilte dann bei William Petty (Mitte des 17. Jahrhunderts), von dem Marx sagte: „Der Begründer der modernen politischen Ökonomie ist Sir William Petty einer der genialsten und originellsten Forscher.“ Petty lehrte: Die Arbeit ist der Vater und die Erde die Mutter aller Werte.

Es folgte die Darstellung der Vertreter der klassischen Ökonomie, eingeleitet durch Adam Smith, weiter ausgebaut durch David Ricardo (1772—1823), der die klassische Ökonomie auf den höchsten Punkt brachte. Er stellte den Satz auf: Der Wert der Ware wird bestimmt durch die zu seiner Erzeugung notwendige Arbeitszeit. Seine Grundrententheorie wurde viel erörtert, ebenso das ehrene Lohngesetz, das von ihm stammt und von Lassalle näher begründet wurde. Robert Malthus (1776 bis 1834) vertrat und entwickelte seine Bevölkerungslehre. Er erklärte, die Bevölkerung vermehre sich geometrisch (1, 2, 4, 8, 16, 32 usw.), die Subsistenzmittel dagegen steigen nur arithmetisch (1, 2, 3, 4, 5, 6 usw.). Zur Abhilfe empfahl er das Zwangsweidensystem. Man hat den Malthusianismus oft lächerlich gemacht, ohne zu bedenken, daß Malthus als Kind seiner Zeit annehmen mußte, daß in der Hauptsache jedes Land für sich zu sorgen hätte; er kannte die Dampfschiffe und Eisenbahnen nicht, ahnte nicht, was die Technik und Wissenschaft für den Landbau tun konnten. Er schrieb sein Hauptwerk im Jahre 1798. — Die klassische Ökonomie hatte eine mächtige Freihandelsbewegung zur Folge. Man erprobte das freie Spiel der Kräfte und brachte billige Arbeiter zur Erlangung von hohen Profitten. Dagegen machten sich auch andere Strömungen bemerkbar. Friedrich List (1789—1846) vertrat das Schutzzollsystem; er erkannte die Bedeutung der Eisenbahnen. Richard Cobden (1804—1865) rief die Anti-Kornzollbewegung hervor. Mit Ende der vierziger Jahre setzte die proletarische Bewegung mehr ein.

Marx und Engels war der zweite Teil des Vortrages gewidmet, nachdem der Redner gezeigt hatte, wie die einzelnen Strömungen in der Nationalökonomie einander folgten. Durch Marx und Engels wurde die Nationalökonomie an den Platz in der Wissenschaft gebracht, wo sie hingehört. Die geistige Entwicklung von Marx schilderte der Vortragende näher. Marx, der 1842 und 1843 Redakteur der „Rheinischen Zeitung“ war, wurde durch die Beratungen des Landtages über die Gesetze betreffend den Holzdiebstahl und die Parzellierung des Grundeigentums veranlaßt, politische Ökonomie zu treiben. Er war frei von den Vorurteilen bürgerlicher Ökonomen, die die kapitalistische Gesellschaftsordnung für eine Institution von ewiger Dauer halten. Durch seine philosophischen und ökonomischen Studien wurde er Kommunist. Im März 1845 erschien Engels' „Lage der arbeitenden Klassen in England“. Im Juni 1847 „Das Elend der Philosophie“ von Marx als Antwort auf Proudhons „Philosophie des Elends“. Im November 1847 wurde die Herausgabe des kommunistischen Manifestes beschlossen, das im Februar 1848 erschien. Der Redner verweilte dabei und zeigt, daß es die Grundlage

der materialistischen Geschichtsauffassung enthält. 1849 erschien „Lohnarbeit und Kapital“. Der Kapitalismus hatte Zustände geschaffen, die der Aenderung bedurften und das Proletariat mußte kennen lernen, wie der Kapitalismus seinem Wesen nach beschaffen ist. Da war es notwendig geworden, daß sich das Proletariat mit den ökonomischen Gesetzen vertraut machte. Die Organisation der Arbeiter in Gewerkschaften machte Fortschritte. Gärungen in der Arbeiterklasse waren unverkennbar vorhanden. Der Redner schilderte Lassalles Auftreten. Das „Offene Antwortschreiben“ und der „Bastiat Schulze“ machten Aufsehen. 1867 erschien der erste Band des „Kapitals“. Von eminenter Bedeutung für die Agitation wurde die Mehrwerttheorie. Durch die Kenntnisse über die ökonomischen Vorgänge erkannten die Arbeiter die Klassen-gesetze scharfer, und indem sie ihre Klassenforderungen geltend machten, entstand der Klassenkampf. Die Arbeiterklasse wurde ein politischer Machtfaktor, und in der Politik entstand eine Umwälzung durch den Eintritt der Arbeiter in den Kampf. In den Reihen der Herrschenden milderten sich die Gegensätze durch die Beteiligung der Arbeiter an der Politik. Der Kampf tobte zwischen den Ausbeutern und den Ausgebeuteten; die übrigen Fragen treten zurück. Die Nationalökonomie wurde zu einer scharfen Waffe im gewerkschaftlichen Kampfe. „Das Kapital“, obgleich 40 Jahre alt, ist das modernste Werk noch heute, und die materialistische Geschichtsauffassung hat offenbar heute viel mehr Geltung, als von der bürgerlichen Welt zugestanden wird. Der Vortragende will an den folgenden Abenden eine Reihe der von Marx erforschten Gesetze vorführen und meint zum Schluß: Ergibt es sich, daß die Gesetze auch für die Länder und die Erscheinungen des Lebens passen, die Marx nicht kennen konnte, dann muß man schließen, daß sie überhaupt zutreffen. Als Marx „Das Kapital“ schrieb, war Deutschland noch Kleinbürgerlich und Amerikas Industrien steckten noch in den Anfängen der Entwicklung. Heute hat Amerika selbst das gegenwärtige England weit überholt. Vier Jahrzehnte am Ende des 19. Jahrhunderts brachten an technischer Entwicklung und wirtschaftlicher Umwälzung mehr als früher vier Jahrhunderte. Wenn Marx Lehren heute noch nicht überholt sind, dann ist damit bewiesen, daß er die Bewegungsgesetze in der Nationalökonomie richtig erforscht und dargestellt hat.

Reicher Beifall lohnte den Vortragenden.

13. Generalversammlung des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes.

Bielefeld, 14. Oktober

Der Vorsitzende Börner erinnert an den Verlust, den der Verband durch den Tod des Genossen Reister erlitten hat. Redner hebt die Verdienste Reisters um die Arbeiterbewegung warm hervor und ermahnt die Versammlung, sich zu Ehren Reisters, sowie anderer tüchtiger verstorbenen Verbandsgenossen von den Sitzen zu erheben. (Dies geschieht.)

Von der Dresdener Lokalorganisation sind drei Kollegen als Gäste anwesend, von der Sortierer-Organisation der Vorsitzende, Kollege Arnold.

Ueber den Antrag, den „Dresdener Konflikt“ auf die Tagesordnung zu setzen, wird länger debattiert. Es wird beschlossen, eine besondere, aus sieben Personen bestehende Kommission zu wählen, die die Dresdener Angelegenheit untersucht und Bericht erstattet.

Den Geschäftsbericht des Vorstandes und Ausschusses.

erstattet zunächst der Vorsitzende des Vorstandes Deichmann. Wir haben daraus das Nachstehende hervor: Im Jahre 1906 haben die Luxemburger Kollegen beschlossen, sich dem Verbande anzuschließen. Der Anschluß ist erfolgt am 1. Oktober 1906 nach den Vorschriften eines besonderen Vertrages. Der Uebertritt unterliegt der Genehmigung der Generalversammlung. Bei der Einderleibung mußte Rücksicht genommen werden auf die Eigenheiten, die bezüglich der Arbeitslosenunterstützung in Luxemburg bestehen. In der Leipziger Generalversammlung 1905 wurde beschlossen, eine besondere Revision der Dresdener Klassenverhältnisse vorzunehmen. Bei der Revision wurden die dortigen Klassenverhältnisse veranschaulicht vorgeführt, so daß Genaues nicht festgestellt werden konnte. Eine ungenaue Mitteilung eines von den Dresdener Kollegen soeben verteilten Berichtes stellt Redner richtig. Einigungs-vorschläge wurden aus Dresden und Umgegend gemacht; sie konnten in der gedruckten Vorlage nicht aufgenommen werden, weil sie zu spät kamen. Redner verliest daher die Vorschläge und kommentiert sie kurz. Vorstand und Ausschuß haben einstimmig beschlossen, die Vorschlagspunkte bis auf den zu akzeptieren, der die Aufnahme des ehemaligen Mitgliedes Ullig verlangt. Einstimmig haben Vorstand und Ausschuß die Aufnahme Ulligs abgelehnt. Die Kommission werde nun zu entscheiden haben. — Nichts habe befürchtender auf den Verband gewirkt, als das neu geschaffene Gauleitersystem. Die Agitationskosten haben sich allerdings mit dieser Neueinrichtung erhöht. Aber es ist notwendig, mehr Aufklärung unter die Tabakarbeiterschaft zu tragen, dazu bedurfte es reichlicherer Aufwendung von Mitteln. Die Ausgabe stieg jedoch infolge der lebhaften Tätigkeit der Gauleiter durch die erhöhte Lohnbewegung. Die Erfolge, die ertrageneren Lohnverhältnissen rechtfertigen die höhere Ausgabe und wiegen sie vielfach auf. Auch die Erhaltung und Ausbildung geistiger Kräfte wird mit der Neueinrichtung erreicht. Gegen den früheren Zustand sei das ein großer Vorteil. Zwar haben wir immer noch eine erhebliche Fluktuation der Mitglieder des Verbandes zu verzeichnen, aber sie ist verringert und muß noch mehr verringert werden. Dazu hilft das Gauleitersystem, das uns eine ansehnliche Zahl neuer Mitglieder zugeführt hat. — Die Arbeitslosenunterstützung wurde durch die durch die Wandlersteuer hart betroffenen Zigarettenarbeiterinnen stark in Anspruch genommen. Eifersucht muß gegen die Regierung die Anlage erhoben werden, daß sie durch die Belastung der Tabakindustrie die Lage der Arbeiter unserer Industrie verschlechtert. Die Krankenunterstützung habe zwar höhere Verwaltungskosten erfordert, aber segensreich habe sie gewirkt, besonders die Wöchnerinnenunterstützung. Eine Aenderung in der Krankenunterstützung werde sich jedoch nötig machen, denn die zwischen den einzelnen Unterstützungsstellen bestehenden Mißverhältnisse erforderten dies. Die Unterstützungsstellen haben aber den Verband gefördert. Nie habe der Verband eine so starke Lohnbewegung durchgemacht, als seit der letzten Generalversammlung. Aber diese sei nicht durch eine Draufgängerpolitik hervorgerufen. Wir haben im Vorstand fortgesetzt bremsen müssen. Aber die Tabakarbeiter sind aufgepeitscht worden durch die belastende, den Lebensunterhalt verteuern Steuer- und Zollpolitik der Regierung und herrschenden Klassen. Außerdem war der Ausschweifung des Geschäftsganges in unserer Industrie der Bewegung günstig. Verwarren müsse sich aber der Vorstand und energischen Protest erheben gegen den Vorwurf eines Arbeiterführers — v. C. I. M. —, daß er durch sein Verhalten zu Lohnkämpfen getrieben und angehetzt hätte. (Zuruf.) Es sind Erfolge erlangt worden, die für die Arbeiter circa 1% bis 2 Millionen Reichsmark pro Jahr gebracht haben. Freilich habe man 467 000 M. für die Lohnkämpfe vom Verband ausgeben müssen. Hoffentlich wird in dieser Woche auch der große Kampf in Bielefeld beendet, um deswillen die Tabakarbeiter sich an die Solidarität der ganzen deutschen Arbeiterchaft wenden mußten. Diese Unterstützung ist ihnen in einer Weise zuteil geworden, daß sie dafür ihren herzlichsten Dank aussprechen.

Die Lage viele Tabakarbeiter ist noch eine elende. Diese Parteikanten streben durch strammere Organisation der Verbesserung der Lage der Arbeiter entgegen. Die Verfolgung ausländischer, höherer Lohn fordernder Arbeiter ist bekannt; sie werden durch schwarze Listen ersitzungslos gemacht. Die Unterbringung weiblicher Tabakarbeiter in anderen Orten ist schwierig, weil man sie nicht

von der Familie reihen kann. Darum brauche man mehr Mittel zur Unterstützung in Lohnkämpfen.

Um so notwendiger ist also die Ausgestaltung der Organisation. Einheitslich muß die Organisation sein, darum wünsche man sehr, daß die Verschmelzung mit dem Sortiererverband. Leider scheint kein ernstlicher Wille bei den Sortierern zur Verschmelzung zu bestehen, wie deren Vorschläge beweisen. Getrennt marschieren, vereinigt schlagen! bleibt eine Phrase gegenüber der Konzentration der Unternehmern.

Auch die Kampfmittel müssen verstärkt werden. Die Generalversammlung muß sich ernsthaft mit dieser Frage befassen. Die Gegner verfolgen genau die finanzielle Entwicklung des Verbandes; wissen sie, daß dieser finanziell stark ist, dann werden sie den Wünschen der Arbeiter leichter nachgeben.

Der Regierung muß der Vorwurf gemacht werden, daß sie den Arbeiterkampf vernachlässigt und nicht einmal zu einer gesetzlichen Regelung der Hausarbeit kommt, denn der vorliegende Gesetzentwurf führe keine solche herbei. Statt dessen bedroht sie die Arbeiter auf neue durch neue Steuerprojekte gegen den Tabak. Die Vandalensteuer drohe der Tabakindustrie; schuld daran trügen die Zigarettenfabrikanten, die nichts gegen die Vandalensteuer taten, vielmehr der Zigarettenindustrie eine auswärtigen lassen wollten. Nun bedrohe sie selbst die Gefahr. Die Tabakarbeiter würden energisch dagegen ankämpfen.

Vor allem gelte es, die Organisation, den Verband, zu stärken; seine Macht sei die Gewähr des Erfolges in allen Kämpfen. (Vehementer Beifall.)

Sitten erhalte für den

Ausschuss Bericht.

Es sei das erste Mal, daß ein Vorsitzender des Ausschusses Bericht erstalte, der von keiner Generalversammlung gewählt ist. Aber der Rücktritt Heising's habe eine Neuwahl außerhalb der Generalversammlung nötig gemacht.

Die Münchener Angelegenheit habe dem Verband ziemliche Kosten verursacht. Auch die Hanauer Angelegenheit habe den Ausschuss beschäftigt, diese konnte jedoch speziell zur Beratung, er verzichte darauf auf eingehende Darstellung. Die Verschmelzungsfrage mit den Sortierern habe den Ausschuss ebenfalls beschäftigt; das Resultat liege im Bericht vor. Es scheint, daß die Angelegenheit ohne Erfolg ausgehen werde, das bedinge das Verhalten der Sortierer. Eine Reihe von Beschwerden seien erledigt worden, sie betrafen zum Teil Unzulänglichkeiten.

Die Steuer- und Heimarbeitsfrage habe zu einer Konferenz geführt, auf der der Ausschuss berietet war. Die Verhandlungen seien bekannt.

In der Dresdener Angelegenheit sei der Ausschuss einig mit der Meinung des Vorstandes, wie sie Deichmann zum Ausdruck gebracht habe.

Das Gauleitersystem habe sich bewährt. Für die Gehälter der Bureaubeamten beantrage der Ausschuss eine Erhöhung von 1600 auf 1800 R. Die persönliche Auffassung des Redners ist, daß die Gehälter für die Bureaubeamten zu niedrig seien im Verhältnis zu ihrer Arbeit und den verkehrten Lebensverhältnissen, er bitte daher die Versammlung, sich mit dieser Frage eingehend zu beschäftigen.

Bezüglich der Wahl des Ausschusses müsse Rücksicht auf etwaige Balancen genommen werden. Er schliesse sich Deichmann an in dem Rufe: Vorwärts für den Verband!

Liederer mann erstaltet an Stelle des erkrankten Kassierers Riederwellaand den

Rassenbericht.

Die Revisionskommission sei an der Arbeit, sie werde über den Bestand der Rasse Auskunft geben. Es sei prompte Abrechnung durch die Bevollmächtigten nötig zur exakten Führung der Hauptkassen. Scherereien und Mißverständnisse zwischen Vorstand und Ortsbeamten sei immer die Folge vernachlässigter örtlicher Geschäftsführung. Der Bericht über den Rassenbestand liege zur Einsicht für die Generalversammlung vor.

Darauf seht die

Diskussion über den Geschäftsbericht

ein. —

v. Elm: Ich bin der Sünder, der das Wort Draufgängerpolitik gebraucht hat. Aber meine Ausführungen dazu sind so knapp wiedergegeben, daß ich sie hier darlegen muß. Es ist jedes Mitglied's Recht, sich über Vergangenes und Zukünftiges in Mitgliederversammlungen auszusprechen. Es müsse mit der jetzigen Laune gekrochen werden, daß diejenigen, die im Verband noch nicht geleistet haben, vom Verband nach kurzer Mitgliedschaft unterzückt werden, wenn sie Lohnkämpfe beginnen. Ich will Voricht bezüglich des plötzlichen Hereinbrechens großer Lohnkämpfe walten lassen. Dem Vorstand müsse die Möglichkeit gegeben werden, besser prüfen zu können, welche Folgen Lohnkämpfe haben werden. Ein Kampf muß abgebrochen werden, wenn er zu verstanden droht. Wenn in einer Versammlung gesagt worden ist, ich sei von den Arbeitern abgerückt, so ist das unrichtig. Mein Standpunkt ist gegenüber den Unternehmern der gefährlichere, weil ich ihnen nach unseren Kräften und je nach der Situation zu Leibe gehen will.

Den Kampf will ich nicht aufgeben, das beweist, daß ich eine Beitragsverhöhung von 10 Pf. beantrage habe, um die Kampfsfähigkeit des Verbandes zu erhöhen. Wenn wir über ähnliche Reorganisationsfragen beraten, wird es besser in geschlossener Sitzung geschehen.

Das Gauleitersystem wünsche manche beseitigt, manche weiter ausgedehnt. Redner berührt die dazu gestellten Anträge. Ich halte das Gauleitersystem für nötig. Aber wir waren in Leipzig nicht der Meinung, daß Gauleiter mit der Faust angestellt würden. Die Verhältnisse mögen dazu gedrängt haben. Gewiß haben die Gauleiter zur Verstärkung der Mitgliederzahl beigetragen, allein ihrer Tätigkeit ist sie nicht zuzuschreiben. Die Abschaffung der Gauleiter würde eine Reaktion im Verband bedeuten. Ob die Kosten im Verhältnis zu dem System zu hoch sind, ist fraglich. Anzuerkennen ist, daß höhere Kosten nicht zu hoch sind in Ansehung der erwordenen Mitgliederzahl. Um der Erhaltung der Mitgliederzahl dürfen wir die Unterstellungen nicht erniedrigen, eher muß der Beitrag erhöht werden.

Ich behauere, daß die Verschmelzungsfrage diesen Abschluß gefunden hat. Die Veröffentlichung der Verhandlungen hat der Einigung nicht gedient. Wenn bei den Sortierern zurzeit ein Bedürfnis zur Verschmelzung nicht vorhanden ist, so konnte man durch einen gemeinsamen Beschluß die Verhandlungen vertagen. Der Verbandsleitung der Sortierer wird der Vorwurf gemacht, daß sie keine Reingung zur Einigung habe. Sie wollte sich an der öffentlichen Diskussion nicht beteiligen, mühte sich aber von dem Vorwurf rechtfertigen. Die Unterstufungsverhältnisse liegen so verschieden, daß die Sortierer wegen dieses Unterschiedes wenig Reingung zur Verschmelzung haben. Wir sind oft gemeinsam vorgegangen, obgleich wir getrennt marschieren. Redner geht auf Einzelheiten von Lohnkämpfen ein. Wenn ich gesagt habe, wir lassen uns auf diese Kämpfe nicht mehr ein, so ist gemeint, daß wir Kämpfe, die zum Weichbluten des Verbandes führen, zu verhindern suchen. Will man den Sortiererverband von der Generalkommission ausschließen lassen, so läßt sich die Generalkommission darauf nicht ein. Manche Sortierer wollen einen rückständigen Standpunkt in dieser Frage einnehmen, aber sie werden zu anderen Ansichten kommen. Zwingen läßt sich die Sache nicht. Mit der Festigung der Verhältnisse im Tabakarbeiterverband werden die Sortierer eher zur Vereinigung für eine Verschmelzung kommen. Jetzt halten sie an ihren von dem Verband stark abweichenden Unterstufungsverhältnissen fest. Ich wünsche, daß die Verhandlungen über die Verschmelzungsfrage nicht neues Öl ins Feuer geben.

Förderung nicht geleugnet werden. Das ist kein günstiges Moment für ein Festhalten an den bisherigen hohen Preisen. Umsoweniger, als über die fortgesetzte Preistreiberei und die jetzigen Notstandspreise die Konsumenten in große Erregung geraten sind. Man erwartete auch wohl allgemein, das Syndikat werde die Nichtpreise jetzt etwas beschneiden. Aber in der der Jechenbesitzerversammlung vorausgegangenen Weiratsung war bereits einstimmig beschlossen worden, die Nichtpreise unverändert zu lassen und mit dem Verkauf baldmöglichst zu beginnen! — Die Gile verstehen wir. —

Die Jechenbesitzerversammlung hatte nun die Aufgabe, den Beschluß zu rechtfertigen. Mit lokalen Mitteln hielt das schwer. Doch man wußte sich zu helfen. Es galt nur, die Konsumenten in dem Glauben zu erhalten, die Versorgung der Marktes biete immer noch Schwierigkeiten, der Begehr übersteige auch jetzt noch die Leistungsfähigkeit der Gruben. Und wenn es dabei gelingt, die Arbeiter als die Schuldigen an der Kohlennot zu brandmarken, dann darf man ungestört goldene Ernte halten und der Jorm der Konsumenten richtet sich gegen die Arbeiter. Die Sache war einfach. Man behauptete, die Winderförderung sei nicht etwa angeordnet, weil der Begehr nachgelassen habe, sie sei lediglich eine Folge der zurückgegangenen Leistung der Arbeiter. Das alte Lied! Die Arbeiter sind faul geworden! Diese Behauptung ist der Preistreiberei Rechtfertigung.

Die geeignete, dividendenerhöhende Faulheit als Massenerscheinung ist jedenfalls ein interessantes psychologisches Problem. Des Rätsels Lösung dürfte man jedoch bald gefunden haben, wenn nicht aus den Augen gelassen wird, daß die Suche Faulheit just dann sich einstellt, wenn die Unternehmern ihrer als Rechtfertigung für Preistreiberei bedürfen. Doch die Sache ist ernst. Ein Schalk kann wohl versuchen, an eine plötzlich auftauchende allgemeine Faulheit Glauben zu machen, aber kein vernünftiger Mensch wird auf die Schelmerei hereinfallen. Soweit sich pro Kopf der Belegschaft die Förderung vermindert hat, rührt das von Einschränkung der Ueberzeitarbeit und von erweiterten Vorrichtungsarbeiten her. Deshalb solche Arbeiten einheitlich und zu so kritischer Zeit auf allen oder doch vielen Gruben in größerem Umfang angeordnet werden — müssen, darüber werden die Herren Jechenbesitzer wohl keine Auskunft geben.

Gegen den erneuten Versuch, den Glauben an eine wirkliche und natürliche Kohlennot zu erwecken und zu erhalten, begnügen wir uns hier jetzt mit der Wiedergabe der Auslassung der D y p l e r Hand e l s l a m m e r über die Kohlennot. Die Kammer sagt, wie wir der „Deutschen Tageszeitung“ entnehmen, in einem Schreiben an eine industrielle Firma, die von ihr eine Befürwortung staatlichen Eingreifens verlangt hatte, daß freilich seither die Nachfrage nach Kohlen außerordentlich stark gewesen sei, daß sie aber jetzt mannigfache Anzeichen dafür erblicke, daß die Hochkonjunktur überschritten und eine Zeit ruhigerer Geschäftstätigkeit zu erwarten sei; schon dadurch werde eine wesentliche Erleichterung des Kohlenmarktes eintreten. Uebrigens sei zu einem guten Teil die herrschende Kohlenknappheit keine wirkliche, sondern nur eine eingebildete. (Auch künstlich erzeugte. A. d. Red.) Zahlreiche Kohlenverbraucher hätten sich dazu verleiten lassen, Bestellungen aufzugeben, die ihren wirklichen Bedarf weit übersteigen, in der Meinung, sich auf diese Weise wenigstens den Empfang des Nötigen zu sichern; andere hätten sich große Kohlenreserven angelegt, an die sie in dem Umfang früher nie gedacht hätten, und jeder frage bei mehreren Lieferanten an. So verdoppele und verdreifache sich die Nachfrage um dasselbe Quantum und der „eine“ zeitweilig fehlende Wagon erweise schließlich in vielfacher Gestalt. Daß durch die Schwierigkeiten nur erhöht werden, weil der Markt unübersichtlich wird, und daß solches Gebaren preisversteuernd wirken müsse, sei selbstverständlich.

Wie durch das planmäßige Vorgehen der Kohlenmagnaten die Preise hinaufgetrieben worden sind, das ersehen die Leser aus der nachfolgenden Tabelle, der amtliche Zahlen zugrunde liegen:

	Großhandelspreise pro Tonne		Kleinhandelspreise pro 50 kg		Steigerung der Preise von 1906 auf 1907	
	1906	1907	1906	1907	Großhandel	Kleinhandel
Berlin (frei Bahnhof)					Proz.	Proz.
Rußkohle I	22,50*	28,60*	1,37	1,49	4,9	8,8
„ II	21,00*	27,70*			8,1	
Braunkohlen	14,80	16,00	1,30	1,20	8,1	7,8
Rohs (ab Gasanstalt)	19,00*	26,00*	1,40 ¹⁾	1,58 ¹⁾	8,7	9,8
Salondriketts	13,00*	14,00*	0,91 ²⁾	1,04 ²⁾	7,7	14,2
Danzig						
Schlesische Steinkohle	—	23,00	1,20	1,80	—	8,8
Schottische Steinkohle	14,00	18,00	1,05	1,15	23,5	9,5
Wirketts	19,00	26,00	1,00 ²⁾	1,10 ²⁾	36,8	10,0
Stettin						
Schottische Rußkohle	17,50	20,00	1,10	1,21	12,5	10,0
Braunkohlenbriketts	14,00	14,50	0,90 ²⁾	1,05 ²⁾	8,6	17,8
Stettin						
Steinkohlen	15,90*	17,90*	1,00*	1,10*	12,6	10,0
Braunkohlenbriketts	15,50	18,50	1,00*	1,20*	19,4	20,0
Steinkohlenbriketts	16,00	17,90	0,95*	1,10*	11,8	15,8
Halle						
Braunkohlenbriketts	10,00	11,35	0,70	0,80	11,4	14,2
Magdeburg						
Steinkohlen	21,00*	27,00*	1,40	1,50	88,0	7,1
Braunkohlen	12,00*	15,00*	0,75	0,90	25,0	20,0
Rohs	22,00*	23,00*	1,80	1,40	27,0	7,7
Salondriketts	12,50*	14,00	0,70 ²⁾	0,80 ²⁾	12,0	14,8
Barmen						
Steinkohle, gewaschene						
Rußkohle I	13,00	15,00	1,20	1,15	15,4	4,2
Eberfeld						
Steinkohle, Rußkohle	14,00	15,00	1,10	1,20	7,1	9,1
Werkkohle	12,00	13,00	1,05	1,15	7,8	9,5
Wirketts	10,00	11,50	0,77 ²⁾	0,79 ²⁾	15,0	2,8

*) Höchstpreise. *) pro Heftliter. *) pro 100 Stück.

Aus diesen Zahlen ergibt sich eine enorme Preissteigerung, die allein im Großhandel an manchen Plätzen und in einigen Kohlenorten bis zu 40 Proz. hinaufsteigt. Naturgemäß gingen auch die Kleinverkaufspreise kräftig in die Höhe.

Und dieser merkwürdigen Preistreiberei stehen die Konsumenten machtlos gegenüber. Gerade jetzt, im Zeichen der Blockpolitik, ist bei den bürgerlichen Parteien und bei der Regierung am wenigsten Reingung vorhanden, den Mißverhältnissen der Zollner und Monopolisten Schwierigkeiten zu bereiten. Der „Freisinn“ darf sich nicht mühen, das kann die Blockpolitik nicht vertragen. Das Grubenkapital hat sich eine schöne Zeit ausgesucht, um den Tugenden der Arbeiterbeschimpfung und der Konsumentenplünderung zu fröhnen.

Soziales.

Gewerbmäßige Singspielveranstaltungen.

Wer gewerbmäßig Singspiele, Gesangs- oder deklamatorische Vorträge, Schankstellungen von Personen oder theatralische Vorstellungen, ohne daß dabei ein höheres Interesse der Kunst oder Wissenschaft obwaltet, in seinen Wirtschafts- oder sonstigen Räumen öffentlich veranstalten oder zu deren öffentlicher Veranstaltung seine Räume benutzen lassen will, bedarf nach § 33a der Gewerbe-

ordnung zum Betriebe dieses Gewerbes der behördlichen Erlaubnis. Die Erlaubnis darf nur versagt werden, wenn gegen den nachsuchenden Tatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß die beabsichtigten Veranstaltungen den Gesetzen oder guten Sitten zuwiderlaufen werden oder wenn den behördlichen Anforderungen nicht genügt ist oder wenn einer der Verhältnisse des Gemeindebezirks entsprechenden Anzahl von Personen die Erlaubnis bereits erteilt ist.

Gegen diese Vorschrift sollte der Berliner Gastwirt Rinde verstoßen haben, weil er in seinem Saal ohne polizeiliche Erlaubnis die Kabarettveranstaltung eines Herrn Pagel gebildet hat. Das Landgericht I sprach ihn jedoch frei und führte u. a. aus: Der § 33a sehe voraus entweder die gewerbmäßige Veranstaltung von Singspielen, Gesangs- und deklamatorischen Vorträgen usw. oder die gewerbmäßige Vergabe eines Raumes für derartige Veranstaltungen. Letzteres könnte hier in Frage kommen. Es sei aber zu verneinen, daß Angeklagter gewerbmäßig handelte, da nur der eine Fall festzustellen sei. Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein. Das Kammergericht verwarf das Rechtsmittel mit folgender Begründung: Ohne Rechtsirrtum sei hier angenommen worden, daß keine Gewerbmäßigkeit vorliege. Nun habe die Staatsanwaltschaft in der Revision darauf verwiesen, daß die Berliner Theaterpolizeiverordnung von 1851 (begl. von 1906) in Frage kommen könne, die auch für nichtgewerbmäßige Veranstaltung öffentlicher Vorstellungen polizeiliche Erlaubnis verlange. Es werde dabei aber übersehen, daß diese Verordnung durchweg nur den Unternehmer strafrechtlich verantwortlich mache und deshalb nicht in Betracht komme, da ja dann der Angeklagte nicht Unternehmer der Veranstaltung gewesen war.

Darf die Polizei anordnen, daß die Fenster einer Fabrik dauernd zu schließen sind?

Durch eine polizeiliche Verfügung war den Fabrikbesitzern Sallh und Sigmund Heiborn in Frankfurt a. O. aufgegeben worden, die Fenster ihrer Fabrik während der ganzen Betriebsdauer geschlossen zu halten. Der Verfügung waren Beschwerden der Nachbarn über das aus der Fabrik dringende Geräusch vorausgegangen. Sachverständige hatten sich dahin geäußert, daß dies Geräusch auf die Dauer die Gesundheit der Nachbarn beeinträchtige. Die Heiborns klagten auf Aufhebung der Verfügung. Das Oberverwaltungsgericht gab im Gegenzug zum Bezirksausschuß der Klage statt und setzte die polizeiliche Verfügung mit folgender Begründung außer Kraft: Aus den Gutachten der Sachverständigen, die von einer dauernden Einwirkung des Geräusches eine Gesundheitsschädigung für die Nachbarn befürchteten, gehe hervor, daß die Umwohner nicht in ihrer Gesundheit geschädigt würden, wenn die Fabrikfenster zeitweise geöffnet seien. Davon sei auch der Senat überzeugt. In einem derartigen Falle gehe das Ermessen der Polizei aber nicht so weit, daß sie ein Geschlossenhalten der Fenster für die ganze Dauer des Betriebes verlangen könne. Unter diesen Umständen wäre vielmehr die Polizeibehörde verpflichtet, die gegenseitigen Interessen, einerseits des Publikums, andererseits des Unternehmers und seiner Arbeiter, abzuwägen. Für die Arbeiter sei es notwendig, daß zeitweise die Fenster geöffnet würden. Wenn die gegenseitigen Interessen sich dadurch vereinigen ließen, daß man jeder Seite, so weit es gehe, entgegenkomme, so dürfe die Polizei nicht so schematisch vorgehen wie hier. Die Polizei würde nunmehr so zu verfahren haben, daß sie sich in Verbindung setze mit den Unternehmern und den Umwohnern. Mit den Unternehmern sei darüber zu verhandeln, welche Zeit in ihrem Interesse und im Interesse der Arbeiter für das Öffnen der Fenster die genehmigte sei. Das Ergebnis dieser Verhandlung und der Besprechung mit den Nachbarn des Betriebes wäre dann zu berücksichtigen bei einer neuen Verfügung, in der die Schließung der Fenster für gewisse Betriebszeiten angeordnet werden könne. —

Auch das so vom Oberverwaltungsgericht eingeengte Ermessen der Polizeibehörde dürfte mit den Vorschriften der Gewerbeordnung unvereinbar sein. Nach § 16 der Gewerbeordnung ist lediglich für die Errichtung der dort aufgeführten Anlagen (Schmelzofenfabriken usw.) eine polizeiliche Genehmigung erforderlich oder können besondere polizeiliche Bedingungen gestellt werden, zu denen solche gehören, die zum Schutz der Arbeiter gegen Gefahr für Leben und Gesundheit notwendig sind (§ 18). Wegen zu starken Geräusches kann die Polizei nach der Gewerbeordnung (§ 27) nur in den Fällen einschreiten, in denen in der Nähe der Betriebsstätten Kirchen, Schulen oder andere öffentliche Gebäude, Krankenhäuser oder Heilanstalten vorhanden sind, deren bestimmungsmäßige Benutzung durch den Gewerbebetrieb eine erhebliche Störung erleiden würde. Diese vom Reichsrecht gezogenen Grenzen darf ein Landesgesetz oder eine Polizeiverordnung nicht übertreten. Insbesondere darf sie keine Anordnung treffen, die dem Leben oder der Gesundheit der Arbeiter schädlich wären, wie z. B. das Verbot des Fensteröffnens. Das Reichsrecht (§ 18 und 120d der Gewerbeordnung) verpflichtet die Behörde, erforderlichenfalls Schutzvorschriften zugunsten der Arbeiter zu treffen. Kollidieren damit andere Interessen, so ist die Polizei u. G. auch nicht in dem vom Oberverwaltungsgericht angeordneten Umfang berechtigt, Maßregeln anzuordnen, die für die Gesundheit der Arbeiter nachteilig wären.

Die Bevölkerungszunahme auf dem heutigen Reichsgebiete seit 1816 wird aus folgender Aufstellung ersichtlich:

Jahr	Volkszählung in Tausend	Jährliche Zunahme in Proz.	Jahr	Volkszählung in Tausend	Jährliche Zunahme in Proz.
1816	24 838		1871	41 061	0,60
1822	27 043	1,42	1875	42 729	1,00
1828	29 021	1,08	1880	45 236	1,14
1834	30 611	0,93	1885	46 858	0,70
1840	32 757	1,24	1890	49 428	1,07
1846	34 785	0,88	1895	52 290	1,12
1852	35 983	0,75	1900	56 367	1,50
1858	38 963	0,77	1905	60 641	1,46
1864	39 892	1,08			

Die Bevölkerung auf dem heutigen Reichsgebiet hat sich also in den letzten 90 Jahren auf das 2½fache vermehrt. Die prozentuale Zunahme pro Jahr ist während dieses Zeitraums, wenn auch durch Schwankungen unterbrochen, annähernd die gleiche geblieben. Als Perioden besonders schwachen Wachstums kennzeichnen sich das letzte Drittel der 40er und die erste Hälfte der 50er Jahre, ferner die Zeit um 1871.

Gerichts-Zeitung.

Die Person des Amts- und Gemeindevorstehers von Reinickendorf stand im Mittelpunkt eines Beleidigungsprozesses, der am Dienstag einen ganzen Sitzungstag des Schöffengerichts Berlin-Weßling in Anspruch nahm. Angeklagt war der Schlächtermeister Karl Weber in Reinickendorf. Er soll in einer Sitzung des Reinickendorfer Grundbesitzervereins beleidigende Äußerungen über den dortigen Amts- und Gemeindevorsteher, Bürgermeister Wille, gemacht haben. Außer einigen drohischen Schimpfwörtern soll er gesagt haben, der Bürgermeister Wille habe einen Meinel geistert und Jagdpächter unterzückt. Der Angeklagte bestreitet zwar, daß er die Äußerungen so, wie die Anklage behauptet, getan habe, er wolle jedoch den Wahrheitsbeweis bezüglich des Meinel und der Unterschlagung führen. Zu diesem Zweck wurden vor dem Schöffengericht eine Reihe von Zeugen vernommen und umfangreiche Erkenntnisse aus Zivilprozessen vorgelesen, auf die sich der Vorwurf des Meinel bezieht. Der Vorwurf der Unterschlagung wurde als unbegründet erwiesen. Mit dem angeklagten Meinel verhält es sich so: Im Jahre 1898 berief der Amtsvorsteher Wille die Anlieger der Scharnweberstraße zusammen, um sie zu veranlassen, die Kosten der Pflasterung der Straße zu übernehmen,

Aus Industrie und Handel.

Ein fühner Griff in die Taschen der Konsumenten.

In der am Montag stattgefundenen Versammlung der dem rheinisch-westfälischen Kohlenyndikat angehörenden Besondere konnte die Tatsache der in den letzten Monaten zurückgegangenen

wozu sie zu jener Zeit noch nicht verpflichtet waren. Bei dieser Gelegenheit soll Amtsvorsteher Wille gesagt haben, wenn nicht alle Anwohner sich zur Tragung der Pflasterungskosten verpflichten, dann brauchen auch diejenigen nicht zu zahlen, welche den Verpflichtungsschein unterschreiben. In einem Zivilprozeß, den die Gemeinde Reinidendorf gegen die Anwohner der Spahnweberstraße führte, haben sechs oder sieben Zeugen beschworen, daß der Amtsvorsteher sich in der angegebenen Weise geäußert habe. Das Gericht legte damals dem Amtsvorsteher den Eid darüber auf, daß er die betreffende Äußerung nicht gemacht habe. Der Amtsvorsteher leistete den Eid und die Beklagten wurden infolgedessen verurteilt, die Pflasterungskosten zu zahlen. Hinsichtlich der entgegenstehenden Zeugenaussagen nahm das Zivilgericht an, daß diese auf einem Irrtum beruhen. Hiernach wurde der Wahrheitsbeweis des Angeklagten auch bezüglich des Vorwurfs, der Amtsvorsteher habe einen Meineid geleistet, als nicht erwiesen angesehen. Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Wahn, suchte die Äußerungen seines Klienten zu erklären einerseits aus der gereizten Stimmung des Angeklagten, der vom Amtsvorsteher öfter mit Polizeistrafen wegen Übertretungen belegt worden ist, andererseits aus gewissen Gerüchten, die über den Amtsvorsteher in Umlauf waren, sowie auch aus Tatsachen, die über die Beteiligung des Amtsvorstehers an Grundstücksspekulationen in der Gemeinde bekannt waren. In dieser Hinsicht berief sich der Verteidiger auf einen Fall, der auch zum Gegenstand der Beweisaufnahme gemacht worden war. Dieser Fall liegt so: Der Angeklagte Weber hatte die Vermittlung eines Grundstückverkaufs gegen eine Provision von 47 000 M. übernommen. An diesem Vermittlungsgeschäft beteiligte sich auch der Amtsvorsteher Wille. Er besorgte einen Käufer für das Grundstück. Weil aber der Verkäufer, den Weber mit dem Verkäufer des Grundstücks über das Geschäft abgeschlossen hatte, nicht gestempelt war, sagte der Amtsvorsteher, das Geschäft sei ungültig, er werde den Käufer zum Rücktritt veranlassen. Unter dem Druck dieser Möglichkeit ermächtigte Weber die Provision auf 27 000 M. Der Verkauf kam zustande und von der Provision erhielt der Amtsvorsteher Wille für seine Vermittlungen als Grundstücksmakler 4000 M. Der Verteidiger sagte, er verstehe nicht, daß der Vertreter der Staatsanwaltschaft die Beteiligung des Amtsvorstehers an Grundstücksspekulationen in der Gemeinde als mit der Würde des Gemeindeoberhauptes und den Pflichten eines Beamten in Einklang stehend bezeichnen konnte. Sei doch seinerzeit der Amtsvorsteher Klingenberg in Weihenstephan verurteilt worden, weil er neben seinem Amte noch Grundstücksgeschäfte betrieb. Wenn der Amtsvorsteher Wille derartige Geschäfte betrieb, dann könne man sich nicht wundern, wenn die Bürger ihm nicht die Achtung, welche sein Amt erheischt, entgegenbringen und daß der Angeklagte solche Geschäfte als „Schmuggelei“ bezeichne. Wenn auch nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme von einem Meineid des Amtsvorstehers keine Rede sein

könne, so habe doch der Angeklagte, der ein ungebildeter Mann sei, zu der irrigen Ansicht kommen können, es liege ein Meineid vor, namentlich wenn man berücksichtigt, daß in der Gemeinde bekannt war, Amtsvorsteher Wille habe, als der Zivilprozeß der Gemeinde wegen der Pflasterungskosten schwebte, zum Rechtsanwalt Wahn gesagt: „Wenn ich diesen Prozeß verliere, dann kann ich meine Aktien zusammenpacken und abgehen.“ — Der Angeklagte berief sich auch darauf, daß dem Amtsvorsteher auch von anderer Seite nachgesagt worden sei, er habe in jenem Prozeß einen Meineid geleistet, ohne daß gegen die betreffenden Personen Strafantrag gestellt worden sei. Der Väter-Obermeister Liebing habe dem Amtsvorsteher sogar zweimal Meineid vorgeworfen, gegen Liebing sei aber kein Strafantrag gestellt worden. Wenn man das alles berücksichtigt, dann erscheine das Verhalten des Angeklagten doch nicht so schlimm, daß sich der Antrag des Staatsanwalts auf zwei Monate Gefängnis rechtfertige. Eine Geldstrafe würde in diesem Falle ausreichend sein.

Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu einem Monat Gefängnis und erteilte dem Nebenkläger, Amtsvorsteher Wille, die Befugnis, das Urteil im „Reinidendorfer Generalanzeiger“ zu veröffentlichen.

Die besessenen Altkinder.

Ein eigenartiger Verleumdungsprozeß beschäftigte am Montag das Reichsgericht. Es handelte sich um ein Urteil des Landgerichts Detmold vom 16. Mai, durch welches der Kaufmann und Rathsherr Fritz Wessel in Blomberg wegen zweifacher Verleumdung des dortigen Bürgermeisters zu einer Geldstrafe von 200 M. verurteilt worden ist. In irgend einer Sache sollte ein Verdict an das Konsistorium erlassen werden. In der gemeinschaftlichen Sitzung der beiden sächsischen Behörden kam es zu Weiterungen, weil der Bürgermeister mit seiner Partei in der Minderheit geblieben war. Der Bürgermeister erklärte, er könne über die Sache keine Auskunft erteilen, da Herr Wessel die Akten an sich genommen und trotz mehrfacher Aufforderung sich weigere, sie herauszugeben. Herr Wessel erklärte darauf gereizt, er habe die Akten deshalb an sich genommen, weil der Bürgermeister damit hantieren gegangen sei. Ebenfalls sehr erregt trat der Bürgermeister ans Fenster und nahm die dahinterliegenden Akten an sich. Der Rathsherr Wessel entriß sie ihm aber mit einem Ruck, legte sie auf einen Stuhl und setzte sich darauf. Der Bürgermeister forderte nun den Ratbedienten auf, sie dem Angeklagten wegzunehmen, der sie nach einigem Zögern herausgab. Nicht nur in dem Vergleich der Fähigkeit des Bürgermeisters mit der eines Hausierers hat das Gericht eine Verleumdung erblickt, sondern auch darin, daß sich der Angeklagte mit der ganzen Wucht seiner Persönlichkeit auf die Akten setzte. — Der Reichsanwalt hielt die Revision für begründet, soweit sie sich gegen die Konstruktion einer Verleumdung aus dem Segen auf die Akten richtet. Das Reichsgericht hielt jedoch die Feststellung auch dieser Verleumdung für nicht rechtsverhältnißlich und erkannte auf Verwerfung der Revision. —

Revision im Prozeß Han.

Das Reichsgericht verwarf, wie uns telegraphisch gemeldet wird, gestern die Revision gegen das vom Karlsruher Schwurgericht ausgesprochene Todesurteil in der Anklage gegen den amerikanischen Rechtsanwalt Han. Vom Verteidiger waren 44 Revisionsgründe geltend gemacht.

In der Urteilsbegründung wurde u. a. ausgeführt: Es sind von der Verteidigung eine Reihe Klagen geltend gemacht worden, die außerhalb der Verhandlung liegen, so: daß der Vorsitzende eine Unterredung mit dem Angeklagten hatte. Das Geleß verbot aber einen solchen Verkehr zwischen Vorsitzenden und Angeklagten durchaus nicht, es legt in den Vorsitzenden das Vertrauen, daß er seine Objektivität nicht verlieren wird. Wenn der Verteidiger der Meinung war, daß der Vorsitzende dadurch zumungunsten des Angeklagten beeinflusst wurde, so hätte er den Vorsitzenden wegen Befangenheit ablehnen können. Wenn das nicht mehr zulässig war, weil der Zeitpunkt verpaßt war, so gibt es dagegen eben kein Mittel. Auch die Klage, daß der Staatsanwalt vor Beginn der Verhandlung der Presse eine Verichtigung zusandte, kann als ein Revisionsgrund nicht angesehen werden. Der Staatsanwalt hat damit nicht gegen seine Pflicht verstoßen, und es ist auch nicht nachgewiesen, daß sich durch die Verichtigung des Staatsanwalts ein Geschworener irgendwie beeinflussen ließ.

Weiter wird gerügt, daß der Jenge Leni nicht in Zwangshaft genommen worden ist. Dem Gericht ist es aber vollständig anheim gegeben, in welcher Weise es das Zeugnis erzwingen will: durch Geldstrafe oder durch Haft. Der Gerichtshof hat bei der vorerwähnten Zeit die Zwangshaft abgelehnt; eine Revision läßt sich hiermit nicht begründen.

Aus der Frauenbewegung.

Bersammlungen — Veranstaltungen.

- Berlin. Öffentliche Frauen-Versammlung Dienstag, den 22. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, in „Schmidts Festsaal“, Gartenstr. 6. Vortrag, Reichstagsabgeordneter Georg Ledebour über: „Die Frau in Staat und Gesellschaft.“
- Schlesdorf. Mittwoch, 16. Oktober, 8 Uhr, bei Nied, Karlstr. 12. Vortrag, Dr. Plehner: „Die Berufsarbeit der Frau und ihre Wirkung auf das Nervensystem.“
- Reinidendorf-Dt. Mittwoch, den 16. Oktober, 8 1/2 Uhr, bei Hoffmann, See- und Regierstr. Ecke. Vortrag, Der Vorstand.
- Zummelsburg. Mittwoch, den 16. Oktober, 8 1/2 Uhr, bei Tempel (Vogelstr. 56). Vortrag, Dr. Christeller: „Frauenleiden und ihre Verhütung.“

Leser- und Diktierklub „Südost“. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Lohde, Hölzerstr. 58: Generalversammlung. Gäste willkommen.

Leser- und Diktierklub „Karl Marx“. Die heutige Sitzung 8 1/2 Uhr, nächste Sitzung Mittwoch, den 23. d. Okt., bei Grünlich, Ulrechtstr. 9.

Selbst wenn er nicht so billig wäre,

würde jede erfahrene Hausfrau doch den echten „Kathreiner“ jedem anderen Malzkaffee vorziehen, denn niemand wird auf das beste, bekömmlichste Frühstücksgetränk und auf einen wirklichen Genuß ohne gesundheitliche Schädigung verzichten wollen. Nun ist aber der „Kathreiner“ so billig, daß ein ganzes Liter Kaffee nur etwa 3 Pfg. kostet! Er empfiehlt sich also für jeden Haushalt als tägliches Getränk.

Achten Sie jedoch beim Einkaufe stets darauf, daß Sie nicht eine minderwertige Nachahmung oder irgend einen anderen Malzkaffee erhalten. Der echte „Kathreiner“ ist leicht kenntlich: Er wird nur in geschlossenem Paket in der bekannten Ausstattung mit Bild und Namen des Pfarrers Kneipp und der Firma Kathreiners Malzkaffee-Fabriken verkauft.

Unserem Genossen **Wolfgang Hermann** und dessen Ehefrau die herzlichsten Glückwünsche zu ihrer silbernen Hochzeit. 3782 Die Genossen der 6a Abteilung.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berliner Wahlkreises.

Todes-Anzeige. Am 18. Oktober verstarb unser langjähriges Mitglied, der Schuhmachermacher

Fritz Ehrke (H. 30).

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Mittwoch nachmittags 2 1/2 Uhr von der Halle des Söblich'schen Friedhofs in Friedrichshagen statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein Rixdorf.

Todes-Anzeige. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Arbeiter

Paul Piefke (S. 10) verstorben ist.

Die Beerdigung findet heute Mittwoch, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Rixdorfer Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Beerdigungsverein Berliner Zimmerleute.

Am 13. Oktober starb plötzlich am Herzschlag im Alter von 50 Jahren unser Mitglied, der Zimmerer

Karl Kirste.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet Donnerstag, den 17. d. M., nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Friedhofes in Westend, Fürstendammweg, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Verein Berliner Hausdienen Mitgliedschaft I des Deutschen Transportarbeiter-Vereins.

Todes-Anzeige. Unserem Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß der Kollege

Max Hummel verstorben ist.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute nachmittags 5 Uhr von der Leichenhalle des Gellertmann-Kirchhofes Nordend statt. 75/20 Die Ortsverwaltung I.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Dreher

Paul Piefke am 13. d. M. an Herzleiden gestorben ist.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 16. Oktober, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Kirchhofes, Mariendorfer Weg, aus statt. Rege Beteiligung ersucht 154/2 Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß am 14. d. M. nach längerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater, der Korbmacher

Hermann Vollprecht im 67. Lebensjahre sanft entschlafen ist. 6515

Um Alles Bekleid bitten **Ww. Amalie Vollprecht, geb. Köhler.**

Max Hügel nebst Familie.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 17. Oktober, um 11 Uhr nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Kaiser-Wilhelm-Kirchhofes in Weihenstephan aus statt.

Wer — noch — nicht

Hauptgeschäft: **Westmanns Konfektionshaus** W., Mohrenstr. 37a, an den Kolonnen. Fil.: O., Gr. Frankfurterstr. 115 2 Haus v. d. Andreustr.

(Ich bitte genau auf Firma und Hausnummer zu achten!)
aufgesucht hat, der

tue — es — sofort!!!

in seinem eigenen Interesse. Infolge der warmen Herbstwitterung und Ueberfüllung meiner Läger sollen ausverkauft werden: **ca. 850 Original-Modelle, Reismuster und Kopien, nur letzte Neuheiten, selbst für allerstärkste Figuren vorrätig. Plüschmäntel, Liftboys, braune Samtkostüme, Pelzstolas, Kimonos, Pelzjacketts, Kleider, Röcke, Blusen usw.**

Gediegene Stoffe! Entzückende Neuheiten! Aparte Genres!
in 8 Serien.

Serie 1	2	3	4	5	6	7	8
früher 26 1/2	42	65	82	125	180	220	310
jetzt 8 1/2	13 1/2	21	30	40	65	75	100

Um schnell zu räumen, gebe ich auf meine schon bis zum Drittel herabgesetzten Preise einen Extrarabatt von **10%** sofort an der Kasse abzuziehen!

Da nachmittags teilweise Ueberfüllung und zu großer Andrang, erbitte Besuch möglichst vormittags.

Separat großes Trauermagazin! Sonntags geöffnet!

Dr. Simmel Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz, 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.

Zahnärztliche Klinik Hellesandstr. 106 1

Zahnziehen unentgeltl. Bei künstl. Zähnen, Speg, Kronen- u. Brücken-Blenden etc. werden nur die Anlagen berechnet. 8727 Ged. 10-6, Sonntags 9-12 Uhr. Habe meine Praxis wieder aufgenommen. 287/15

Dr. N. Meyer, Lindenstr. 70. Spezialarzt für Horn-, Harn- und Nierenleiden.

Saló am Gardasee Italien-Riviera

Hotel-Pension Villa „Halkyone“ Früheres Heim des Dichters Otto Erich Hartleben. Vornehme Familienpension. Pensionspreis von 7 Lira an. Prachtvoller großer Garten.

Zentral-Verband der Steinarbeiter. Berlin II.

Den Kollegen hiermit zur Nachricht, daß unser Kollege

Hermann Schneider am Montag, den 14. Oktober verstorben ist.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am 17. d. M. von der Leichenhalle des neuen St. Thomas-Kirchhofes, Rixdorf, Hermannstraße, aus statt. Um rege Beteiligung bitten 181/12 Der Vorstand.

Allen Freunden, Bekannten und Parteigenossen die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau

Johanna Wäsch

im Alter von 89 Jahren nach kurzem Krankenlager verstorben ist. Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 16. Oktober, nachm. 5 Uhr, von der Leichenhalle des Söblich'schen Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt. 6023 Der trauernde Gatte nebst Kindern.

Pianino (tabellelos, bis 9, Sonntag 5, plüg. Verzicht 32, Plüsch.

Jandorf's Serientage

0,95 Mk. 0,95 Mk. 1,95 Mk. 2,95 Mk.

SCHLUSS

Sonnabend den 19. Oktober

5699L*

Phänomen-

Nach
Egyptischer Art
hergestellt.



Zigaretten
feinste
Handarbeit.

Zigarettenfabrik „NAMKORI“

Zähne 2 Mk. Teilzahlung wöchentl. 1 Mk.
Vollk. schmerzloses Zahnziehen 1 Mk.
Plomben 1,50 M. Reparatur sofort. Umarbeitung schlecht sitz. Gebisse.
Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 130. Sprechstunden 8—7 Uhr.

S. Gottlieb

MÖBEL

mit nur
1 Mark
wöchentlichen Abzahlungen.

Rosenthaler Straße
54.

Allen Freunden, Bekannten und Genossen zur gefälligen Kenntnisnahme, daß ich das Restaurant Neuburgerstraße 33, Ecke Alte Jakobstraße, früher Schäger, übernommen habe.

Schultheiß-Ausschank.
Spezialität: Potsdamer Stangen-Bier.
Um gütigen Zuspruch bitte!

Albert Zabel.

Möbel

Bürgerliche
Wohnungs-
Einrichtungen.
Einzelne Möbel.

Entgegenkommende Zahlungsweise.

„ALLE TAGE ANDERS“

direkt am Nollath-Platz 5887L*

Pank-, Gericht- und Reinickendorfer-
Straßen-Ecke.

Verkäufe.

Totalverkauf meines Engros- und Filialenlagers: Gardinen, Stores, Kissenbetten 10 bis 20 Prozent Rabatt. E. Weihenberg Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125.

Teppiche mit Farbenlehren zum vollständigen Ausverkauf jetzt mit 10 Prozent Extrarabatt. Große Frankfurterstraße 125. 28238*

Totalverkauf meines Engros- und Filialenlagers: Tuch- und Plüschdecken, Bettelins- und Plüschportieren in allen Preislagen durchweg mit 10 Prozent Extrarabatt. Große Frankfurterstraße 125. 28242*

Teppiche, Badmatt, Tisch 3,25, 3,85, 4,25, 5,50, 6,50, 8,50 usw. E. Weihenberg's Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 28258*

Herrenjahrbuch, Damenjahrbuch, wie neu, 45,00. Holz, Blumenstr. 33b.

Gedächtnisreden!! Das Jahrbuch 9,00. Gedächtnisreden 16,00. Gedächtnis 1 1/2. Gedächtnisreden 1 3,00. Kollmer, Ballnertheaterstr. 33.

Bilder, Spiegel ohne Anzahlung, Uhren, Teppiche, Kissenbetten, Portieren, Gardinen, Teppiche, Polsterwaren, Gaslampen, Herren-Konfektion, Extrablätter, Herren-Konfektion, Teilzahlung von 0,50 pro Woche an, liefert Weber, Bernauerstraße 49. *

Nähmaschinen, vergütet bis 20,00 M. Teilzahlung kauft oder nachweist. Esmilische Systeme. Vollrente genügt. Lieferung sofort. Brauer, Frankfurter Allee 101, Laden. 439*

Teppiche mit Farbenlehren, Badmatt, niedrige Große Frankfurterstraße 9, partiers. kein Laden. Brauerhoff. 41

Gardinen und Große Frankfurterstraße 9, partiers. kein Laden. Brauerhoff. 41

Teppiche billig! Redukt. Große Frankfurterstraße 9, partiers. 41

Möbel sowie ganze Wohnungs-Einrichtungen erhalten solide Leute zu Kassapreisen bei geringer Anzahlung an Teilzahlung. Möbelhäuser A. Krause, Schäferstraße 7/74. *

Teppiche billig! Redukt. Große Frankfurterstraße 9, partiers. 41

Reisekalender, Opernplakat, Reisekalender, Regulator, Reisekalender, Harmonika, Reigen, Silber, Bilder, Teppiche, Sportartikel, Leder, Oranienstr. 131. 5755*

Federbetten, Stand 11,00, große 16,00, Bälge, Gardinen, Portieren, Teppiche, Uhren, Goldschmuck, Silberwaren, Anzüge Sportbillig Wand- leihhaus, Röhrenstr. 7. 26488*

Teppiche! (Sehrbillig) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Schönn, Gabelstr. 4, Bahnhof Börse. 2611*

Nähmaschinen, Zahl höchste Vergütung. Alle Kräfte u. Hochmann- Systeme. Kleinste Anzahlung. Dr. Br. Rosenbaldstr. 19, Chorinerstr. 26. Vollrente genügt. 5626

Betten, Stand 11,00, zweifach 16,00, Gubenstr. 3/4, Wandleibe.

Möbelverkauf, 8 Zimmer, Küche, viele Plüschteppiche, Trümpel, Oelgemälde, Uhren, Bronzefiguren, Salongarnitur, Gelegenheits. Auktions- annahme Reich, Oranienweg 3. *

Teppiche, wegen Umbau Sport- billig. Gardinen, Portieren, Teppiche, Schlafdecken ebenfalls be- deutend herabgesetzt. Stoeber, Röhren- str. 17, Eingang Königsgraben. *

Metallbetten, zwei prachtvolle, Sportbillig, Ritterstraße 112 II. 763*

Drehrollen (Teilzahlung) Berliner Drehrollen-Fabrik, Bohmannstraße 29.

Riefenposten Teppiche, Sofa, und Salongröße, 4,25, 6,75, 10, 15 Mark. Eine Partie mit kleinen Bedeckungen Sportbillig. Teppichhaus Emil Leffler, Oranienstraße 168. 53366*

Herzhafter Herrenpaletots, Herrenanzüge, nur hochfeinste Aus- führung, ausverkauf! Engrosfabrik einzeln zu Engrospreisen. Enorme Geldersparnis. 2—4 geschlossen. Neue Friederichstraße 37, III. 28716*

Krautstraße 60 Möbel, Spiegel, Polsterwaren Sportbillig. Möbelhäuser Seefeld. 6576*

Wandleihhaus! Hermannplatz 10. Allerbilligste Einkaufsquelle! Bettenverkauf, Ausverkauf, Draht- betten, Vermietungsbett, Bettwäsche, Extrablätter, Gardinenverkauf, Teppich- verkauf, Teppiche, Wandteppich, Plüschdecken, Freiwiliger, Taschen- rechner, Bettentwurf, Ringverkauf, Schmutzlappen, Hochmoderne raum- billige Badetanzüge, Gehrockanzüge, Winterpaletots, Sommerpaletots, Verlaufsstände auch Sonntags ge- öffnet. 4104*

Arbeiter-Verkehrskasse, Ecke, Niets 1800,00, Auszahlung 27 Halbe Hell. 4 Halbe Weibier, drei Vereine, zwei Jagdvereine, handhelt halber 2100,00 verlässlich. Näheres Willner, Leibniz- str. 3, Lokal. 80/2

Einige Möbel, Plüschsofa Inter- burgerstraße 16, Seite. 439

Dehilation, großes Fuhrweien im Hause, 3600 Mark. Auktions- kleine Hamburgerstraße 25a, Schuh- machermeister. 494

Langjähriges gangbares Gemü- se, Obst, Kaffee, anderer Unter- nehmung halber verlässlich Weis- str. 2. 6475*

Blumenstraße 6 Möbel, Spiegel, Polsterwaren Sportbillig. 28716*

Monatsanzüge, Paletots, wenig getragen, von 5 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Be- zugsquelle, 20 Prozent billiger wie im Laden, direkt vom Schneider- meister Paul Fürstengelt, nur Röhren- str. 10. 26219*

Monatsanzüge und Winter- paletots sowie Joppen von 5,00, Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Grad von 2,50, sowie für for- pulente Figuren. Neue Garderobe zu raumend billigen Preisen, auch Handarbeiten verlässliche Sachen kauft man am billigsten bei Nag, Röhren- str. 14. 6536*

Vittauer Nähmaschinen ohne An- zahlung, wöchentlich 1,00, gebraucht 12,00, Wienerstraße 1—6, Röhrenstr. 67, Röhrenstr. 111. 6506

Verschiedenes.

Abendkurse in Elektrotechnik (Theorie, Laboratorium) und Maschinenbau. Prospekt frei. Tech- nische Akademie Berlin (vormals Technikum Elektra), Markgrafstr. 100. 305/12*

Verst die Mutter Sprache beherrschen! Erfolgreich, leicht lachlichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unter- richtsstunde wöchentlich genügt. Ge- fällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts“ zu richten.

Parentanwald Westl., Göttinger- str. 94a. 25538*

Kunstschere von Frau Kofsky, Charlottenburg, Goethestraße 84, I. *

Tanzinstitut Billy Porphy. Beginn neuer Sonntagskurse, Hoch- schule, Honorar Herren 6 Mark, Damen 3 Mark. Anmeldung täglich vormittags 10 bis abends 10 Uhr. Schulherstraße 130. 28108*

Vereinshaus, Invalidenstr. 146. Saal für Hochzeiten, Versammlungen, Vereine, Sonnabends, Sonntags zu vergeben. 4113*

Waschküchen. Den Genossen empfehle meine Wasch- und Wäsche- anstalt. Bälge wird glatt und ge- waschen, im freien getrocknet. Ab- holung Sonnabends. Karl Koch, Köpenick, Grünauerstraße 21. 27388*

Volksbühne, Gesellschaft „Deutscher Volk“, Rantewitzstraße 41. 416*

Achtung! Meinen Liebersten Deutscher Landknecht mache ich be- kannt, daß ich ein Restaurant Röhren- str. 20 eröffnet habe. Gleichzeitig empfehle ich Gewerkschaften und Vereinen mein schönes Vereins- zimmer. Johannes Borchardt. 418*

Nähmaschinenreparaturen, sach- gemäßig, schnell, billig, in eigener Werkstatt, auch außer dem Hause. Beckmann, Göttingerstraße 26. 28338*

Altes Meißnerporzellan, Kommode, Kaffee- und Tee-Service, Röhrenstr. 95. *

Tangenzüge, stimmungsgemäße Herren, welche sich einfachen Fremd- schiffsfahrer („aus Liebe zur Kunst“) zu Quartiergehängen anschließen wollen, können sich melden: M. G. S. Post- amt 72. 6436

100 Mark Belohnung. Braune Handtasche, Inhalt: Dokumente, russische persönliche Papiere auf Namen von Buchholz, zwei Spar- kastenbücher (Eise Anträge), ein silbernes Handtäschchen mit 140 Mark Tolleitungsgeldern, soden verloren von Kolome Drenth nach Röhren- str. 2, über Klein- Wagners- Chaussee, Klein-Wagners, Lehndorfer, Kaiser-Allee. Gegen obige Belohnung abzugeben Röhrenstr. 2.

Vermietungen.

Wohnungen.
Prächtige Balkonwohnungen so- fort, Soldinerstraße 32. 28092*

Gesundbrunnen, Schweden- str. 18a, Stube, Küche, Zubehör, von 18 Mark an. 4406*

Schlafstellen.
Schlafstelle, anständiger Mann oder Witwe, 1. November, vergütet Gräßl, Gubenstr. 46. 4139

Saubere möblierte Schlafstelle, Witwe Kullus, Wulplaquestraße 27, 2. Eingang, vorn IV links. 4184

Freundliche Schlafstelle, Gubener- str. 24—26, vorn partiere links. 6466

Freundliche Schlafstelle für einen Herrn, Ulrtreterstraße 9 bei Anderich, vorn IV. 484

Möblierte Schlafstelle für an- ständigen Herrn vermietet (sofort oder später) auf, Röhrenstr. 130. 418

Möblierte Schlafstelle vermietet Parteilose. Rantewitzstraße 5, vorn 4. Etage, Michael. 418

Arbeitsmarkt.

Mietsgesuche.
Zwei Herren suchen möbliertes Zimmer (Küchenangabe), Südosten (Hochbahnstraße). Preisofferten unter V. 3, „Vorwärts“-Expedition erbeten.

Stellengesuche.
Blinder Schuhmacher bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. A. Wäber, Röhren- str. 37. 14686

Plüschschneider, Sportbillig, gu- tgehend, schnell, gelbt, Änderungen, Reparaturen, Garderobenreinigung, sucht Kundsch. Ebert, Frucht- str. 31, vorn. 4139

Stellenangebote.
Schrift, Stempelsetzer verlangt Berner, Charlottenburg, Bielan- str. 42. 80/1

Sehr tüchtige Barockgoldner und Barockgoldnerin verlangt Goldblei- fabrik Röhrenstr. 88. 418

Korbmacher auf Kongo und Leinwand verlangt Jechner, Eisenbergstraße 8. 6456*

Anlegerin, Bogenlängerin für Steinbruchschnellpresse sucht A. Barmid, Hoffmannstraße 18. 28388*

Silberpoliererin verlangt sofort Deutsche Metallindustrie, Wul- plaquestraße 20/27. 6506

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Gesucht tüchtige
Vergoldergehülften.
Harnisch, Hamburg, Pferdemarkt 37. 79/20

Achtung! Kistenmacher!

In der Kistenfabrik von **Zucker- mann**, Jerusalemstraße 65, haben sämtliche Kollegen wegen Lohn- differenzen die Arbeit niedergelegt. Zugang fernhalten. 96/3*

Der Obmann: F. Warten.

Annahme-Stellen
für „Kleine Anzeigen“.

Zentrum:
Fritz Hinte, Röhrenstr. 89.
H. Gahnisch, Auguststr. 50.

Westen:
G. Schmidt, Kirchhofstr. 14.

Osten:
W. Mann, Petersburgerplatz 4.
H. Wengels, Röhrenstr. 3.
Gustav Vogel, Röhrenstr. 63.

Nordosten:
L. Jucht, Immanuelstr. 12.
J. Heul, Barnimstr. 42.

Norden:
H. Rasche, Röhrenstr. 35.
F. Trapp, Steintorstr. 10.
Karl Mars, Ludenstr. 123.
Karl Weise, Röhrenstr. 49.
L. Dehnd, Röhrenstr. 34.
H. Vogel, Röhrenstr. 37.
H. Tich, Invalidenstr. 124.

Nordwesten:
Karl Anders, Salzweiderstr. 8.
W. Zehle, Göttingerstr. 29.

Südwesten:
G. Werner, Oranienstr. 72.
H. Schröder, Gubenerstr. 27.

Süden:
St. Zeit, Prinzenstr. 31.
H. Gutschmidt, Röhrenstr. 8.

Südosten:
Paul Böhm, Röhrenstr. 14/15.
P. Gorich, Engel-Über 15.

Charlottenburg:
G. Schärberg, Seifenweberstr. 1.

Friedrichshagen:
O. Seidel, Kronprinzenstr. 50.

Rixdorf:
W. Geinrich, Röhrenstr. 7.
Conrad, Hermannstr. 50.

Rummelsburg:
H. Rosenkranz, Alt-Berlin 56.
Schöneberg:
Willy Bäumer, Röhrenstr. 51.

Weißensee:
K. Fuhrmann, Sedanstr. 105.
Jul. Schiller, König-Charlotten 30a.

Reinickendorf:
P. Gursch, Gubenerstr. 42.
Oranienweg.

Treptow:
H. Gramenz, Röhrenstr. 412.

An die organisierte Arbeiterschaft Berlins und der Vororte!

Die Freie Volksbühne ladet Euch ein, recht zahlreich in ihre neubegründeten Abend-Abteilungen mit einzutreten. Geraume Zeit ist verfloßen, seit zum letztenmal eine ähnliche Aufforderung an Euch erging. Denn unsere Abteilungen sind gefüllt, die Beschaffung neuer Räume, um unsere Tätigkeit zu erweitern, ist eine lange Zeit ein unlösbares Problem. So waren wir gezwungen, unseren Mitgliederstand auf etwa 12000 zu beschränken, und diese Grenze war rasch erreicht. Für Nachzügler waren jetzt die Türen so gut wie verschlossen, nicht, weil wir es so wollten, sondern weil die Möglichkeit fehlte, neuen Mitgliedern Leistungen zu bieten, die den bewährten Lieberleistungen der Freien Volksbühne entsprechen. Weil aber eine Kunst- und Kulturvereinigung der organisierten Arbeiter, wie die Freie Volksbühne eine ist und bleiben will, Raum für alle haben soll, war die Volksbühne ständig bemüht, für neue Mitglieder neuen Platz und neue Kräfte bereitzustellen. Das ist ihr jetzt gelungen.

Für die Neueinsteigenden, die in der Höchstzahl von 4000 aufgenommen werden können, werden künftig im Vorhinaus Theater am Galeschen Tor und im Luisen-Theater am Kottbuser Tor an Freitagabenden (Anfang 8 1/2 Uhr) gefällige Vereinstorstellungen veranstaltet. Im Vorhinaus-Theater wird die Oper, im Luisen-Theater Drama, Schauspiel und Lustspiel gepflegt werden. Die Auswahl der auszuführenden Werke erfolgt durch die gewählte Vereinsleitung, im Luisen-Theater wird der langjährig erprobte Vereinsregisseur, Direktor Steinert, die Leitung der Aufführungen übernehmen. So ist zu gutem Gelingen alles vorbereitet.

Das Einschreibegeld beträgt 1 M., der Mitgliedsbeitrag gleichfalls 1 M. Dafür erhält das neu eintretende Mitglied das Recht: 1. Ohne weitere Kosten eine Abendvorstellung im Monat (abwechselnd eine Oper und ein Schauspiel) zu besuchen. 2. Die Vereinschrift zu beziehen. 3. Gegen Leistung des üblichen geringen Eintrittsgeldes nach Lust und Laune auch die übrigen nur für Mitglieder bestimmten Veranstaltungen des Vereins, Kunstabend, Konzerte und Feste zu besuchen. Die Theaterplätze werden einzeln oder paarweise vor der Vorstellung verlost. Selbstverständlich sind die neuen Mitglieder gebeten, mit den anderen tatkräftig am ferneren Gedeihen des Vereins mitzuwirken, wie es unter organisierten Arbeitern üblich ist.

Die Freie Volksbühne ist die ureigene Schöpfung der organisierten Arbeiter Berlins, die erste demokratische Kulturgenossenschaft der Welt. Sie will die Arbeiter nicht „zufrieden machen“, sondern sie öffnet ihnen eine Türspalte zu einer Welt der Schönheit und des edelsten Reichtums, die sich ganz erobern lassen! Mit uns zu genießen, aber auch mit uns zu arbeiten und zu kämpfen, dazu laden wir Euch ein! Wer mit will, melde sich rasch, ehe auch die neuen Abteilungen wieder geschlossen werden müssen. Das Vereinsjahr für die neuen Mitglieder beginnt am 18. Oktober. Der Vorstand der Freien Volksbühne.

Partei-Angelegenheiten.

Heute, Mittwoch abend 8 Uhr, spricht Genosse August Bebel in Kellers Festsaal, Rappstr. 29, über das Thema „Der nationalliberale Parteitag und die Sozialdemokratie“.

Morgen, Donnerstag abend von 7 Uhr an Massenverbreitung des „Vorwärts“ von den bekannten Stellen aus. Allseitige Beteiligung Pflicht. Der Zentralvorstand.

Rixdorf. Die Parteigenossen werden darauf aufmerksam gemacht, daß am heutigen Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Hoppe die Generalversammlung des Wahlvereins stattfindet. Sorge jeder für regen Besuch. Der Vorstand.

Wilmerdorf. Zu der am Donnerstagabend 7 Uhr stattfindenden Flugblattverbreitung (zwecks Agitation für den „Vorwärts“) werden die Genossen aufgefordert, pünktlich und vollständig zu erscheinen. Nur dann wird diese Agitation, die auch für unseren Ort so bitter notwendig ist, die erhofften Früchte tragen, wenn ein jedes Wahlvereinsmitglied sich seiner Pflicht in Bezug auf die Parteiarbeit bewußt ist. Der Vorstand.

Friedenau. Heute abend findet der Jahlabend in den bekannten Bezirkslokalen statt. — Am morgigen Donnerstag, den 17. d. M., „Vorwärts“-Verbreitung. — Am Sonnabend, den 19. d. M., feiert der hiesige Arbeitergesangsverein „Morgenrot“ sein 3. Stiftungsfest im Rheinischhof. Am äußerst zahlreiche Beteiligung bei allen diesen Veranstaltungen bittet dringend Der Vorstand.

Steglitz. Donnerstag abend von 7 Uhr an: Flugblattverbreitung in allen Bezirken, wozu eine recht rege Beteiligung erwartet wird; das Material für die Bezirksführer befindet sich bei Wahrendorf.

Nieder-Schönhausen. Die Genossen werden darauf aufmerksam gemacht, daß am Donnerstag die Agitation von allen drei Bezirkslokalen aus stattfindet. Die Agitation beginnt von 6 1/2 Uhr abends an. Zahlreiches Erscheinen ist Pflicht.

Spandau. Am Donnerstag, den 17. d. M., findet zum Zwecke der Gewinnung neuer „Vorwärts“-Leser in Spandau, Falkenhagen-Sergefeld und Stalen die Verbreitung einer Extranummer des „Vorwärts“ statt. Die Ausgabe an die Vertreter geschieht am Donnerstagabend von 7 Uhr an in den bekannten Bezirkslokalen. Die Bezirksführer werden ersucht, rechtzeitig ihre Exemplare von dem Genossen Schuster abzuholen. Wir erziehen die Genossen dringend, sich recht zahlreich in ihren Bezirkslokalen einzufinden. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Städtische Verkehrsfragen.

In der gestrigen Sitzung der städtischen Verkehrsdeputation führte das Verlangen der Großen Berliner Omnibus-Gesellschaft, den Preis für die bisherige Pauschalstrecke auf siebenhundert Pfennig zu erhöhen und die Leistungen auf circa 1850 Meter herabsetzen zu dürfen, wiederum zu einer langen und lebhaften Debatte. Die Angelegenheit hat die Deputation bereits wiederholt beschäftigt und in der letzten Sitzung war beschlossen worden, es soll mit der Gesellschaft nochmals verhandelt werden dahin, daß sie von einer Tarifierhöhung Abstand nimmt und die erforderliche Verbesserung der Einnahmen aus dem 5 Pfennig-Tarif dadurch zu erzielen versucht, daß die jetzigen Leistungen, die sich zum Teil auf 2800 Meter erstrecken, auf ungefähr 1500 Meter unter Berücksichtigung der Verkehrsbeschleunigung verkürzt werden. Diese Verhandlungen haben inzwischen stattgefunden, sind aber völlig ergebnislos verlaufen. Die Gesellschaft behauptet, daß jede auf der Pauschalstrecke beförderte Person in 1908 88 Pfennige an Selbstkosten verursacht habe, daß diese Selbstkosten in

1907 sich schon wieder erheblich erhöht hätten, daß die Wagen außer auf einigen wenigen Strecken und zu bestimmten Tageszeiten meistens halbleer liefen und daß ihr daher mit dem Beschluß der Deputation nicht gebüht sei, sondern daß sie auf ihrem Verlangen der Erhöhung des Tarifs auf 7 1/2 bzw. 8 Pf. für das einzelne Weibell bestehen müsse. Die Darlegungen der Gesellschaft wurden in der Debatte auf das eingehendste behandelt. Die verlangte Erhöhung des Tarifs würde, da auf den Pauschalstrecken circa 100 Millionen Reichsmark befördert werden und das Aktienkapital circa 12 Millionen Mark beträgt, bei gleichbleibender Frequenz die Gewährung einer 20prozentigen Dividende an die Aktionäre bedeuten. Es wurde zugegeben, daß jede Erhöhung des Tarifs zunächst jedenfalls eine Senkung der Frequenz herbeiführen wird, doch meinte man allgemein, daß die Herabminderung der Frequenz auch wegen der Konkurrenz der Straßenbahn um so größer sein wird, je bedeutender die Tarifierhöhung ist, während die Frequenz bei einer nur geringen Tarifierhöhung schon infolge des natürlichen Wachstums des Verkehrs bald die frühere Ziffer wieder erreichen würde. Auch glaubte die Deputation in ihrer überwiegenden Majorität es nicht verantworten zu können, gerade den ärmsten Schichten der Bevölkerung, für die der Pauschal-Omnibus das hauptsächlichste Mittel ist, eine Belastung um 60 bzw. 60 Proz. aufliegen zu lassen. Auf der anderen Seite war man willens, um der Gesellschaft zu Hilfe zu kommen, in eine Tarifierhöhung zu willigen.

Die Deputation beschloß daher mit großer Majorität, zu gestatten, daß der 5 Pf.-Tarif auf 6 Pf. d. h. um 20 Proz. erhöht werde. Schon diese Erhöhung bedeutet, da kaum anzunehmen ist, daß dadurch die Frequenz herabgemindert wird, eine Dividende von 8 Proz. auf das Aktienkapital und die Deputation war der Ansicht, daß die Gesellschaft zum ihren ganzen Darlegungen wohl verpflichtet sei, diesem Beschluß zuzustimmen.

Das Zweiverbandsstatut, über das die Generaldeputation bereits stattgefunden hatte, wurde mit nur geringen Änderungen angenommen. Das Statut wird nunmehr der Gemeindeförderung zur Genehmigung gehen. Friedrichsfelde hat den Entwurf bereits unterändert angenommen; auch andere Gemeinden haben schon ihr Einverständnis erklärt und wünschen nur geringe redaktionelle Änderungen.

Der Antrag der Neuen Berliner Straßenbahn Rochow Aktien-Gesellschaft wegen weiterer Verlängerung ihrer Linie durch die Kurze-Strasse bis zur Landbergerstraße wird genehmigt.

Der Entwurf für den Etat des Hafens am Urban für 1908 wird angenommen und schließlich der Errichtung eines Wartehäuschens auf dem Weddingplatz in der Nähe der Danteskirche für das Betriebspersonal der Großen Berliner Straßenbahn zugestimmt.

Das Gerücht, der Zutritt zur heutigen Versammlung, in welcher Genosse Bebel spricht, sei nur gegen Eintrittskarten zu erlangen, ist irrig. Es ist eine Volksversammlung, zu welcher jeder Zutritt hat.

Ein neuer Tunnel. Der Stadtwortordnenausschuss zur Vorbereitung des Antrages Schmidt und Genossen betreffend die Herstellung eines Fußgängersteiges bezüglich einer Brücke über den Bahndörper des Gorkiger Bahnhofes im Zuge der Riegnitzer- oder Wlogauerstraße zum Zweck einer direkten Verbindung der Wiener- mit der Gorkiserstraße, hat diesen Antrag nach einem Vortrage des Stadtbaurats Krause abgelehnt. Es wurde einstimmig beschlossen, der Stadtwortordneten-Versammlung vorzuschlagen, statt des Fußgängersteiges einen Tunnel, wie ein solcher schon unter dem Steintiner Bahnhof zur Verbindung der Schwarzkopffstraße mit dem Gartenplatz hergestellt worden ist, zu erbauen. Nach der Schätzung des Stadtbaurats Krause würden sich die Baukosten auf etwa 175 000 M. stellen.

Tagesordnung für die Sitzung der Stadtwortordnetenversammlung am Donnerstag, den 17. Oktober d. J., nachmittags 5 Uhr: Berichterstattung über die Vorlagen, betreffend: den Verkauf des zum Vermögen des Silberschen Fonds gehörigen Grundstücks der Stadtgemeinde Alexanderstraße 61/Am Königsgroben 10, — die Vermietung der Kandelaber der öffentlichen Straßenlaternen für Andringung, von Reklameschildern — und den Erwerb von Ländereien in der Gemarkung Spandauer- und Rieflingwerder. — Vorlagen, betreffend: Nachbewilligung von Geldmitteln für die Reichs-Verkehrs- und Betriebszählung vom 12. Juni 1907 — die Lösung einiger Verordnungen des fiskalisches-städtischen Vergewerks zu Rixdorf im Grundbuche — und die Bewilligung städtischer Ehrenpreise für hervorragende Leistungen auf der 30. Weltausstellung des Vereins „Cyria“. — Antrag von Mitgliedern der Versammlung, betreffend die Einsetzung eines ständigen Ausschusses für soziale Angelegenheiten. — Vorlagen, betreffend: die Zahlung einer Abfindung an die Separationsinteressenten von Gütergoh für die Abtretung und Aufgabe ihrer Rechte an zwei Tristwegen und für ihre Verzichtleistung auf Schadenersatz — die Festsetzung der nach § 4 des neuen Ortsstatuts II den Anliegern in Rechnung zu stellenden Straßenanlagelosten und die Bewilligung von Vergütungen für die durch den Wollenbruch am 29. Juli d. J. entstandenen Schäden.

Eine neue Vermittlungsstelle für weibliches Hauspersonal hat der Zentralverein für Arbeitsnachweis seit gestern in der Linkestraße 11 eröffnet. Bisher hatte der Zentralverein bereits eine solche in der Gormannstr. 13; wollte man auf diesem Gebiete mehr leisten, so wurde die Eröffnung einer neuen Abteilung in der Gegend des Westens eine Notwendigkeit. Die Herrschaften in jener Gegend benutzen vielfach die privaten Stellenvermittler, würden aber, so hofft man, den Arbeitsnachweis des Zentralvereins in Anspruch nehmen, wenn man ihnen die Wege abkürzt. In Rücksicht darauf hat auch die Stadt Berlin dem Zentralverein einen erhöhten Zuschuß genehmigt. Die neue Abteilung ist inmitten der zahlreichen privaten Stellenvermittlungsbureaus in der Linkestraße belegen. In der ersten Etage des Hauses Linkestr. 15 sind mehrere Zimmer zu diesem Zwecke gemietet worden. Es sind getrennte Wartezimmer für Hausfrauen und Stellensuchende vorgesehen, das Vermittlungszimmer ist sehr zweckmäßig in kleine Rischen eingeteilt, in denen die Parteien ungestört miteinander verhandeln können.

Die Gebühren betragen für Hausfrauen, die Mitglieder des Zentralvereins sind, 1 M. pro abgeschlossene Vermittlung, für Nichtmitglieder 2 M. Für Stellensuchende ist die Vermittlung vollständig kostenfrei.

Die Abteilung wird täglich von 4—7 Uhr geöffnet sein.

Die Deputation für die städtische Straßenreinigung hielt gestern eine Sitzung ab. Zur Reinigung dreimal wöchentlich kam die Gorkiserstraße in den Arbeitsplan. Von der Direktion wird eine neue Arbeitsteilung vorbereitet, die auch von den Arbeitern gewünscht wird, und worüber der Arbeitersausschuss der Direktion Vorschläge unterbreitet hat. Diefür hat die Direktion Proben in einzelnen Abteilungen vorgelesen bzw. veranstaltet.

Ueber die Erhöhung der Sauberkeit der Straßen Berlins fand eine Aussprache statt, die ergab, daß die Direktion dieser Angelegenheit unausgesetzt ihre Aufmerksamkeit widmet; sie hofft, recht bald der Deputation Vorschläge unterbreiten zu können. Einer Anregung der Verwaltung der Gaswerke betr. die Reinigung der Gasandeleber will die Deputation Folge geben. Die daraus entstehenden Kosten, Einstellung neuer Arbeiter, fallen zu Lasten der Verwaltung der Gaswerke. Dem Neubau eines Depots in der

Artilleriestr. 4 wurde zugestimmt, mit der Maßgabe, wenn möglich, solle die Direktion selbst die Bauausführung übernehmen. Der Antrag eines erkrankten Ausschusses um Fortzahlung der Funktionszulage wurde abgelehnt werden, dagegen wurde ihm eine Unterstützung zugestanden. Der Vergebung der Arbeiten für ein Fahrzeugdepot an den Rindesföhrerden — rund 58 000 M. — wurde zugestimmt, desgleichen der Beseitigung der Bedürfnisanstalt am Dom.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend. In der Ausschubung vom 13. Oktober 1907 wurde die Tagesordnung wie folgt erledigt: Der Verein „Frohstimm“-Tempeln, aus 27 Mitgliedern bestehend, wurde in den Bund aufgenommen. — Bei dem am 7. Dezember stattfindenden Stiftungsfest werden außer dem Orchester die Vereine „Sängerschaft Fichte“, „Sängervereinigung Südost“ und „Liederlust II“ mitwirken. — Die Revisoren berichteten über den ordnungsmäßigen Verlauf der Kasse bei der Revision. Zu rügen sei jedoch das saumselige Bezahlen der Beiträge seitens der Vereine sowie das langsame Abrechnen vom Sängerkfest. Es wurde strengste Handhabung des Statuts eventuell Veröffentlichung der mit der Abrechnung rückständigen Vereine gefordert. — Eine längere Debatte zeitigte eine Anfrage des Vertreters aus Rathenow über das Verhalten der Sängervereine bei Kollisionen mit anderen Parteikörperschaften wegen Lokalfolge, künstlerischer Veranstaltungen usw., (speziell in solchen Orten, in denen nur ein Parteilokal zur Verfügung stände. Hierzu wurde erklärt, daß es als selbstverständlich angesehen wird, in solchen Angelegenheiten eine Verständigung herbeizuführen; eine bestimmte Norm könnte jedoch wegen der verschiedenen örtlichen Verhältnisse nicht aufgestellt werden. In der Debatte hierüber wurde es auch bedauert, daß es sehr schade zu werden scheint — und bedingte gerade dies unvermeidliche Kollisionen — von fast allen Parteikörperschaften usw. Kunstabend zu veranstalten. Man solle dies den dazu berufenen Körperschaften (Vollabteilungen, Bildungsschule, Gesangsvereine) überlassen, da sonst die Kräfte gesplittet und der Besuch dieser Veranstaltungen darunter leiden würde, wenn Wahlvereine, Gewerkschaften u. a. Kunstabend veranstalteten. Diesen Ausführungen wurde lebhaft widersprochen und bemerkt, daß es mit Freuden zu begrüßen sei, die so notwendigen Veranstaltungen der Parteikörperschaften künstlerisch einwandfrei ausgeführt zu sehen. Durch Uebergang zur Tagesordnung wurde diese Angelegenheit erledigt. — Zum Schluß gab der Vertreter der Brandenburgischen Niederkommission eine Abrechnung über das Provinzial-Sängerkfest. Danach stehen einer Einnahme von 1800 M. eine Ausgabe von 1600 M. gegenüber.

Die Arrestierung eines Angertrunkenen rief am Montagmorgen 1/4 Uhr in der Brunnenstraße, Ecke Vorhinsstraße, eine große Menschenansammlung hervor. Was war die Ursache der Sistierung? Augenzeugen teilen uns mit: Der etwas angegrunzte Mann wollte sich in dem Restaurant Ecke Brunnen- und Vorhinsstraße noch etwas niederlegen, womit sich der Wirt nicht einverstanden erklärte. Beide saßen auch ganz gut miteinander einig geworden; plötzlich habe ein Schuhmann an der Vorkschwelle des Restaurants den Angertrunkenen von hinten gepackt und wegtransportiert. Kurz darauf habe sich noch ein Beamter eingefunden und nun sei unter der Empörung des Publikums der sich feindselig sträubende Arrestant auf nicht glimpfliche Weise nach der Wache in der Brunnenstr. 88 transportiert worden. Eine Frau, die auf der Wache eine Erklärung über den Vorgang abgeben wollte, soll der Wachtmeister gefragt haben, ob sie für oder gegen den Arrestanten auszusagen wolle. Als dieselbe hierauf betonte, daß sie sich für denselben erklären wolle, sei ihr zur Antwort geworden, daß sie dann warten solle, bis der Arrestant entlassen werde und auf die Straße käme. Sie erklärte uns, daß sie mit noch einem Manne bei 1/6 Uhr vor der Polizeiwache geewartet habe, der Arrestant sei jedoch nicht gekommen.

Aus verschiedenen Vorgängen, die uns in letzter Zeit mitgeteilt worden sind, geht hervor, daß es sehr bedenklich ist, wenn Leute, die für einen Sistierte Angaben machen wollen, sich auf die Polizeiwache begeben. Sobald Augenzeugen dort erklären, für einen ihrer Ansicht nach grundlos Verhafteten auszusagen zu wollen, werden sie abgewiesen mit dem Bemerkten, daß gehe der Polizei nichts an; im umgekehrten Falle werden aber Angaben gern entgegengenommen. Wir glauben immer, es sei auch Sache der Polizei, einen Vorgang objektiv darzustellen und auch Entlastungszeugen anzuhören, müssen aber nach den uns gemachten Mitteilungen zu der Meinung kommen, daß Entlastungszeugen gut tun, ihr Zeugnis nur dem Verhafteten privatim zur Verfügung zu stellen.

Ueberrauscherer Weid. Von einem Omnibus überfahren wurde gestern der 66 Jahre alte Rentempfangler Wilhelm Jacobi aus der Schweinmörderstr. 50. Der alte Mann, der nicht mehr ganz sicher auf den Beinen ist, hatte versucht, kurz vor dem Herannahen eines Omnibusses den Straßenrand zu überschreiten. Er wurde aber von dem Gefährt umgeworfen und stürzte unter den Wagen. Beine und Arme wurden dem bedauerlicherweise Manne überfahren. Schwerverletzt fand er im städtischen Krankenhaus Aufnahme.

Von seinem eigenen Fuhrwerk totgefahren wurde gestern abend der Fuhrunternehmer Ernst Schof auf dem Spandauer Bod. Sch. wollte mit seinem Einspänner nach Spandau fahren. Am Spandauer Bod. stieg er vom Wagen herunter und ging neben dem Gefährt her. Auf der abschüssigen Straße kam das Gefährt ins Rollen und als Sch. auf den Bod. springen wollte, um die Bremse anzuziehen, kam er zu Fall und geriet unter den Wagen. Die Räder gingen ihm über Kopf und Brust hinweg. In einem Krankenwagen wurde der Verunglückte nach dem Krankenhaus Weidendamm gebracht, doch bereits auf dem Transport erlag er seinen Verletzungen.

Der geheimnisvolle „Franz“, der nach Angabe des Mauthmörders Hennig den Mord an dem Kellner Giernoth verübt haben sollte, war, einem Gerücht zufolge, dieser Tage in den Händen des Amtsbürochefs von Wannsee und des Potsdamer Amtsgerichts. In der Tat wurde am 8. d. M. in Wannsee ein Tapezierer Franz Hoffmann wegen Landstreichens aufgegriffen, in Potsdam abgeurteilt und nach Verbüßung einer Haftstrafe freigelassen. Er hat allerdings erzählt, daß er den Hennig gekannt habe. Tatsächlich kommt er aber wegen Teilnahme an dem Giernoth'schen Mauthmorde gar nicht in Betracht. Hennig hatte sich selbst in Briefen gerühmt, daß niemand den Mörder kenne und daß man ihn auch niemals ermitteln werde, weil er stets allein arbeite. Durch dies Vorgehen war es Hennig stets gelungen, der Verhaftung wegen seiner zahlreichen Pfandscheinschwindelen zu entgehen. Er ist als man keine Persönlichkeit festgestellt und ihn in Stettin verhaftet hatte, brachte er das Märchen von „Franz“ auf. Die Behörden haben daran niemals geglaubt, weil Hennigs Angaben sich vielfach als erfunden erwiesen.

Das Berliner Zentraltheater verriegelt. Gläubiger des Zentraltheaters haben, wie das „Berl. Tageblatt“ hört, gestern die Einrichtung und die Kulissen des Zentraltheaters mit Arrest belegen lassen.

Neugesehnd. Die Zeugen des Vorfalls, der sich im späten Abend des 5. Oktober vor dem Geschäftslokal des Schanwitz'schen Delikat, Dunderstr. 2, abspielte, werden gebeten, ihre Adressen an den genannten Schanwitz abgeben zu wollen.

Die Personen, die am 2. Oktober kurz vor 9 Uhr abends den Aufmarsch in der Elbingerstraße beobachtet und gesehen haben, wie einer der Passanten arretriert wurde, werden gebeten, ihre Adresse bei Franz Kirnis, Heidenfeldstr. 10, Seitenflügel parterre, abzugeben.

Feuerwehrrachrichten. Ein größerer Waudubendbrand rief die Feuerwehr Montag abend 10 Uhr nach der Thodowickstr. 37. Am

Schodung 1.00-1.25. Koffein Schod 0.50-1.00. Kellisch, Fahr, neuer Schod 0.00-0.10, hiesiger Schod 2.50-3.50. Mohrrüben, 100 Pfund 2.00 bis 3.00. Karotten, hiesige, Schodung 2.00-3.00. Weingehölz der Schod 3.00 bis 10.00. Koffein, Schod 4-10. Beigehölz 1.50-2.50. Blumenkohl, hiesiger 100 Stück 8-14, do. Hamburger 100 Stück 0.00, do. Berliner 100 Stück 7-15. Rosenkohl per 100 Pfund 20-25. Grünkohl 4-8, Mohrrüben, Schod 7.00-9.00. Vorkümmern, Schodung 3.00-4.00. Schoten per 100 Pfund 20-30. Schnittlauch 1.00-1.25. Pfefferlinge per 100 Pfund 8-14. Steinpilze per 100 Pfund 25-40. Stachelbeeren per Schodung 0.75-1.25. Salat per Schod 1.50-2.50. Gurken, Gummigurken, Schod 15-40. Bohnen, grüne, 100 Pfund 15-20. Tomaten per 100 Pfund 14-20. Rote Rüben, per 100 Pfund 2.50-3.00. Nüssen, Seeliger, per 100 Pfund 4-8. Kürbis per 100 Pfund 3-5. Astfisch per Schod 5-6. Unblößen per Schod 3-6. Weichselbeeren per 100 Pfund 24-30, Schmiedliche 29-32. Strauchbeeren per 100 Pfund 15-18. Nüssen, per 100 Pfund. Nusskern 0.00, Zirkel 10-25, hiesige Mohr 0.00, Hochstirnen 3-8, Tafelbienen Ia 10-20, do. IIa 4-10. Pfeffer, hiesige per 100 Pfund 0.00, do. italienische, per 100 Pfund 3-25. Kiesel, per 100 Pfund, Zirkel Ia 18-40, IIa 13-20, Mohr, hiesige, 3-4, Kohr 5-10, Tafelapfel Ia 15-20, do. IIa 7-12, Amerikaner, per Fass 15-25. Walnüsse, per Schod 1.00-2.00, do. klein 0.40-0.50, do. franz. 100 Pfund 0.00. Kirschen, pr. 100 Pfund, hiesige 10-14, türkische 0.00. Weintrauben, italienische per 100 Pfund 17-25, türkische 18-20. Ananas I, per Pfund 0.70-1.00.

Witterungsübersicht vom 15. Oktober 1907.

Stationen	Barometer hohes mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temperatur in °C	Stationen	Barometer hohes mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temperatur in °C
Leipzig	752	SW	2	heiter	13	Habartanda	750	SW	2	heiter	7
Hamburg	751	SW	3	wolkig	13	Petersburg	765	SW	2	halb bb.	7
Berlin	752	S	1	halb bb.	11	Scilla	745	SW	4	wolkig	11
Konstanz	752	D	4	Rebel	12	Aberdeen	742	SW	1	heiter	3
München	754	SD	2	halb bb.	9	Paris	748	SW	2	bedeckt	10
Wien	756	SD	4	wolkig	10						

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 16. Oktober 1907.
Zunehmend neblig, sonst ziemlich heiter und mild bei mäßigen nördlichen Winden; keine wesentlichen Niederschläge.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 14.10.	am 15.10.	Wasserstand	am 14.10.	am 15.10.
Wemel, Mühl	116	0	Havel, Spanbau	91	+7
Treppel, Zülch	26	-	Havel, Rathenow	142	-1
Reichel, Thora	50	-	Spree, Spremberg	108	0
Oder, Ratibor	90	0	Spree, Bredow	159	-1
Kroffen	88	-1	Weser, Minden	-101	-1
Frankfurt	100	0	Weser, Minden	-20	-2
Wärthe, Schrumm	32	0	Rhein, Ralsbüchel	-	-
Landenberg	-	-	Rhein, Ralsbüchel	100	+2
Wegge, Borsdamm	21	0	Rhein, Ralsbüchel	84	+1
Uebe, Zellmeritz	-28	-22	Redar, Heilbronn	31	+21
Worbs	83	0	Rhein, Ralsbüchel	-	-
Roggenburg	93	+1	Wojel, Trier	-	-
Saale, Großh.	74	+3			

+) bedeutet Hoch, -) Tief, -) Unterpegel.

Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 16. Oktober.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Madame Butterfly.
Königl. Schauspielhaus. Die Nibelungen.
Neues königl. Opernhaus. In der Sommerfrucht.
Deutsches. Prinz Friedrich von Homburg.
Kammerstücke. Frühlingserwachen. (Nacht 8 Uhr.)
Neues Schauspielhaus. Mit-Heidelberg.
Leistung. Vom andern Ufer.
Anfang 8 Uhr.
Schiller O. (Schiller-Theater.)
Götter der Berliungen.
Schiller Charlottenburg. Der Herr Senator.
Berliner. Die tangenden Mädchen.
Friedrich. Wilhelmkinder. Schauspielhaus. Die Nibelungen.
Neues. Die Waffen wieder!
Klein. Maria Magdalena.
Vormittag. Der Waffenschmied.
Central. Unsere blauen Jungen.
Königliche Oper. Ziefand.
Wochen. Die lustigen Weiber.
Volkstheater. Hufarenfieber.
Reinhold. Ganz der Papa.
Trianon. Frühlingserwachen - meine Frau.
Thalia. Der sechs-Ähr-Onkel.
Kaiser. Die beiden Reichenmüller.
Bernhard Hofe. Die Hausenlöcher.
Theater an der Spree. Der Kistenbühler.
Metropol. Das muß man seh'n!!
Neopol. Das muß man seh'n!!
Königliche. Spezialitäten.
Folies Caprice. Geteilte Liebe.
Casino. Die wilde Jagd.
Weber. Herrschaft. Madame Wig-Wag.
Es lebe das Nachtleben!
Passage. Danny Gürtler.
Wintergarten. Ruth St. Denis.
Prater. Der widerspenstigen Zähmung.
Palast. Ein glänzender Reifall.
Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Carl Haberland. Spezialitäten.
Urania. Tausendfährte 18/19.
Abends 8 Uhr: Ueber den Brenner nach Venedig.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.
Zur Beobachtung: Mars, Saturn, Doppelsterne, Nebelhaufen.
Ferdinand Bonn's
Berliner Theater.
Anfang 8 Uhr.
Die tanzenden Männchen.
Donnerstag, Freitag:
Die tanzenden Männchen.
Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Die Waffen wieder!
Donnerstag: Die Waffen wieder!
Freitag: Die Waffen wieder!
Kleines Theater.
Anfang 8 Uhr: Agnes Sorma.
Maria Magdalena.
Donnerstag: Maria Magdalena.
Freitag: Vater und Sohn. Hier ist: Sanft Helena.
Sonnabend: Maria Magdalena.
Theater des Westens.
8 Uhr: Die lustige Witwe.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr: Frühlingserwachen.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Die Nibelungen.
Donnerstag: Nibelungen.
Freitag: Nibelungen.
Sonnabend 2. Mal: Brüderchen.
Lorizing-Theater.
Abends 8 Uhr:
Der Waffenschmied.
Donnerstag: Umlinde.
Freitag: Die lustigen Weiber von Windsor.
Sonnabend zum erstenmal: Ganz Delling.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr:
Ueber den Brenner nach Venedig.
Invalidenstr. 57-62: Sternwarte.
Zur Beobachtung: Mars, Saturn, Doppelsterne, Nebelhaufen.

Lustspielhaus.

Täglich 8 Uhr:
Hufarenfieber.

Residenz-Theater.

Direktion: Richard Alexander.
Ganz der Papa.
Schwan in 3 Akten von Karl und Desobald. Deutsch v. R. Schläger.
Baron des Adratis: A. Alexander.

Luisen-Theater

Reichenbergerstr. 34.
Abends 8 Uhr:
Die beiden Reichenmüller.
Donnerstag: Kinneloch.
Freitag: Marie Luise. Geschlossene Gesellschaft.
Sonnabend 4 Uhr: Händel u. Götter.
Abends: Die beiden Reichenmüller.
Sonntag 3 Uhr: Carmen. Abends: Hoffmanns Erzählungen.
Montag: Mutterliebe.

Zentral-Theater.

Abends 8 Uhr:
Unsere blauen Jungen.
Baudenke in 3 Akten.

BERNHARD ROSE THEATER

Dr. Franzstr. 102.
5. Gastspielabend des Opern-Ensembles.
Direktor Below:
Die Zauberflöte.
Anfang 8 Uhr. Abendtagspreise.
Donnerstag: Spree-Nilbenen.

Theater an der Spree

Königsplatzstr. 68.
Abends 8 Uhr. Zum 47. Male:
Der Attenbücker.
Mit Berliner Gesangschor. Original-Decorationen und Kostüme der 50er Jahre mit Rollen von Dora.
Täglich: Der Attenbücker.

Rixdorfer Theater

Bürgerstr. Bergstr. Nr. 147.
Mittwoch, den 16. Oktober 1907:
Die Geschwister.
Dann: Salome.
Anfang 8 Uhr.

Metropol-Theater

Anfang präzise 8 Uhr.
Das muß man seh'n!!
Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern) von J. Freund. Musik von Viktor Hollaender. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.

G. Thielscher a.D., F. Massary

B. Darmand a.D. E. Whitney a. D.
Bender, Giampietro, Josephi
Rauchen überall gestattet.
Sonntag, 20. Okt., nachm. 3 Uhr:
Die Herren v. Maxim.

WINTERGARTEN

Ruth St. Denis

Neues Programm.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Schiller-Theater).
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Götter der Berliungen.
Schauspiel in fünf Aufzügen von Johann Wolfgang v. Goethe.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Schmetterlinge.
Freitag, abends 8 Uhr:
Götter der Berliungen.
Schiller-Saal - Schiller-Theater Charlottenburg
Abends 9 Uhr: Vortrag Dr. Edmund Hildebrandt: Moritz von Schwind. Mit Lichtbildern. Maler der Reizzeit.
Freitag abends 9 Uhr: Prof. Dr. Richard Sternfeld: Richard Wagner II.

Zirkus Schumann.

Heute Mittwoch, den 16. Oktober 1907:
Erstes Auftreten von
The great Lafayette

Lafayette

aus New York zum ersten Male in Europa.
Vorher: Gaiety-Programm. sämtl. Spezialitäten u. g. Schluß: Ein Fest auf dem Meckler, die diesjähr. große Wasserbantomime.

Haben Sie schon Deutschen Konzerthallen,

An der Spandauerbrücke 3, besucht???

Apollon Theater

Ab 8 Uhr:
Das kolossale Programm.
Um 9 1/2 Uhr:
Sylvester Schäffer jr.
der weltberühmte Universalkünstler.

Buggenhagen

Motivspiel.
Täglich Vorstellung
Das neue Oktober-Programm.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Sonnabend 7 Uhr. (Sonnabend reserviert 1 U., Entree 50 Pf.)
Familienbilletts a 40 Pf.
Unter:
Militär-Konzert.
*Beder, Prager, Ostfisch, Reumann, Offener und Pätzsch.
Trianon-Theater.
Fräulein Josette - meine Frau.
Anfang 8 Uhr.

W. Noacks Theater

Direktion: Rob. Dill. Sonnenstr. 16.
Auf die hiesigen Bühne:
Bertretenes Glück.
Schauspiel nach dem Roman der Frau Morgenstern.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Sonnabend zum erstenmal: Der Lumpensammler von Paris.

Theater des Zentrums.

Sophien-Platz, Sophienstr. 17/19.
Bis früh um Fünfe
v. Aren u. Viphyl, Musik v. B. Lindt.
Anfang 8 Uhr. Kleine Preise.

Walhalla-Varieté-Theater

Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.
Das Sensations-Programm
16 arabische 16 Springer
Edi Blum,
der beliebte Komiker.
12 international. Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr.
Tunnel: Konzert i. Theaterhof, frei.

Es ist eine Schande

für einen Menschen, der in irgend eine Gesellschaft kommt und nicht weiß, was er zu seiner Kleidung über gar zu kleinen Begehrungen sagen soll. Er hat wie auf einem Hügel und möchte sich dort, aber er hat keine Geldmittel, denn die jungen Damen u. B. können sich um einen Salonieren, der gar zu weit und amüßig plaudert. Hier über lernen wir, anständig plaudern zu können, der ich das Werk von Dr. Franz von Lambert: Die Kunst der Unterhaltung und wie man sie erlangt. Beachten Sie aber, daß Sie auch wirklich dieses Buch erhalten, denn es werden mindestens 1000 Exemplare angefertigt! Mit dem Jugendreichthum dieses einzig hochinteressanten Werkes! Was schon ein hübsches die Kunst der Unterhaltung verlangt - Wie man es leicht sich gelistet und angenehm anzuwenden - Die Schicklichkeit und Befangenheit und wie man sie ablegt - Was man unbedingt zu beachten hat, wenn man ein guter Plauderer werden will - Die Kunst, zu unterhalten, ohne Mühe zu erregen - Die Kunst, Scherzreden zu sagen - Was für große Fehler es ist in der Unterhaltung begangen werden und wie man sie vermeiden soll - Wozum sich die gute Gesellschaft unterhält - Wie sich Herren mit Damen unterhalten sollen - Das moderne Plaudern - Wie man Gespräche anknüpft - Unterhaltung bei Tisch, auf der Reise, in Sälen usw. Preis dieses Werkes nur 3 Mk. 50 Pf. Nachnahme nach 20 Pf. extra. Die vier ersten Auflagen wurden bisher niemals vergriffen, weil die Befolgungen schwierig sind die Befolgungen nicht zu sagen wollen. Bestellungen sind nur zu richten an den Verlag für praktische Heftchen Friedrich W. Trautzki Eythra No. 611a. 206/4

XIII. Saison.

Zirkus Busch
Außerordentliche Galavorstellung.
Debut! Miss John Thompson
Experiment. n. flüssigem Licht in Verbindung mit d. Erzeugung künstlicher Rabinen.
Um 9 1/2 Uhr:
Auf der Hallig.
Dieses gr. Ausstattung-Pantomim. des Zirkus Busch in 4 Bildern. Im letzten Akt. Das Phänomen der tauchenden Sirenen, 15 Min. unt. Wasser. Vorher das große Programm.

Palast-Theater

Burgstraße 21.
Täglich 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Der brillante Oktober-Spielplan.
u. a.:
Paula Duvals
Hunde-Dressur.
Die 5 Rammoneurs
Damen-Ensemble.
Ein glänzender Reifall
Fosse.

Passage-Theater.

Abends 8-11 Uhr.
Danny Gürtler
der König der Bohème und das kolossale Oktober-Programm.

Theater

Folies Caprice
Linienstr. 132, Ecke Friedrichstraße.
Zum 26. Male:
Geteilte Liebe
Antiquitäten - Unter Teil.
Anfang 8 Uhr.

Gebr. Herrfeld-Theater.

57 Kommandantenstraße Nr. 57.
Anfang 8 Uhr. Borsdorfer 11-2.
Die erfolgreichsten Lach-Komödien seit 17 Jahren:
Madame Wig-Wag
Operetten-Burleske, Musik von R. Thal.
Es lebe das Nachtleben!
Separat-Affäre in 2 Akten. Beide Stücke mit den Autoren Anton und Donat Herrfeld.
Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Ein verrücktes Hotel
und
Sahisch geht zur Jagd
mit Anton und Donat Herrfeld.

Prater-Theater

Kollmann-Allee 7-9.
Der widerspenstigen Zähmung.
Auffpiel in 5 Akten von Shakespeare.
Anfang 8 Uhr.
Donnerstag: Die Logenbrüder.

Reichshallen-Theater.

Täglich:
Stettiner Sänger.
Britton als Gute im Familienbad Wannsee.
Anf. Sonntag 8. Sonntags 7 Uhr.

Achtung! Restaurant Gewerkschaftshaus.

Engel-Ufer 15
Heute Mittwoch abend:
Frische Blut- u. Leber-Wurst in bester Qualität.
R. Augustin.

Kasino-Theater.

Zehringstr. 37. Täglich 8 Uhr:
Nur noch kurze Zeit!
Die wilde Jagd.
Auffpiel in 4 Akten v. Ludwig Janda. In Vorbereitung: Die Reiter. Sonntag nachm. 4 Uhr: Mit Carter.

Sanssouci

Kottbusser-Str. 6.
Dir.: Wilhelm Reimer.
Sonntag, Montag, Donnerstag:
Hoffmanns Horrid. Sänger u. Tanzkränzen.
Stets neues aktuelles Programm.
Sonnt. Beg. 5, wochentl. 8 U.
Morgen:
Große Elite-Soiree u. Tanz.
Freitag: Auffpiel des Berliner Volkstheater.

Oderbrucher Bettfedern

Abwärts vorteilhaft im großen. 1904 im Oberbruch gegründeten Bettfedern-Spezialgeschäft von Otto Krohn (seit 1900). Brunnenstr. 171 gegenüber Jambort (Tel. IIIA 4222), mochte auch in eigen. Werfleber-Reinigung u. elektr. Betrieb durch zwei erprobte Spezialmaschinen alte, schmutzige Bettfedern wieder absolut aufgearbeitet werden, so daß sie nach der Reinigung wieder leicht und voll sind.

Ziehung diese Woche!

Los nur 1/2 Mk.
Ziehung am 21. Oktober 1907
Schneidemühlener
Automobil- u. Pferde-Lotterie
3103 Gewinne i. W. v. 1. bis 10. Mk.
100000
Hauptgewinn: 1 Automobil i. W. v. 10. Mk.
15000
11 Lose wert. 5 Mk. aus 1000. Lose zu 50 Pf.
Paris und Liste 20 Pf. extra durch das General-Debit
H. C. Kröger, Berlin W. 8,
Friedrichstraße 181

Prater-Theater

Kollmann-Allee 7-9.
Der widerspenstigen Zähmung.
Auffpiel in 5 Akten von Shakespeare.
Anfang 8 Uhr.
Donnerstag: Die Logenbrüder.

Reichshallen-Theater.

Täglich:
Stettiner Sänger.
Britton als Gute im Familienbad Wannsee.
Anf. Sonntag 8. Sonntags 7 Uhr.

Gardinen-Spezialhaus

Emil Lefèvre
Berlin, Oranienstr. 158
Riesen-Auswahl!
Gardinen, Portieren, Stores, Vitragen, Tüll-Bettdecken etc.
Einzelne Fenster sportbillig! mit ca. 600 Abbildungen gratis und franko.

Heute Mittwoch, den 16. Oktober, 8 Uhr abends:

Große Volks-Versammlung

in Kellers Festsälen, Koppenstr. 29.

Tages-Ordnung:

1. „Der nationalliberale Parteitag und die Sozialdemokratie“.
Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse August Bebel.

2. Diskussion.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Der Einberufer.

Achtung! 29. u. 41. Kommunal-Wahlbezirk!

Freitag, den 18. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung

in den **Borussia-Sälen, Alterstr. 6/7, nahe Elsfasserstraße.**

Tages-Ordnung:

1. Der Freisinn im roten Hause. Referent Stadtverordneter Dr. Karl Liebknecht.
2. Diskussion. 3. Ansprache der Kandidaten.

Die Genossen der Bezirke des 1., 5. und 6. Wahlkreises sind dringend eingeladen.

Das Wahlkomitee.

Zentralverband der Töpfer Deutschlands

Filiale Berlin.

Donnerstag, den 17. Oktober, nachmittags 3 Uhr, bei Freyer (früher Keller),
Koppenstraße 29:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Der Stand unseres Streiks.

Zahlreiches Besuch erwartet

Die Streikleitung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau:
Dof I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Dof III. Amt 3, 1987

Donnerstag, den 17. Oktober 1907, abends 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung der Klempner

im großen Saale des „Gewerkschaftshauses“, Engel-Ufer 15.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Albert Stripp über Maxim Gorki, mit anschließender Rezitation aus seinen Werken. 2. Bericht und Wahl der Branchenkommission. 3. Verhandlungsangelegenheiten — Mitgliedsbuch legitimiert. Kollegen! In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung erwarten wir zahlreiches und pünktliches Erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

Achtung! Stockarbeiter. Achtung!

Donnerstag, den 17. Oktober, abends 5 1/2 Uhr:

Branchen-Versammlung

in Feuersteins Festsälen (Zuh. Ruhe) ob. Saal, Alte Jakobstr. 75.

Tages-Ordnung:

1. Der Ablauf unseres Vertrages und unsere Stellung zu demselben.
2. Werkstattangelegenheit. 3. Verschiedenes.

Verbandsbuch legitimiert.

Wegen der sehr wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen sämtlicher Kollegen dringend notwendig.

S. L.: Der Obmann.

Ben Schira

Cigaretten sind die besten.

Marke A: 2 Pfg. — Ultra: 3 Pfg.

Näudlich in allen Cigarngeschäften.

Wir empfehlen folgende Schriften:

Der Aus- und Umbau der Arbeiterversicherung vom Standpunkt der Versicherten

von Friedrich Kleis.

Preis 1.— M.

Sozialdemokratische Flugschriften I.

Sozialdemokratie und Arbeiterversicherung

Preis 10 Pf.

Expedition des „Vorwärts“,
Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, Laden.

Stegdecken

Sticht direkt in der
Fabrik

72. Wallstr. 72.

Wo auch alte Stegdecken aufgearbeitet
werden. Bernhard Strohmantel,
Berlin S 14. Müllstr. Katalog gratis.

Spottbillig!!

Land- u. Waldparzellen,
wundervoll gelegen, nahe Bahnhof
Frederksdorf (Ostbahn)

□ R von 7 Mark an.
Nieschke & Nitsche,
Rene Königsstr. 16.

„DING AN SICH“

Ideales Waschmittel

Die Wäsche braucht nur gekocht
werden und ist dann sofort fertig
gebseicht

ohne Arbeit.

Man verlange in allen einschlägigen Geschäften:

Piccolo-Dose à Mark 0,55
Duplo-Dose à Mark 1,00

Unschädlich. Chlorfrei.

Patentungehörige und vollkommene Nachahmungen
zerstören die Wäsche.

General-Depositäre:
Werrmann & Co.,
Charlottenburg, Giesebrechtstraße 17.
Fernspr.-Amt Charlottenburg 10230.

Möbel

Bürgerliche
Wohnungs-
Einrichtungen

eventuell auch auf Teilzahlung

Paul Burow's Möbel-Fabrik
Berlin SW., Lindenstraße 105. 4082L*



Drei Dinge sind nötig zur Her-
stellung bester Cigaretten:

1. Umfassendes Verständnis der Fabrikation.
2. Allerbeste Rohmaterialien.
3. Technisch vollkommenste Fabrikeinrichtung.

Dafür zu sorgen ist *unsere* Sache. *Eins* nur ist nötig zum Einkauf bester Cigaretten: darauf zu achten, dass die Cigaretten die Marke

Josetti

tragen. Dafür zu sorgen ist *Ihre* Sache. Diese vier Faktoren gewährleisten Ihnen den Einkauf denkbar bester Cigaretten.

Die Marke *Josetti* ist die Garantie.

Dass wir die besten Cigaretten fabrizieren, können Sie selbst feststellen bei einem Versuch mit irgend einer Sorte deren Vorzüglichkeit durch die Marke Josetti garantiert ist

Josetti Juno 10 St. 20 Pf
Josetti Vera 10 St. 30 Pf

Gewerkschaften! Achtung! Vereine!

Neubau Armin-Hallen

Kommandantenstraße 58/59

eröffnet seit Sonnabend, den 5. Oktober cr.

Säle, verschiedener Größe bis 1100 Personen fassend und 5 Vereinszimmer, zu Festlichkeiten, Versammlungen usw.

empfehlen **Gebrüder Mielitz.**

Telephon. Amt IV. No. 10 155. 820L*

Soeben erschienen:

Protokoll

über die
Verhandlungen des Parteitages der
Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
abgehalten zu Essen a/Ruhr
vom 15. bis 21. September 1907.

— Preis 1.— M. —

Expedition des „Vorwärts“
Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, Laden.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich Elbauerstr. 13 ein Lokal übernommen habe. Um geneigten Zuspruch bitte!

Albert Poppe.

Haben Sie Stoff?
Ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Mass, auch, durch, Zulauf, von 20 Mark an. Moritz Laband, Neue Promenade, II (Städt. Börse).

Hat jemand Rheumatismus,

Gicht, Gliederreizen, Nervenschmerzen,
Hüftweh (Ischias), Hexenschuss, Geschwulst etc.

der gebraucht nur Reichels „Electricum“ (reiner Elektrolyt-Extrakt aus dem natürlichen Naturprodukt von Harter, durchgreifender Wirkung. „Electricum“ wirkt wunderbar, wie elektrisierend auf den Körper, und nicht wie spirituelle Einreibungen nur momentan u. oberflächlich, sondern nachhaltig und gründlich. H. R. 1.— und 2.—. Die Wirkung wird noch erhöht durch innerlichen Gebrauch von Reichels Wacholder-Extrakt, H. 75 Pf., M. 1.50 u. 2.50. Man nehme nur die echten Originalabfüllungen und achte scharf auf die Marke „Medico“! Es gibt nichts Ähnlich Wirksames! Erhältlich in den meisten Drogerien u. bei

Otto Reichel, Berlin 48, Eisenbahnstr. 4.

Man achte auf Firma und Wort „Medico“, um vor unwirksamen Nachahmungen geschützt zu sein!